

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung

65. Jahr

Heft 6

Juni 2012





## Für ein demokratisches und soziales Europa!

Am 17. April 2012 beschloss der GEW-Hauptvorstand die folgende Erklärung: Unter dem Motto „Euro-Rettung und Schuldenabbau“ werden zurzeit in ganz Europa Löhne und Renten gekürzt, Sozialleistungen abgebaut, die Tarifautonomie ausgehebelt und Arbeitnehmerrechte beschnitten. Besonders dramatisch sind diese Entwicklungen gerade in Griechenland zu beobachten; hier wurde das Recht auf Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gleich ganz verboten. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen die europäische Grundrechtecharta dar. Ganze Völker werden unter das Kürzungsdiktat von EZB, IWF und EU gestellt: Der „Fiskalpakt“ schränkt die demokratischen Selbstbestimmungsrechte der Staaten massiv ein; ihnen wird eine sozialfeindliche Sparpolitik verordnet und Strafen auferlegt, wenn sie sich dem Spardiktat widersetzen. Statt die Macht der Finanzmärkte zu regulieren, verstärkt der Fiskalpakt die Macht der Finanzmärkte zusätzlich. Deshalb lehnen GEW und DGB diesen Fiskalpakt ab!

Was in Griechenland zu beobachten ist, droht auch einer Reihe anderer Länder in Europa: Massenarbeitslosigkeit, Verarmung breiter Gesellschaftsschichten, weitere Kürzungen in Bildungs- und Gesundheitssystemen, bei Sozialleistungen und staatlichen Investitionen. Weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums sind im Zuge dieser Politik zu erwarten. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 werden einseitig zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Jugend und der sozial Benachteiligten ausgetragen. (...) Schließung von Schulen, Entlassung von Lehrkräften, Ge-

halts- und Pensionskürzungen, größere Klassen, Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Privatisierungen und Outsourcing – all dies sind Maßnahmen, mit denen Regierungen in Europa auf die Finanz- und Schuldenkrise reagieren. (...)

Als Teil der europäischen Gewerkschaftsbewegung setzen wir diesem autoritären, neoliberalen Kurs eine andere Politik entgegen. Für einen Kurswechsel in Europa fordern wir deshalb:

- eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, um den Nährboden für Spekulationen auszutrocknen. (...)
- Die Staaten Europas brauchen eine nachhaltige Sicherung ihrer wirtschaftlichen Basis durch ein langfristiges Zukunftsprogramm für zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen. (...)
- Reichtum umverteilen und Ausbluten öffentlicher Haushalte stoppen! (...)
- Demokratische Selbstbestimmung erkämpfen und stärken! Wir wehren uns gegen das undemokratische Diktat der Troika und die Vorherrschaft der Finanzmärkte.
- *vollständiger Text und Infos zu den Hintergründen der Eurokrise unter [www.gew.de/Eurokrise.html](http://www.gew.de/Eurokrise.html)*

### Mehr zum Thema in dieser HLZ:

- Grundsatzbeiträge von Gerd Turk (GEW) und Kai Eicker-Wolf (DGB) auf den Seiten 7 und 16
- Berichte hessischer Lehrerinnen und Lehrer aus Italien, Portugal, Spanien und Griechenland auf den Seiten 12 bis 15
- Wie BILD die Stimmung anheizt, erfährt man auf Seite 18.

### Aus dem Inhalt

#### Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Briefe
- S. 6 Meldungen
- S. 32 Hochschule: Geisenheim
- S. 33 Hochschule: Personalratswahlen
- S. 35 Bücher: Rainer Domisch
- S. 36 Bücher: Soziale Ungleichheit
- S. 38 Magazin

#### Titelthema: Die europäische Krise

- S. 7 Politische Dimensionen
- S. 10 Europa zu Besuch in Frankfurt
- S. 12 Italien: Tanz auf dem Vulkan

- S. 13 Portugal: Eitle Eliten
- S. 14 Spanien: Falsche Hoffnungen
- S. 15 Griechenland: Im Würgegriff
- S. 16 Ökonomische Dimensionen
- S. 18 Griechenland – ein Zerr-BILD

#### Einzelbeiträge

- S. 19 Ilea-Bildungsprogramm
- S. 23 Ferien vom Krieg
- S. 24 Reform der Schulverwaltung
- S. 26 Charter Schools
- S. 27 Die Examenlehrprobe
- S. 28 Lehrerbildung: Pseudomodule
- S. 30 Lehrerbildung: Portfoliomethode
- S. 34 Standhalten trotz Zentralabitur
- S. 37 Mut der Göttinger Sieben



Zeitschrift der GEW Hessen  
für Erziehung, Bildung, Forschung  
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

#### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12  
60325 Frankfurt/Main  
Telefon (0 69) 971 2930  
Fax (0 69) 97 12 93 93  
E-Mail: [info@gew-hessen.de](mailto:info@gew-hessen.de)  
Homepage: [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

#### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
Klingenberger Str. 13  
60599 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 636269  
Fax (0 69) 6313775  
E-Mail: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

#### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

#### Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Harald Freiling

#### Illustrationen:

Thomas Plaßmann (Titel, S. 9, 34), Dieter Tonn (S. 27, 32), Ruth Ullenboom (S. 4)

#### Fotos:

Harald Freiling (S. 10, 11), GEW (S. 28), D. Schmidt, digitalstock.de (S. 31)

#### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Niederstedter Weg 5  
61348 Bad Homburg

#### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
Edith Hestert  
Postfach 19 44  
61289 Bad Homburg  
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
E-Mail: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

#### Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

#### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

#### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

#### Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

#### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

#### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

# Quo vadis, Europa?

November 2011 verstieg sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder zur Behauptung, dass nicht Spekulanten Verursacher der Krise seien, sondern dass sich die Parlamente nicht an die „Haushaltsdisziplin“ gehalten hätten. Mit nationalchauvinistischer Attitüde erklärte er weiter: „Wir spüren, dass wir dieses Europa in eine neue Zeit führen müssen.“ Und fügte hinzu: „Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen.“

Zum Glück haben die Wählerinnen und Wähler in Frankreich und Griechenland verdeutlicht, dass sie auch heutzutage keine deutsche Führung wollen und ihre Heimatsprache vorziehen. Sie tun dies auch deshalb, weil „Deutsch sprechen“ für Herrn Kauder nichts anderes als ein Synonym für die Politik der Schuldenbremse ist mit Sozialabbau, Privatisierung und Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge.

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland Löhne, öffentliche Dienstleistungen und Sozialleistungen einer drastischen Kostensenkungsstrategie unterworfen, um die Konkurrenzfähigkeit deutscher Exporte weiter zu erhöhen. Angeblich war diese Rosskur notwendig, um die deutsche Wirtschaft auf stabile Füße zu stellen. Für ihre Verfechter belegt unsere relativ positive ökonomische Entwicklung deren Erfolg. Immerhin stehe man in der Krise relativ gut da. Immerhin steigen die Steuereinnahmen und erstmals seit langem könnte es für die abhängig Beschäftigten zu einem Plus bei den Realeinkommen kommen.

Dieser von der Regierungskoalition öffentlich gepflegte Eindruck trägt, auch wenn sich Rot-Grün zur Verteidigung der Agendapolitik von Schröder und Fischer gern eine Scheibe vom vermeintlichen Erfolg abschneiden will. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Die Steigerung der Löhne baut lediglich auf der niedrigen Basis der vergangenen Jahre auf und liegt im europäischen Vergleich weiter hinten. Zwar werden die Folgen der Schuldenbremsenpolitik zurzeit noch durch wachsende Steuereinnahmen gemildert, dennoch stehen der Abbau des öffentlichen Sektors und der Sozialabbau weiter auf der Tagesordnung.

Europaweit hat die aggressive deutsche Exportorientierung auf der anderen Seite des Euro dazu geführt, dass andere Länder Importüberschüsse haben müssen, die – auf dem Hintergrund geringerer Ex-

porteinnahmen – nur durch Kredite finanziert werden können. Zwangsläufig hatte das deutsche Kapital ein Interesse an der jetzt so beklagten Verschuldung, weil sonst eine Basis deutscher Wirtschaftsentwicklung zusammengebrochen wäre. Ein besonders drastisches Beispiel sind die umfangreichen Waffenexporte von Deutschland nach Griechenland.

Stattdessen fordert die Bundesregierung Stellenabbau, Entlassungen, Lohn- und Pensionskürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Verkauf von öffentlichem Eigentum und weitere Maßnahmen, die mit einer Senkung des Lebensstandards der breiten Mehrheit der Bevölkerung verbunden sind. Damit nimmt man die soziale Verelendung Griechenlands und anderer Länder billigend in Kauf. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kleingewerbetreibende, Ruheständler und Arbeitslose sollen die Zeche bezahlen.

Zur Durchsetzung dieser Politik schreckt man auch vor der Zerschlagung demokratischer Strukturen nicht zurück. Nachdem der griechische Ministerpräsident Papandreou nicht mehr bereit war, bedingungslos dem Diktat der Troika von Europäischer Zentralbank, Weltwährungsfonds und Europäischer Kommission zu folgen, und eine Volksabstimmung einleiten wollte, hatte er abzdanken.

Für ein demokratisches und soziales Europa brauchen wir

- eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte,
- eine deutliche Verbesserung der Einnahmen der öffentlichen Hand,
- eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben,
- eine Umverteilung des gemeinsam erwirtschafteten Reichtums nach unten und
- eine Sicherung der demokratischen Grundrechte

*Jochen Nagel*



Jochen Nagel  
Vorsitzender  
der GEW Hessen

# Ein hohes Kulturgut

Unartikulierte Schreie aus dem Wohnbereich? Kein Grund zur Sorge. Da läuft nur die Sportschau mit den Bundesliga-Ergebnissen. Fußball – da wachsen friedliebenden und humorvollen Männern Hörner. Ein beeindruckendes Erlebnis hatte ich in dieser Hinsicht auf dem Betzenberg in Kaiserslautern. Zwei wohlgezogene Gymnasiasten mit Peace-Aufnähern nahmen mich mit und sangen im Stadion dann voller Empörung: „Oh, hängt sie auf, die schwarze Sau!“, als der Schiri ihrer Ansicht nach die roten und gelben Karten verwechselte.

Rechtzeitig zur EM schleppt mein Partner einen neuen Flachbildfernseher an. Das Gerät mit dem Format einer mittleren Kinoleinwand versperrt mir den Blick in den Garten. „Der war ganz billig!“, beteuert mein Partner und braucht Stunden, um die richtigen Sender einzustellen. Fünf Minuten vor dem Eröffnungsspiel in Warschau hat er es geschafft. Unser zweiter Fernseher ist ein uraltes Röhrengerät. An dem winzigen Bildschirm kann man unmöglich wichtige Spiele verfolgen. Honigsüß bittet mich mein Partner, das ARTE-Bildungsprogramm die nächsten vier Wochen unterm Dach zu goutieren. Wenn ich alle Luken schließe, höre ich fanatisierte Reporter, Anfeuerungsrufe und Wutgebrüll ein wenig gedämpfter.

Um mich herum mutieren Menschen. Sie diskutieren Spielpläne und bängen um deutsche Chancen. Sie jammern, weil wir gegen Portugal und Holland starten müssen, wo es doch gegen Irland und Polen so viel einfacher wäre. Unser Nachbar hat seine Fenstergitter mit Deutschlandfahnen geschmückt. Im Supermarkt gibt es Vuvuzelas im Doppelpack. Kein einziges deutsches Tor wird mir unterm Dachboden entgehen. Zumal der andere Nachbar stets Feuerwerk zündet, wenn eine hoch bezahlte Sportlerwade mal nicht die Latte getroffen hat. Ein Kollege hat im Lehrerzimmer ein Wettbüro eingerichtet. In jeder Pause stehen Schüler an, um Tippscheine abzugeben. Der Wetterlös kommt unserem Sportplatz zugute, insofern hat niemand was gegen Glücksspiel in der Schule. Auch Frauen sind infiziert und erörtern das Spielmaterial auf der Ersatzbank. Meine dummen Bemerkungen zum Thema Fußball werden ignoriert. Selbst meine betagte Mutter schließt sich einer Tippgemeinschaft an. (Und ganz nebenbei: Bei der letzten WM hat sie gewonnen!!!)

Mein Neffe bastelt eine Homepage zur Fußball-EM. Mir gefallen dort vor allem die bierseligen Gästekommentare und die holländerfeindlichen Witze – wobei man Holland durch jede ande-

re missliebige Konkurrenznation ersetzen könnte. Die Homepage wird durch Werbung finanziert: Fanartikel für jeden Geschmack! Zum Beispiel kleine neckische Fußballtore. Die kann man daheim ins Urinal setzen und zielpinkeln üben. Schwarztrotgelbe Perücken, Sonnenbrillen, Hasenohren, Schweißbänder und falsche Wimpern in den Nationalfarben – für jede/n ist etwas dabei. Manche Schüler tragen statt Jacken jetzt Fahnen um die Schultern. Wie ihre Fußball-Idole spucken sie bei jeder Gelegenheit auf den Boden. Andere malen sich schwarzrotgelbe Rechtecke auf die Wange.

Im Internet finde ich unter „Deutsche Akademie für Fußballkultur“ hinreißende Weisheiten von namhaften Trainern und Spielern. Davon zitiere ich immer eine zum Frühstück: „Fußball ist wie Schach, nur ohne Würfel“. *Podolski* hat sich dagegen verwahrt, dass der Spruch von ihm stammt. Na gut, es gibt ja auch andere Blondinen. „Mailand oder Madrid, egal, Hauptsache Italien!“, verkünde ich am nächsten Morgen. Mein Partner lächelt gequält und verschwindet hinter dem Sportteil. „Wir dürfen jetzt nicht den Sand in den Kopf stecken!“, lege ich nach, ernte aber nur beleidigtes Schweigen.

In diesen vier EM-Wochen müssen Elternabende und Schülerkonzerte sorgfältig terminiert werden, weil niemand kommt, wenn Deutschland spielt. Als Lehrerin muss ich selbstverständlich aktuelle Themen aufgreifen. Insofern behandle ich in Musik Nationalhymnen, in meinen Grammatikaufgaben tummeln sich *Schweini*, *Özil* und *Neuer* als Angriffsobjekte und Verletzungsobjekte und beim Aufsatz muss meine 10. Klasse erörtern, ob moderner Menschenhandel in Form von Fußballerkäufen eingeschränkt werden sollte. Im Sportteil lese ich die Überschriften und kann etliche Schüler mit meinem Halbwissen blenden: „Also, die Kroaten haben richtig gut gekämpft, aber gegen die Italiener hatten sie wenig Chancen. – Warum sagt den Griechen eigentlich niemand, wo das Tor ist?“ Wenn die Entscheidungsspiele laufen, werde ich mir einen Traum erfüllen und durch menschenleere Straßen zu einem einsamen Badensee fahren. Es sei denn, Deutschland spielt gegen Spanien oder Holland. Für diesen Fall halte ich eine Doppelpackung Vuvuzelas bereit.

Gabriele Frydrych





### Betr.: HLZ 3/2012 Was ist die beste Förderung?

#### **Inklusion ist unteilbar**

Als Förderschullehrerin – über lange Jahre an einer Schule für Praktisch Bildbare – gibt es für mich in dem Artikel von *Paul Brandt* „Was ist die beste Förderung?“ (HLZ 4/2012) einige Punkte, die ich unterschreiben kann, aber einige grundsätzliche, denen ich vehement widersprechen will.

Ich stimme Paul Brandt zu, dass an Schulen mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (bisher Schulen für Praktisch Bildbare – SFPB) in besonderem Maße ein individueller Förderansatz verwirklicht werden kann und muss, dass jeweils ausschließlich von den individuellen Lernaussgangssituationen der Schülerinnen und Schüler auszugehen ist. Daraus leitet sich für mich aber die Forderung ab, auch an der Regelschule die Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die genau eine solche Förderung für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen.

Daraus die Konsequenz zu ziehen, dass Schülerinnen und Schüler mit geistiger Behinderung am besten in einer Schule für Praktisch Bildbare zu fördern sind, halte ich für völlig unzutreffend. Eine solche Konsequenz ignoriert Erfahrungen einer inklusiven Schule wie beispielsweise der Grundschule Süd-West in Eschborn, die seit über 20 Jahren eine echte Stadtteilschule für alle Kinder im Einzugsgebiet ist. Sie ignoriert aber auch die Erfahrungen anderer hessischer Schulen.

Auch Schülerinnen und Schüler der SFPB haben einen Anspruch auf den Besuch einer Regelschule, auch sie profitieren von den sozialen Bezügen zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung, auch sie sollten in ihrem Wohn- und Lebensumfeld die Schule besuchen können. Aber auch die „nicht behinderten“ Schülerinnen und Schüler profitieren im Gegenzug immens durch andere Unterrichtsformen, individuellere Zielsetzungen, umfassenderes soziales Lernen ...

Die von Paul Brandt in seinem Artikel beklagte fehlende gesellschaftliche Anerkennung und Eingliederung kann sich sicher nicht entwickeln, wenn man nicht beim gemeinsamen Aufwachen von Kindern und Jugendlichen beginnt und damit die „Normalität“ für alle verändert, so dass das Gemeinsame wichtig ist, die Unterschiedlichkeit als Bereicherung angenommen wird – was

übrigens für viele Bereiche unserer Gesellschaft gilt.

Selbstverständlich hat es nichts mit Inklusion zu tun, wenn geistig behinderte Schülerinnen und Schüler in der Regelschule einfach „nur anwesend“ sind. Wie jedes andere Kind und jeder andere Jugendliche haben sie den gleichen Anspruch auf die Förderung, die ihrer Lernaussgangssituation entspricht. Und dazu gehören nicht nur die „praktische Bildung“, auf die Paul Brandt in seinem Artikel abhebt, sondern auch intellektuelle Anforderungen auf genau dem Niveau, das individuell sinnvoll und angemessen ist. Dabei ist individuelles Lernen unverzichtbar, ebenso aber das gemeinsame Lernen der Klasse oder Gruppe.

Die Forderung nach einer Schule für alle richtet sich in keiner Weise gegen die Lehrkräfte und sozialpädagogischen Fachkräfte, die durch viel Engagement dafür gesorgt haben, dass die Schulpflicht auch für geistig behinderte Kinder und Jugendliche endlich weitestgehend verwirklicht wurde, und stellt nicht in Abrede, dass die SFPB eine hervorragende Arbeit leisten.

Die meisten Eltern, Schülerinnen und Schüler und Kolleginnen und Kollegen der SFPB haben den vermeintlichen „Schonraum“ Schule schon lange verlassen und wollen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Sie haben auch dafür gesorgt, dass die Schulen für Praktisch Bildbare für die sehr unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder gut ausgestattet sind.

Die überschaubare Zahl geistig behinderter Schülerinnen und Schüler, die an der Regelschule im Gemeinsamen Unterricht beschult wurden und werden, ist vor allem auf mangelnde personelle Ressourcen zurückzuführen.

Jetzt ist der nächste Schritt zu machen. Der heißt nicht „Integration“ im Sinne von „Wiedereingliederung“, sondern „Inklusion“ im Sinne von Teilhabe dort, wo ich herkomme und hingehöre. Schule auf dem Weg zur Inklusion verändert sich und macht das gemeinsame Lernen auf unterschiedlichem Niveau mit unterschiedlichen Zielstellungen zur Leitlinie des Unterrichts.

Es ist völlig unstrittig, dass die jetzt in Hessen zum Nulltarif geplante Umsetzung der UN-Konvention nicht zu akzeptieren ist. Aber die Frage ist doch: Wo wollen wir hin, wofür setzen wir uns ein? Das muss eine Schule für alle sein und nicht das Aussortieren lediglich an einer anderen Grenze.

Das Schlimmste, was jetzt passieren könnte, wäre, dass Schülerinnen und Schüler zurückbleiben, dass es eine Schule gibt, die die Kinder aufnimmt, die man woanders nicht fördern kann oder will. Kein Kind darf zurückgelassen werden – Inklusion ist unteilbar.

Angela Scheffels, Neuberg

### Betr.: HLZ 3/2012 Für gelingende Inklusion

#### **Inklusion ist mehr als Integration**

Ich habe den Eindruck, als beziehe die GEW das Wort Inklusion vorwiegend auf die Integration von gehandicapten Kindern und Jugendlichen, was auch durch die Beiträge auf den Seiten 29 und 30 unterstützt wird. Dies halte ich für absolut falsch. Inklusion war das Motto des Deutschen Präventionstages in Hannover und bedeutete damals die Einbeziehung aller benachteiligter Kinder und Jugendlichen. Neueste wissenschaftliche Untersuchungen haben einmal mehr bewiesen, dass Kinder und Jugendliche aus bildungsarmen Elternhäusern von Chancengleichheit im Schulsystem weit entfernt sind. Es ist an der Zeit, dass gerade unsere Gewerkschaft damit beginnt, das Wort Inklusion umfassender zu interpretieren, und von der Politik die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems verlangt. Dies jedoch nicht, indem die Hauptschule in die Realschule integriert wird, sondern einzig und allein durch ein Schulsystem skandinavischer Muster.

Carlo Schulz, GEW-Mitglied seit 1964

#### **Betriebsschließung der Landesgeschäftsstelle**

Die Geschäftsstelle der GEW Hessen wird in den mittleren beiden Wochen der hessischen Sommerferien geschlossen. Damit ist auch die Landesrechtsstelle in der Zeit vom 16. bis 27. Juli 2012 nicht besetzt. Die Landesrechtsstelle bittet deshalb darum, dass eilige Anfragen möglichst bis 6. Juli dort eingehen. Bei eiligen bzw. fristgebundenen Angelegenheiten können sich Mitglieder während der Betriebsschließung an die Büros der DGB Rechtsschutz GmbH wenden: [www.dgbrechtsschutz.de](http://www.dgbrechtsschutz.de) > Vor Ort. Bei beamtenrechtlichen Fragen steht darüber hinaus in dieser Zeit ausnahmsweise die Bundesstelle für Rechtsschutz unter der Nummer 069-78973-0 zur Verfügung.

## **X** Stresstest für Drittklässler

Als „sinnlosen Stresstest für Drittklässler“ bezeichnete der Vorsitzende der GEW Hessen *Jochen Nagel* den Testmarathon, dem die Schülerinnen und Schüler der dritten Klassen im Mai ausgesetzt wurden. Anders als in anderen Bundesländern ist in Hessen eine Teilnahme aller dritten Klassen durch das Hessische Kultusministerium (HKM) verbindlich vorgeschrieben. Die Lernstandserhebungen dienen nach Aussagen des HKM „der internen Evaluation der Schulen, der Vergewisserung ihrer Arbeit, der Schülerförderung und der Weiterentwicklung des Unterrichts“.

*Susanne Hoeth* von der Fachgruppe Grundschulen der GEW Hessen hält die Tests wie viele ihrer Kolleginnen und Kollegen für „nicht kindgerecht“, sie bevorzugten andere Wege zur Förderung der Kinder und zur Weiterentwicklung ihres Unterrichts: „Lernfreude, Motivation, Neugier und Entdeckerhaltung werden durch diesen Testmarathon erheblich strapaziert. Moderner Grundschulunterricht, der auch den Anforderungen der UN-Konvention nach einem inklusiven Bildungssystem gerecht werden will, setzt am Lernstand des einzelnen Kindes an und hat seine individuelle Entwicklung im Blick.“

Selbst Klassenarbeiten können inzwischen laut Verordnung in einem am einzelnen Kind orientierten individuell angepassten Rhythmus geschrieben werden. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Kinder sich von den ungewohnten und umfangreichen Testformaten an gleich vier Tagen innerhalb von zwei Wochen überfordert fühlen. Frust und öfter auch Tränen sind die Folgen: „Wesentlich wichtiger als die Testergebnisse, die für die Lehrkräfte in aller Regel keine grundlegend neuen Informationen bringen, ist für die engagierten Pädagoginnen und Pädagogen doch die Frage, was mit denjenigen Schülerinnen und Schülern, die in unseren Schulen hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben, passiert.“

Die GEW wird gemeinsam mit den Lehrkräften unter anderem auf einer Fachtagung im Herbst darüber diskutieren, wie eine erneute Wiederholung dieser unsinnigen, aufwändigen und auch wissenschaftlich umstrittenen Testerei im kommenden Schuljahr verhindert werden kann. Dabei schließt die GEW „einen Boykottaufruf keinesfalls aus“.

## **X** GEW-Veranstaltung: 40 Jahre Berufsverbote

Auf Einladung von GEW und ver.di Hessen und der Initiative „40. Jahrestag des Radikalenerlasses“ trafen sich am 5. Mai Opfer von Berufsverboten und Gewerkschaftsmitglieder im DGB-Haus Frankfurt. GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* moderierte die Diskussion. Professor *Georg Fülberth* bezeichnete die Berufsverbote als „Herrschaftsinstrument, das auch in der Gegenwart für die Zukunft noch bereitgehalten wird.“ ([www.berufsverbote.de](http://www.berufsverbote.de) > *Veranstaltungen*). Musikalische Beiträge lieferten der Künstler *Erich Schaffner* und die Auschwitz-Überlebende *Esther Bergerano* mit der HipHop-Gruppe *Microphone Mafia*.

## **X** Abschied von Ministerin Henzler

Das routinemäßige Treffen des Landeselternbeirats (LEB) mit der Kultusministerin fand kurz nach dem erzwungenen Rücktritt von *Dorothea Henzler* statt. LEB-Vorsitzende *Kerstin Geis* sprach von einem „Rausschmiss“. Hier werde „Parteilpolitik auf dem Rücken unserer Kinder betrieben“ und damit seien die hessischen Eltern „nicht einverstanden“. Kritik gab es bei dem Treffen Anfang Mai in Frankfurt aber auch an der „politischen Relativitätstheorie“ und den Zahlenspielerien bei der Lehrerversorgung. Von der in der Koalitionsvereinbarung versprochenen 105-prozentigen Versorgung sei man noch weiter entfernt.

Zum Thema Inklusion forderten die Vertreter der Kreis- und Stadelternbeiräte die Landespolitik auf, keine Spaltung hessischer Eltern zu betreiben. Was Inklusion bedeutet, sei eindeutig in der UN-Behindertenrechtskonvention geregelt. Es werde Zeit, diese Aufgabe sinnvoll wahrzunehmen und Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt zu ermöglichen.

## **X** Extremismusklausel ist rechtswidrig

In der HLZ 3/2012 und 4/2012 berichteten wir über die neue Plattform der DGB-Jugend Hessen und anderer Antinazi-Initiativen, die sich gegen die von der Bundesregierung geforderte „Demokratieerklärung“ wendet ([\[www.extrem-demokratisch.de\]\(http://www.extrem-demokratisch.de\)\). Die Unterschrift unter die „Extremismusklausel“ ist Voraussetzung für eine finanzielle Förderung der Basisinitiativen gegen Rechts und wird von ihren Kritikern als „Generalverdacht“ angesehen. Diese „Extremismusklausel“ ist nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Dresden rechtswidrig. Damit gaben die Richter einer Klage des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums Akubiz in Pirna statt. Akubiz hatte die Unterschrift verweigert und aus Protest den mit 10.000 Euro dotierten sächsischen Demokratiepreis nicht angenommen.](http://www.</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

Das Gericht kritisierte insbesondere die weitgehende „Unbestimmtheit“ der Klausel. Die Landtagsabgeordnete der Linken *Kerstin Köditz* sprach von einer „schallenden Ohrfeige“ für Bundesministerin *Schröder*. Die Grünen forderten, die Klausel ersatzlos zu streichen.

## **X** Anrechnungsstunde für SV-Verbindungslehrer

Im ersten Entwurf für die neue Pflichtstundenverordnung war die Anrechnungsstunde für die Tätigkeit der Verbindungslehrerinnen und -lehrer zur Schülervertretung (SV) nicht mehr separat ausgewiesen und wurde ins Schuldeputat übertragen. Damit wäre die Arbeit der SV und der Verbindungslehrkräfte, bei der „Verwirklichung der Bildungs- und Erziehungsziele der Schule“ mitzuwirken (§ 121 Hessisches Schulgesetz), weiter erschwert worden. Kämpfe in den Kollegien und mit den Schulleitungen um eine Anrechnungsstunde aus dem Schuldeputat hätten die Motivation der Lehrkräfte minimiert, die zuweilen konfliktreiche Funktion der Verbindungslehrkraft zu übernehmen. Gegen diese Pläne erhob sich massiver Protest von Seiten der Schülerinnen und Schüler, des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) und der GEW. Die Proteste hatten Erfolg: Am 23. März 2012 teilte das Kultusministerium dem HPRL mit, für die Tätigkeit als Verbindungslehrerin oder -lehrer innerhalb einer Schule werde wie bisher „mindestens eine Wochenstunde aus dem Schuldeputat auf die Pflichtstundenzahl angerechnet“.

Noch keine Einsicht zeigt das HKM bei den Verbindungslehrerinnen und -lehrern zur Landesschülervertretung (LSV): Das Deputat soll um mehr als die Hälfte gekürzt werden.

## Ein rauer Wind



### Politische Dimensionen der europäischen Krise

*Als das Schuldenabkommen unter Dach und Fach war, konnte der Schuldner aufatmen. Die Schulden waren halbiert, die Zinsen massiv gesenkt worden. Die Rückzahlungen waren auf 45 Jahre gestreckt worden, vor allem aber: Dem Schuldner wurden keine die Wirtschaft abwürgenden Sparmaßnahmen aufgezwungen; er konnte sie in kleinen Raten (nie mehr als 3,5% der jährlichen Exporteinnahmen) bezahlen. (1)*

*Richtig: Nicht vom heutigen Griechenland ist die Rede, denn das war damals einer der Gläubiger, sondern vom Londoner Schuldenabkommen von 1953, das Pate für Deutschlands wirtschaftlichen Aufschwung stand. Durchgesetzt hatten das vor allem die USA. Ob auch wirtschaftlicher Sachverstand oder nur die Motive des Kalten Krieges maßgeblich waren, ist erst einmal unerheblich. Die New York Times jedenfalls traf angesichts des Umgangs der deutschen Regierung und nicht weniger Medien mit der heutigen griechischen Krise „den Nagel auf den Kopf: ‚Es hat einen obszönen Hautgout, wenn Deutsche mit dem Finger auf die Griechen zeigen, die bei Rot über die Straße gelaufen sind.‘“ (2)*

Die Euro(pa)krise ist auch eine politische Krise: Sie ist durch zentrale *politische Fehlentscheidungen* (Deregulierungen) mit verursacht und wird begleitet und verschärft durch *gefährliche Veränderungen im politischen System*.

#### Politics: Krise der politischen Willensbildung

Idealtypisch werden Parlaments- und Regierungsentscheidungen in einer parlamentarischen Demokratie in öffentlichen Diskussionen zwischen wissenschaftlichen Experten und interessierten Laien – zu denen in der Regel auch die Politiker gehören – vorbereitet. Die Medien spielen eine Rolle, die Parteien – so steht es zumindest im Sozialkundebuch. In der Realität ist jedoch von erheblicher Bedeutung, wie effektiv und effizient die jeweiligen politischen Analysen und Lösungsvorschläge in den Willensbildungsprozess eingebracht werden können. Und hier wirken eine massive, fast übermächtige Finanzbranche und ihre Lobbyisten, eine „sehr empfindliche, eigentlich neurotische und realitätsferne Branche, die es dennoch geschafft hat, als Produzent von Rationalität wahrgenommen zu werden“, die „selbst nie auf Gipfeln erscheinen muss, dort aber Regie zu führen versucht“, und die es geschafft hat, „dass ihre Kriterien bei der Bewertung der dort erzielten Ergebnisse als die vernünftigen gelten“ (3):

*„Längst gelten Kurse als Indikator für rationales, gutes, ja sogar weises Handeln. Die Zahlen sagen aber nie, ob das alles so sein muss. Sie deuten drohende systemische Gefahren gar nicht – oder zu spät – an, weil sie nur innerhalb des vorgegebenen Modells funktionieren.“ (4)*

Gestützt und forciert wird die Lobby durch die Dominanz der neoliberalen Strömung in den Wirtschaftswissenschaften. Rudolf Hickel konstatierte schon 2004:

*„Diese zeigt sich insbesondere bei den Themen Lohnpolitik, Arbeitslosigkeit, Geldpolitik und Inflation. Im Mittelpunkt steht der Schwur auf die regulierungsminimale Marktwirtschaft, die in der Lage sein soll, Krisen zu vermeiden. Am Ende sind es die*

*„außermarktmäßigen Kräfte“ – wie der gestaltende Sozial- und Beschäftigungsstaat und vor allem die korrigierenden Gewerkschaften –, die das marktwirtschaftliche Regelwerk in die Krise jagen. Daraus folgt die monomane Rezeptur, mit der der Entfesselung der Marktkräfte Vorrang eingeräumt wird. Nur vordergründig beeindruckt die mathematisch anspruchsvollen Modelle zum Nachweis des Allgemeinen Gleichgewichts. Denn sie bewegen sich Glasperlenspielen vergleichbar fernab von der Wirklichkeit des real existierenden Kapitalismus und dessen Empirie. Die deutsche Ökonomenzunft ist mittlerweile, soweit auf sie gehört wird, ein Standortproblem. Marktgläubigkeit verstellt den Blick mit beiden Augen auf die fundamentalen Herausforderungen.“ (5)*

Nicht anders sieht es in den Wirtschaftsredaktionen der einflussreichsten meinungsbildenden Medien aus.

Angela Merckels Credo, dass „die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie marktkonform ist“, markiert den (vorläufigen?) Sieg dieser engen „Verflechtungen zwischen den Wirtschaftswissenschaften und den Banken“ (Minkmar).

Es war eine einmalige Chance für die Austeritätspolitik, dass Griechenland als erstes Land im Fokus der Finanzkrise stand. Es gelang, den Leitbegriff der „Schuldenkrise“ in der öffentlichen Debatte zu etablieren und einen angeblich „überbordenden Sozialstaat“ als Hauptverantwortlichen zu denunzieren. Die Durchsetzung der „Sparpolitik“ wurde von einer in dieser Intensität lange nicht mehr praktizierten, chauvinistisch zu nennenden Stimmungskampagne gegen „die faulen Griechen“ begleitet. Mehr zur Rolle der BILD-Zeitung findet man in dieser HLZ auf Seite 18, mit der Eurokrisenpolitik und ihren katastrophalen Folgen setzt sich Kai Eicker-Wolf auseinander (S. 16).

#### Reichtumspflege

*„In Zeiten größter Herausforderungen zeigt das Spitzenpersonal des Staates intellektuelle Sparsamkeit. Damit kommt das Land nicht weit. Die Politik braucht konzeptionelle Kraft und fiskalische Phantasie: Man kann sich jede Spardebatte sparen, wenn nicht zugleich eine Steuerdebatte geführt wird. Nein, keine Debatte über eine Mehrwertsteuererhöhung; etwas Falscheres und Ungerechteres als die Erhöhung dieser Massensteuer könnte man dem Land und der Konjunktur kaum antun. Es muss um Vermögensteuern gehen, Reichensteuern, Erbschaftsteuern, Transaktionssteuern und Gewinnsteuern, also um die Realisierung des Verfassungssatzes ‚Eigentum verpflichtet‘. Wenn die Politik den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz streicht, Bibliotheken zusperrt, an der Altenpflege spart, wenn sie auch noch den Armen den Gürtel enger schnallt, ohne zuvor den Spitzenreichtum der Gesellschaft abzuschöpfen – dann spielt sie russisches Roulette mit dem inneren Frieden. Deutschland leistet sich ein Steuersystem, das es sich nicht mehr leisten kann: Es betreibt nämlich Reichtumspflege. Der Gesetzgeber des letzten Jahrzehnts hat den Staat in einen Lohnsteuerstaat verwandelt; die Arbeitnehmer, also Arbeiter und Angestellte, finanzieren den Staat.“*

(Heribert Prantl, Sparen, Sparen, Sparen?, SZ 31.5.2010)



Doch die Hegemonie des Clubs der Freunde der Anleger und Gläubiger beginnt zu bröckeln. Auch in der Süddeutschen Zeitung (SZ) und der FAZ findet man fundierte, ausgesprochen kritische Beiträge, häufig von ausländischen Experten, interessanterweise meist im Feuilleton (6). Selbst in den Wirtschaftsredaktionen entwickelt sich – wenn auch ohne erkennbare Selbstkritik – ganz allmählich Skepsis angesichts der düsteren Sackgasse der Merkozy-Politik. Ob der Machtwechsel in Frankreich nur kosmetische Korrekturen bringt, ist noch nicht absehbar, doch ist zu hoffen, dass die öffentliche Debatte beginnt, sich aus der erstickenden Dominanz der Marktpropheten zu befreien. SZ-Redakteur *Heribert Prantl* bringt es auf den Punkt:

*„Gäbe es eine Steuer auf die Ausreden, mit denen der staatliche Zugriff auf privaten Reichtum bisher abgelehnt worden ist, ließe sich damit ein großes Konjunkturpaket finanzieren.“ (7)*

### Polity: Krise der Strukturen und Institutionen

Die Krise der demokratischen Strukturen und Institutionen ist allgegenwärtig. Regierungen wechseln, ohne dass die Probleme gelöst werden, die Wahlbeteiligung sinkt, rechts-populistische Parteien erreichen ein gefährliches Niveau. In Deutschland sammelt sich der Protest gegen „die Politiker“ – zum Glück – bisher (!) hinter keinem *Front National*, sondern bei den Piraten. Deren Entwicklungspotenzial lässt sich nicht eindeutig vorhersehen, doch auf *absehbare* Zeit befördern ihre Wahlerfolge hierzulande eher Große Koalitionen. Die aber sind Gift für die Entwicklung durchsetzungsfähiger Alternativen zur „marktkonformen“ Politik, weil sie die alten Architekten der Agenda 2010 in der SPD stärken. Selbstkritik an der Deregulierungspolitik der Schröder-Ära ist bisher dort und bei den Grünen eher rar oder verschämt. Schröders

Ex-Minister *Michael Naumann* analysiert und bedauert die Folgen, doch auch seine Kritik bleibt halbherzig und inkonsequent. Die Linken hätten „nichts geahnt“, und *Schröder* habe das alles nicht so gewollt:

*„Die Macht“, pflegte Gerhard Schröder bei Gelegenheit zu sagen, „liegt immer woanders.“ Dass sie eines Tages in den Händen von Hedgefonds-Managern und Algo-Tradern, von Großbanken, Rating-Agenturen und Börsianern in aller Welt liegt, hätte er sich nicht träumen lassen.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.11.2011)*

So beschränkt soll Gazprom-Schröder gewesen sein, der jüngst noch die Agenda 2030 propagiert hat?

Glaubwürdige, reale politische Alternativen zur neoliberalen Politik sind nötig, um die Demokratie wieder attraktiv zu machen und einem nachvollziehbaren, aber perspektivlosen Politiker-Bashing den Boden zu entziehen (8). *Im Vergleich* ist die Krise der deutschen Demokratie nicht so gravierend, aber die bange Frage ist: Wie wird Deutschland regiert,

- wenn die Austeritätspolitik ungebremst fortgesetzt wird und große Teile der europäischen Volkswirtschaften ruiniert und

- wenn die Krise in mehr oder minder schroffer Form auf das Land mit der „krankhaften Tendenz zu Leistungsbilanzüberschüssen“ (9) zurückschlägt?

In Griechenland wurden grundlegende Arbeitnehmerrechte unter tatkräftiger Förderung von *Merkozy* außer Kraft gesetzt. Dort und in Italien wurden „Technokraten“ – so der „zynische Euphemismus“ (10) – als Exekutoren der Vorgaben der *Troika* eingesetzt. Die Anlegerinteressen blieben gewahrt, eine Stabilisierung der Demokratie bleibt aus. Die Wahlergebnisse in Griechenland machen wenig Hoffnung.

### Guido Westerwelle und Sarah Wagenknecht

Durch ganz Europa wehe „ein rauer Wind der Renationalisierung“, sagt *Guido Westerwelle*. Dasselbe beklagt auch *Sarah Wagenknecht*. Doch die Differenz könnte kaum größer sein. *Westerwelle* sieht in einem zerbröselnden, schlimmstenfalls zerfallenden Europa eine große Gefahr für die deutschen Exporte und die Anleger. *Wagenknecht* erklärt die vor allem in Griechenland nationalistisch gefärbten Proteste gegen „die“ EU und gegen „die“ Deutschen mit der Wut der von massiver sozialer Deklassierung bedrohten und mit Perspektivlosigkeit geschlagenen Menschen, und sie macht Vorschläge zu einer „Wiederbelebung der europäischen Idee“ im Geiste des Humanismus (11).

In Deutschland waren und sind die chauvinistischen Töne gegen „die faulen Südländer“, die „unser“ Geld verbraten, nicht nur in den Boulevardmedien anzutreffen. *Volker Kauders* schreckliche Tirade, dass jetzt „in Europa Deutsch gesprochen“ wird, erweist sich bei Analyse des Redetextes als gezielter Beitrag zum Stammtischgedröhne. Selbst seriöse Nachrichtenmedien befördern nationalistische Stimmungen, wenn viel zu oft von „Deutschland“ oder „den“ Griechen geredet wird, statt sprachlich präzise zum Ausdruck zu bringen, dass es um bestimmte Institutionen, Interessengruppen oder soziale Klassen geht. Ob wütender Nationalismus der Opfer oder chauvinistisches Gehabe bei den „Lehrmeistern“ Europas: Beide Tendenzen vernebeln eine klare politische Analyse, indem sie faktische Interessengegensätze im Dunst einer fiktiven „Nation“ auflösen, externe Feindbilder aufbauen und emotional aufgeladene kollektive Identitäten züchten,



### Iciar (17) schreibt aus Spanien

*Mein Name ist Iciar Fernandez Perez, ich bin 17 Jahre alt und aus Spanien. Kürzlich war ich als Austauschschülerin in Groß-Gerau. Das Foto zeigt mich mit meiner Austauschpartnerin Laura Stritzke (links).*

*Seit ich klein bin, habe ich Lust, als Lehrerin mit Kindern zu arbeiten, aber in der letzten Zeit ist Spanien von einer Finanzkrise betroffen. Die Anzahl der Arbeitslosen ist merklich gestiegen. Auch die Menschen, die einen Job gefunden haben, sind von der Krise betroffen, weil ihre Gehälter gekürzt wurden.*

*Fast alles hat sich auf dem Beschäftigungssektor geändert. Viele Unternehmer sind gezwungen, weniger Arbeitsplätze zu vergeben oder Personal zu entlassen. Viele Menschen gehen ins Ausland, um dort zu studieren oder um sich dort eine Arbeit zu suchen und ein Gehalt passend zum akademischen Hintergrund zu bekommen. Meine ältere Schwester, die gerade ihren letzten Abschluss in der Krankenpflege macht und keine Hoffnung hat, in Spanien eine Arbeit zu finden oder nur in heiklen Verträgen, plant, Spanien zu verlassen, da die spanischen Krankenschwestern im übrigen Europa in Ländern wie Großbritannien, Finnland oder Frankreich gut gebraucht werden.*



die Europa und nicht nur den Euro bedrohen. Kaum jemand muss das mehr fürchten als die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften.

Gerd Turk

(1) Stephan Kaufmann, Wie Griechenland bei der Rettung Deutschlands half, FR 4.2.12. Die deutschen Schulden umfassten *nicht* mögliche Reparationen wegen der Raubzüge und Zerstörungen Europas im Zweiten Weltkrieg. Solche Zahlungen konnte Deutschland bekanntlich weitgehend vermeiden.

(2) Andreas Zielcke, Obszöner Hautgout: Ist Politik lernunfähig?, Süddeutsche Zeitung 24.5.2010

(3) Nils Minkmar, Stellt endlich die Systemfrage!, FAZ 11.12.2011

(4) Nils Minkmar, Die Schönheit der Chance, FAZ 5.11.2011

(5) Rudolf Hickel, Deutsche Ökonomenzunft – ein Standortrisiko [www.memo.uni-bremen.de/docs/m6104b.pdf](http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m6104b.pdf) – 2004; zur Borniertheit mathematischer Analysen und Modelle in der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft vgl. Tomáš Sedláček, Die Ökonomie von Gut und Böse, München 2012, S. 353ff.

(6) Neben Krugman, Stiglitz und anderen sind das auch Schelke (Der Fanatismus der Zentralbank, FAZ 23.3.2012) und Hudson (Der Krieg der Banken gegen das Volk, FAZ 3.12.2011); siehe auch weitere Beiträge in: [www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/)

(7) Heribert Prantl, Sparen, Sparen, Sparen?, SZ 31.5.2010



(8) zur möglichen Rolle der „Linken“: Stefan Reinecke, Ein rettendes Angebot, taz 4.5.2012

(9) Thomas Strobl, Wohlstand für alle ist mehr als eine Phrase, FAZ 5.5.2009

(10) Michael Hudson, a.a.O.; Jens Bisky, Die Goldmänner sind überall, SZ 18.4.2012

(11) Sarah Wagenknecht, Vom Tod europäischer Werte, FAZ 30.4.2012

## Zum Beispiel: Griechenland

Zahlreiche Rednerinnen und Redner betonten am 1. Mai die Solidarität mit Griechenland. Ein besonderes Zeichen setzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mai-Kundgebung in Rüsselsheim. Die DGB-Jugend bat die Besucher, einen Handabdruck für Griechenland zu hinterlassen. „Es ist nur eine symbolische Aktion, aber wir wollen vor allem deutlich machen, dass Griechenland seit zwei Jahren zu den schärfsten Kürzungen gezwungen wird, die es je für ein Land in Europa gegeben hat“, sagte DGB-Jugendsekretär *Sascha Schmidt*. Die Jugendarbeitslosigkeit liege mittlerweile bei 50 Prozent: „Hier geht es um die Zukunft einer ganzen Generation. Auch in Spanien und Portugal spielen sich Tragödien ab. Es ist nicht hinnehmbar, dass insbesondere junge Menschen für eine Krise verantwortlich gemacht werden, die sie nicht verursacht haben.“

### Anpassungsprogramme fördern Zusammenbruch

*Kai Eicker-Wolf* analysiert die ökonomische Situation Griechenlands in einem Artikel in WiSo-Info 2/2012 des DGB Hessen-Thüringen (<http://hessen-thueringen.dgb.de>). Europäische Union und Internationaler Währungsfonds (IWF) entwarfen 2010 ein Anpassungsprogramm für Griechenland, das Annahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Ent-

wicklung getroffen und davon ausgehend Maßnahmen zur Reduktion des griechischen Haushaltsdefizits konzipiert hat. Dabei sind sie von einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 2,6 Prozent im Jahr 2011 ausgegangen. Allerdings blieb diese Prognose weit hinter dem tatsächlichen Einbruch der Wirtschaft zurück. Im Zuge der zweiten Revision im Dezember 2010 erhöhte die EU-Kommission ihre Prognose für das Jahr 2011 zunächst auf einen Einbruch von 3,0 Prozent. Trotzdem waren weitere Revisionen notwendig: Im Juli 2011 ging man schon von 3,8 Prozent aus, im Oktober 2011 dann von 5,5 Prozent. Der tatsächliche Wert war schließlich mit 6,8 Prozent nochmals deutlich höher. Insgesamt ist damit die griechische Wirtschaft seit 2008 um ein Fünftel eingebrochen.

Wenn aber ein Anpassungsprogramm entworfen wird, das auf einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um „nur“ 2,6 Prozent beruht, dann führt ein tatsächlicher Einbruch um 6,8 Prozent zu deutlich sinkenden Staatseinnahmen und zu einem massiven Anstieg der Staatsausgaben. Hatten EU und IWF für 2011 und für 2012 zunächst noch Einnahmen von jeweils über 98 Milliarden Euro vorhergesagt, so gingen sie in ihrer fünften Revision gerade mal noch von 90 Milliarden Euro aus. Die Einnahmeausfälle gegenüber der Prognose belaufen sich also auf etwa 8 Milliarden Euro. Die durch Kürzungen bedingten zusätzlichen Ausgaben dürften noch größer sein.

# Schauplatz Europa

## Bildungsgewerkschafter aus Südeuropa in Frankfurt

Irgendwann wird auch die freundliche *Manuela Mendonça* von der portugiesischen Bildungsgewerkschaft FENPROF laut und ärgerlich: „Wir sind ein kleines Land und deshalb glaubt man, dass man mit uns machen kann, was man will, dass wir keine Würde haben.“ Die Souveränität der Wählerinnen und Wähler werde auch in Portugal durch die „Diktatur der Gläubiger“ ersetzt.

Gemeinsam mit ihrem spanischen Gewerkschaftskollegen *Pedro González* von der Gewerkschaft FECCOO und dem griechischen Lehrgewerkschafter *Themistoklis Kotsifakis* nahm sie vom 16. bis 19. April auf Einladung des GEW-Hauptvorstands und des DGB an einer Solidaritätsreise mit Veranstaltungen und Pressekonferenzen in Frankfurt, Köln und Dortmund teil. Am 16. April traten sie sowohl bei einer Pressekonferenz des DGB Hessen-Thüringen als auch bei einer Abendveranstaltung im Gebäude der Hauptverwaltung der IG Metall in Frankfurt gemeinsam vor Pressevertreter und interessierte Kolleginnen und Kollegen.

Die Berichte der drei südeuropäischen Gewerkschafter klangen sehr ähnlich: Portugal, Griechenland und Spanien befinden sich in einer wirtschaftlichen Rezession. Die Lasten der Krise werden auf Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und sozial Schwache abgewälzt. Massive Sparprogramme im öffentlichen Dienst führen zu Entlassungen von Lehrern, Arbeitszeitverlängerung, Schulschließungen sowie Gehalts- und Pensionskürzungen.

### Fortbildung mit lea

#### Weltwirtschaftskrise – das Gesicht der heutigen Globalisierung

Der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise müssen ihre Erklärungsmythen genommen werden. Weder die „Gier des Menschen“ noch die staatliche Verschuldung ist Ursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Staatsschulden nicht als Folge, sondern als Ursache der Krise auszugeben, soll nicht erklären, sondern die europaweite Renaissance des neoliberalen Modells durchsetzen.

Gegenstand der Fortbildungsveranstaltung sind Ablauf und tiefere Ursachen der Krise. Aktuelle politische und ökonomische Perspektiven und „Lösungsansätze“ werden erörtert. Anhand exemplarischer Materialien soll auch die Umsetzung im Unterricht, insbesondere in der Sekundarstufe II, besprochen werden. Die Leitung hat *Peter Neumaier*.

- Montag, 17. 9. 2012, 10 bis 17 Uhr, Frankfurt, Zimmerweg 12, GEW-Mitglieder 14 Euro, Nichtmitglieder 33 Euro
- Anmeldung: lea gemeinnützige bildungsgesellschaft, Postfach 170429, 60078 Frankfurt, Tel. 069-971293-27/28, [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de), E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

**Themistoklis Kotsifakis**  
(Griechenland):

*„Die Troika tritt die Demokratie in ihrem Mutterland mit Füßen.“*



### Die Hälfte der Jugendlichen ist arbeitslos

Die Hoffnungslosigkeit vieler junger Menschen zog sich wie ein roter Faden durch alle Berichte. In Portugal brach ein Viertel der Jugendlichen im Jahr 2011 die Schule ab, berichtete *Manuela Mendonça*. Schulen auf dem Land werden geschlossen, was die Landflucht weiter verschärft. 25.000 von 140.000 Lehrerstellen werden gestrichen – und das trotz weiterhin großer Bildungsdefizite, die auch durch den vorübergehenden Wirtschaftsaufschwung Portugals mit EU-Krediten, die man dem Land nahezu aufnötigte, nicht abgebaut wurden. Im Gegenteil: Die Bildungsausgaben liegen schon jetzt vor weiteren drohenden Kürzungen am unteren Ende der europäischen Skala. Der nationale Mindestlohn wurde auf 475 Euro gekürzt, Rentner und Beamte haben Einkommenseinbußen von mehr als 25%.

Aber *Manuela Mendonça* ist wie ihre Kollegen aus Spanien und Griechenland nicht mutlos. Die Gewerkschaften kämpfen gegen die drohende Privatisierung der Wasserversorgung und ihre Bildungsgewerkschaft FENPROF hat gerade eine Kampagne gegen die weitere Streichung von Lehrerstellen gestartet: „Wir sind Lehrerinnen und Lehrer und geben der Zukunft ein Gesicht.“

Von 20% Arbeitslosigkeit in Griechenland, einer Stimmung von „Agonie und Angst“ und einem dramatischen Anstieg der Selbstmordrate berichtete der Athener *Themistoklis Kotsifakis* von der griechischen Sekundarschullehrgewerkschaft OLME: „Besonders die Jugend leidet darunter. Jeder zweite Grieche zwischen 15 und 25 Jahren hat keine Arbeit.“ Acht Prozent der Schulen wurden bereits geschlossen, die Zahl der Lehrerstellen um 20% reduziert, die Gehälter für die wenigen neu eingestellten Lehrer um 40% gekürzt. Dass die Steuern jetzt mit der Elektrizitätsrechnung eingetrieben werden, treffe vor allem die Armen: „Denen wird jetzt auch noch der Strom abgedreht.“

*Kotsifakis* kritisiert den Verlust staatlicher Souveränität und eine fortschreitende Entdemokratisierung in Griechenland und in Europa:

*„In Griechenland, dem Mutterland der Demokratie, entscheidet die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU. Die griechischen Politiker, die ihre Vor-*



gaben umsetzen, haben das Volk nicht gefragt und haben keine Legitimation.“

Schon lange mischen auch deutsche Konzerne bei der erzwungenen Privatisierung in Griechenland mit: in der Telekommunikationsbranche, bei der Bahn, der Stromversorgung und beim Erwerb von Immobilien in touristischen Regionen. „Nicht alle in Griechenland sehen darin die von Herrn Schäuble versprochene Hilfe“, sagt Themistoklis Kotsifakis spöttisch. Wer ihm zuhörte, war von dem Wahlergebnis in Griechenland Anfang Mai nicht überrascht.

Auch Pedro González, beim Vorstand der FECCOO in Madrid für Internationales zuständig, stellte das Elend der Jugendlichen in den Mittelpunkt seines Berichts. Der Immobilien- und Tourismusboom habe die jetzt offensichtliche dramatische Jugendarbeitslosigkeit nur zugedeckt: „Auch ohne Ausbildung versprach die Arbeit beim Bau oder in der Tourismusbranche schnelles Geld. Und wer seine Ausbildung abgeschlossen hat, wird jetzt ins Ausland abgeworfen.“

Jeder zweite spanische Jugendliche ist ohne Arbeit. Junge Menschen können nicht aus ihren Elternhäusern ausziehen und eine Familie gründen, da ihnen das Geld fehlt. Die Krise führe zu einer weiteren Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig finde ein Angriff auf Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte statt, der unter der sozialistischen Regierung Zapatero begonnen hat und unter der konservativen Regierung Rajoy verschärft fortgesetzt wird:

*„Der neue Finanzminister der Regierung Rajoy war bis zu deren Pleite spanischer Repräsentant der Lehmann-Bank. Und gleichzeitig werden Gewerkschaften geknebelt und kritische Journalisten auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gemäßregelt.“*

Ende März hatten die spanischen Gewerkschaften dagegen einen Generalstreik organisiert.



**Pedro González**  
(Spanien):

*„Gewerkschaften werden geknebelt und kritische Journalisten gemäßregelt.“*

### „Die billige Schule“ droht auch in Deutschland

Die Repräsentanten der Bildungsgewerkschaften aus drei südeuropäischen Ländern waren sich auch in ihrer Botschaft an die deutschen Gewerkschaften einig. „Wir müssen uns viel besser kennenlernen“, sagte Pedro González. „Was Merkel, Schäuble, Papandreou, Papademos und Co. geschafft haben, nämlich eng zusammenzuarbeiten, müssen doch auch wir Gewerkschafter schaffen“, hofft der Grieche Kotsifakis

Dem konnte sich auch GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne, der auch Vizepräsident des Dachverbandes der europäischen Bildungsgewerkschaften EGBW ist, anschließen: „Was jetzt in Griechenland, Portugal und Spanien passiert, droht auch uns, wenn wir uns nicht frühzeitig dagegen zur Wehr setzen.“ Der europäische Fiskalpakt werde auch in Deutschland zu massiven Einsparungen im öffentlichen Dienst führen und auch hier drohe das Troika-Ziel der „billigen Schu-

**Manuela Mendonça**  
(Portugal):

*„Wir sind ein kleines Land und deshalb glaubt man, dass wir keine Würde haben.“*



le“. Daher lehnen die GEW und der DGB den Fiskalpakt ab. Thöne forderte stattdessen eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Einsparungen bei Militär- und Rüstungsausgaben. „Es kann nicht sein, dass Deutschland U-Boote nach Griechenland verkauft, während dort Schulen geschlossen und Lehrer entlassen werden“, sagte der GEW-Vorsitzende.

Für die älteren Kolleginnen und Kollegen sei der Begriff „Europa“ ein Synonym für Frieden und Wohlstand, für die jungen Menschen werde Europa zum Sinnbild für Perspektivlosigkeit und für ein neues Hegemoniestreben der wirtschaftlich starken Länder. Dem könne man nur mit einer konsequenten transnationalen europäischen Zusammenarbeit der Gewerkschaften und fortschrittlichen Kräfte entgegentreten.

Harald Freiling

## Europa neu begründen!

*Initiatoren und Erstunterzeichner des Aufrufs „Europa neu begründen“ sind unter vielen anderen die Gewerkschaftsvorsitzenden Michael Sommer (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Ulrich Thöne (GEW) und Klaus Wiesehügel (IG BAU) und die Professoren Elmar Altvater, Frank Deppe, Jürgen Habermas und Karl Georg Zinn. Den vollständigen Aufruf findet man unter [www.europa-neu-begruenden.de](http://www.europa-neu-begruenden.de).*

So kann, so darf es nicht weitergehen. Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Europa befindet sich in einer Existenzkrise. (...) Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet. (...)

Europa muss sich neu begründen! Der Einigungsprozess braucht eine neue, identitätsstiftende Leitidee. Immer mehr Menschen verbinden mit Europa Staatsschulden, Sozialabbau und Bürokratie. Sie entziehen der EU Sympathie und Zustimmung. Soll Europa eine Zukunft haben, muss aktiv um die Zustimmung und Zuneigung der Menschen geworben werden. In einer europäischen Öffentlichkeit müssen sich die Akteure über eine Leitidee für ein soziales und demokratisches Europa verständigen. (...) Ein erster Schritt muss die Ablehnung des Fiskalpacts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens sein. Wir fordern von den politisch Verantwortlichen und appellieren an Gewerkschaften und Zivilgesellschaft: **Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut! Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!**



## Italien: Tanz auf dem Vulkan

Wie eine Erlösung breitete sich schon am frühem Morgen des 13. November 2011 die Nachricht vom Rücktritt des *nano*, des Zwergs, aus. Der Rücktritt *Silvio Berlusconi*s vom Amt des Ministerpräsidenten markierte das Ende einer Ära, die – mit einer kurzen Unterbrechung durch die Regierung von *Romano Prodi* – in 17 Jahren das Land total verändert hatte. Italien war von Mitte-links nach rechts gerückt, durch den Abbau von Sozialleistungen stärker gespalten denn je, mit deregulierten Beschäftigungsverhältnissen, kultureller Verarmung und wachsendem Rassismus nicht nur gegenüber den *estracomunitari*, sondern gegen alle Menschen südlich der Po-Ebene.

Wie andere Landsleute wurde ich immer wieder gefragt, warum „wir“ Berlusconi wählten. Meine Antwort war immer die gleiche: „Ich habe ihn nicht gewählt.“ Seine Anhängerinnen und Anhänger sahen ihn als Erlöser, der endlich die Faulen in der öffentlichen Verwaltung oder unter den Arbeitnehmern bestraft, Talente fördert und sich für die „normalen“ Bürger einsetzt. Das mediale Potenzial seiner Macht in Zeitungen und Rundfunkanstalten hat die sozio-kulturellen Veränderungen im Lande stark vorangetrieben. Juristische Niederlagen waren für den Sohn eines kleinen Bankangestellten, der zum Tycoon aufsteigen konnte, den Umtrieben einer kommunistischen Justiz zuzuschreiben. Die gleiche „kommunistische Justiz“ ist heute dazu verdammt, Berlusconi Gesetzgebung zur Liberalisierung von Arbeitsverträgen und öffentlichen Dienstleistungen umzusetzen. Die Steuereinzugsbehörde *Equitalia*, für den Komiker und Blogger *Beppe Grillo* der „Schrecken aller Italiener“, muss die Steuer- und Zahlungswiderständler bekämpfen.

Schon in der Zeit der Regierung Berlusconi litt Italien unter massiven Kürzungen in allen Bereichen der Bildung:

- Die Ausgaben im Hochschulbereich sollen in fünf Jahren um 1,5 Milliarden Euro gekürzt werden. Nur jede fünfte durch Pensionierung frei werdende Dozentenstelle soll wiederbesetzt werden. Universitäten sollen in Stiftungseinrichtungen umgewandelt und von „Verwaltungsräten“ unter Beteiligung der Unternehmerverbände geleitet werden. Bei der Privatisierung von Hochschulen zeigen die italienischen Unternehmer dagegen keine großen Ambitionen. Die Studiengebühren, die zurzeit einkommensabhängig zwischen 4.200 und 9.600 Euro liegen, sollen erhöht werden.
- Bis 2012 sollen fast 90.000 Lehrerstellen und 44.500 Stellen in der Schulverwaltung gestrichen werden. 2011 wurden diese Zahlen noch einmal angehoben.
- Die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer werden für drei Jahre eingefroren.
- Die Unterstützung der Regionen und Kommunen für bauliche Maßnahmen und Projektförderung wird gekürzt. Das führt zum drastischen Abbau von Ganztagschulen, vor allem in Großstädten und in Norditalien, und zu einem wachsenden Zulauf zu Privatschulen. Der schlechte Zustand vieler Schulen stellt eine echte Lebensgefahr für Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche dar. Für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen stehen weniger Förderlehrkräfte zur Verfügung.

In Kindergärten müssen die Familien nicht nur für die Gebühren aufkommen, sondern auch für Klopapier und Win-

deln. Die Qualität des Mittagessens in Schulkantinen und Kitas wie auch der Reinigung hat sich verschlechtert.

Europa fordert Sparmaßnahmen und viele Italiener halten diese für unumgänglich. Leider trafen und treffen die Sparmaßnahmen immer die Lohnabhängigen. Die Kosten der *casta*, der Politikerkaste, wurden von *Berlusconi* und seinem Finanzminister *Tremonti* kaum angetastet. Die Diäten wurden – anders als die Durchschnittslöhne – gerade einmal um 10% gekürzt. Die blauen Dienstfahrzeuge, die Pensionen der Senatoren auf Lebenszeit, die kostenlosen Flüge und medizinischen Leistungen, der Rentenanspruch nach einer Legislaturperiode – all das scheint sakrosankt.

Als Professor *Mario Monti* und seine „Regierung der Fachleute“ Berlusconi ablösten, änderte sich der Stil, zog ein würdigeres, anständigeres Benehmen in die römische Regierung ein. Der Sparkurs wurde unter dem Druck der Finanzmärkte dagegen weiter verschärft: „Es werden Blut und Tränen fließen!“ Aber nicht bei den Reichen: Die *Casta-Privilegierten* werden nicht angetastet, die Geldverschwendung zahlreicher Träger, vor allem der katholischen Kirche geht weiter. Die Renten werden um 30% gekürzt, die Mehrwertsteuer soll von 21% auf 23% erhöht werden. Gas- und Strompreise werden noch vor dem Sommer heraufgesetzt, der Benzinpreis liegt zurzeit bei 2 Euro pro Liter.

Investitionsprogramme gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die zurzeit mit 9,8% auf dem Höchststand seit acht Jahren liegt, werden abgewürgt. Unter Beteiligung einiger Gewerkschaften soll der Kündigungsschutz gelockert werden. Das Kurzarbeitergeld (*cassa integrazione*) wird um ein Jahr auf 18 Monate verkürzt. Und auch wenn all dies angeblich neue Stellen für junge Menschen schaffen soll, wächst die Jugendarbeitslosigkeit. Diese Strenge werde von Europa gefordert, sagt *Mario Monti*: „Il rigore ce lo chiede l'Europa.“

Mit dem Programm „Rientro dei cervelli“ will man die „Rückkehr der Gehirne“ fördern und Fachkräfte aus Europa zurückholen, unter anderem mit dem Versprechen einer Steuerfreiheit für fünf Jahre. Gleichzeitig wandern tausende junge Akademikerinnen und Akademiker aus, nach Großbritannien, nach Deutschland, nach Frankreich, nach Lateinamerika, nach Australien, denn die Verzweiflung breitet sich wie ein riesiger Abgrund aus.

In den letzten zehn Jahren haben über 600.000 Italiener zwischen 25 und 35 Jahren das Land verlassen. Ihr Einkommen reicht nicht aus, schon gar nicht für eine eigene Existenz und die Gründung einer Familie. Junge, hochgebildete Menschen wohnen noch bei den Eltern. Die Selbstmordrate wächst, auch bei Rentnern und Menschen mit Behinderung, die auf Geldunterstützung oder Rückerstattungen vom Staat monatelang warten. Kleine und mittelständische Unternehmen leiden unter rückläufigen Aufträgen, schlechter Zahlungsmoral der Kunden und erschwerten Kreditbedingungen, müssen Mitarbeiter kündigen oder Konkurs anmelden. Der Handwerkerverband CGIA hat von 2008 bis 2011 mehr als 1.000 Suizide gezählt. In Bologna organisierten zwei Witwen einen „Marsch der Witwen“ und prangerten den tödlichen Mix von Finanz- und Wirtschaftskrise und einem Staat an, der immer mehr Opfer von Bürgerinnen, Bürgern und Kleinunternehmen



verlangt. Nach der Berechnung der CGIA in Mestre erreicht die direkte und indirekte Steuerbelastung über 50% des Einkommens. Und die Steuern und Abgaben werden weiter steigen, wenn die Regierung Monti *le liberalizzazioni*, die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen als Kern ihres Programms weiter vorantreibt. Und das obwohl das italienische Volk 2011 bei einer Volksabstimmung mehrheitlich gegen die Privatisierung des Wassers und weiterer kommunaler Dienste stimmte.

Das havarierte Kreuzfahrtschiff *Costa Concordia* gilt vielen als Abbild des Landes bei der Regierungsübernahme von

Monti und Co. Ich sehe die Lage Italiens als Tanz auf dem Vulkan, denn die Politiker bereiten sich auf die nächsten Nationalwahlen vor, als wäre nichts geschehen.

Maurella Carbone

Maurella Carbone ist in Rom geboren und lebt seit 1975 in Deutschland. 1981 begann sie im Schuldienst in Hessen als angestellte Lehrerin im Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) für Italienisch im Kreis Offenbach, erwarb über einen EU-Anpassungslehrgang das Lehramt für Gymnasien für Deutsch und Italienisch und unterrichtet seit zwei Jahren Italienisch als Fremdsprache an einer IGS.



## Portugal: Eitle Eliten



„Im Namen der Wirtschaftskrise wird das Bildungssystem destabilisiert“, klagen Elternvertreter, Schüler und Lehrer überall in Europa und sind gegen die Reduzierung der Schulstunden, die Vergrößerung von heterogenen Klassen sowie gegen die Einführung eines Beitrags für die Anmeldung in den Klassen von muttersprachlichem Portugiesisch-Unterricht im Ausland (EPE). Dem Beispiel Italiens folgend, erhebt Portugal ab diesem Jahr 120 Euro Schulgebühr im Ausland für die Anmeldung zum Portugiesisch-Unterricht, soweit er in der Zuständigkeit des Heimatlandes liegt. Die Anmeldung berechtigt zum Erhalt von Büchern. Der Unterricht in der Verantwortung des Landes Hessen ist weiter kostenfrei. So wie sich das Land Hessen schon lange dieses herkunftssprachlichen Unterrichts entledigen und ihn in die Zuständigkeit der Konsulate transferieren will, will ihn die portugiesische Regierung „in die Obhut der Gastgeberländer“ geben.

Im Schuljahr 2011/2012 wurden mehr als 40 Lehrer aus dem Portugiesisch-Unterricht im Ausland (EPE) entfernt, im Dezember 2011 weitere 49 (20 in der Schweiz, 20 in Frankreich und 9 in Spanien). Der Unterricht in Deutschland ist noch nicht betroffen, weil große Teile der unterrichtenden Lehrer noch dem deutschen Schulsystem angehören.

Lehrerinnen und Lehrer und Elternverbände sehen den Unterricht für die Schüler bedroht, die Arbeitsplätze der Lehrer in Gefahr und die Bedeutung der portugiesischen Sprache und Kultur im Ausland von den Behörden ignoriert.

Die Entscheidung Portugals für die EU war – anders als in den europäischen Kernländern – keine ökonomische, sondern eine politische Entscheidung. Heute dehnt sich der Turbokapitalismus wie die Arme eines Tintenfisches aus und saugt zuerst die Schwachen auf. Portugal als ökonomisch schwaches Mitglied der EU zeigt vorab die Gefahren, die die aggressive Ökonomisierung der Gesellschaft mit sich bringt. Menschen, Institutionen, Nationen und Demokratien geraten in den Sog der Zocker des Kapitalmarktes. Im Juli 2011 waren 27,2% der Portugiesinnen und Portugiesen unter 25 Jahren ohne Arbeit. Inzwischen hat sich die Arbeitslosigkeit der Jugend weiter verstärkt, so dass immer mehr Portugiesen auswandern. Portugal hat sehr viele gute Hochschulabsolventen, die keinen Platz im Binnenarbeitsmarkt finden.

Die EU exportierte die Krise in die Randgebiete und fördert somit die eigene Exportindustrie auf Kosten der starken Verschuldung dieser Länder, die sich unvorbereitet und unvernünftig im Konsum und im Bau von Prestigeobjekten

und Autobahnen verausgabten, anstatt die eigenen Kleinunternehmer für die Konkurrenz zu stärken.

Die Autobahnen dienen mehr der Beweglichkeit von Produkten in Europa (Großfirmen) als den Menschen vor Ort. Das Land lebte von kleinen Unternehmen, die der Konkurrenz der Großen nicht standhielten. Inzwischen kamen die Chinesen nach Portugal mit Sonderrechten wie einer fünfjährigen Befreiung von Gewerbesteuern und mit ihren billigen Produkten. Die Fischerdörfer, die mit ihren Familienbetrieben vom Fischfang lebten, bluteten aus, als die riesigen Industrieschiffe ausländischer Fischereien in ihre Gewässer kamen. Die erhoffte Steigerung des Tourismus, die Politiker am grünen Tisch vorgesehen hatten, blieb aus.

Eine verführbare Staatsverwaltung mit einer eitlen und parasitären politischen Elite schaffte es bis jetzt nicht, ihrem Volk und ihrer Kultur gerecht zu werden. Es ist tragisch zu beobachten, wie qualifizierte menschliche Ressourcen dem Schicksal der Emigration ausgeliefert werden und ein großes Vakuum in der portugiesischen Gesellschaft hinterlassen.

Der Staat folgt blind der Troika und spart überall, aber besonders bei sozialen und kulturellen Ausgaben. Die portugiesischen politischen Eliten haben sich früher an die Engländer und Franzosen angeschmiegt, und heute nehmen sie diese Haltung gegenüber der EU ein – ohne Rücksicht auf das Volk.

Arbeits- und Lebensformen verbündet mit Existenzangst erschweren auch die Arbeit der Gewerkschaften. Jeder wird sich selber überlassen, nur die großen Arbeitgeber und Banken profitieren. Die Maßnahmen treffen besonders die Lohnabhängigen und kleine Firmen. Der wirtschaftliche Kolonialismus der Finanzwelt führt die Nationen in die Schuldknechtschaft, die alle unverantwortlich macht. Die Fügsamkeit und der große Fleiß der einfachen Leute Portugals werden dazu beitragen, dass der Kollaps noch hinausgeschoben werden kann. In Portugal wie in Europa arbeiten immer mehr Menschen, um einen Reichen zu ernähren.

António da Cunha Duarte Justo

Der Autor ist Pädagoge und Theologe und war von 1980 bis 2012 Lehrer für Portugiesisch und Ethik im hessischen Schuldienst und zwölf Jahre lang Öffentlichkeitsreferent des Ausländerbeirats Kassel. Er ist Mitbegründer der deutschen Abteilung der Gewerkschaft der Lehrer im Ausland (SPE/FENPROF), Vorstandsmitglied des Kunst- und Kulturvereins Baunatal e.V. und Präsident des Vereins *Arte e Cultura em Diálogo* für interkulturellen Austausch in Portugal.



## Spanien: Falsche Hoffnungen



Jeder Spanier und jede Spanierin mittleren Alters wird sich an diesen Film erinnern: „¡Ven a Alemania, Pepe!“ Der Film wurde in den sechziger Jahren während der Franco-Zeiten gedreht. Es ging um die Abenteuer von Pepe, einem Spanier, der nicht gut ausgebildet war und nach Deutschland ging, um in einer Fabrik zu arbeiten. Vor einem Jahr, im April 2011, las meine Kollegin aus Mérida mit ihren Schülerinnen und Schülern im Fach Politik und Wirtschaft einen Zeitungsartikel mit dem gleichen Titel: Damals lud Sra. *Angela Merkel* erneut 5.000 arbeitslose Spanierinnen und Spanier ein, nach Deutschland zu kommen. Allerdings sollten es jetzt nicht mehr einfache Arbeiter sein, sondern gut ausgebildete Arbeitslose, zum Beispiel Ingenieure.

Die Probleme wären aber die gleichen und das Hauptproblem die Sprache, die verdammt deutsche Sprache. Für *Angie* kein Problem: Es würde reichen, wenn die neuen Gastarbeiter gut Englisch und alltägliches Deutsch könnten. Irrtum! Dies reicht überhaupt nicht. Wir, alle Kolleginnen und Kollegen, die seit vielen Jahren dem Land Hessen als Lehrerinnen und Lehrer für den herkunftssprachlichen Unterricht dienen, wissen ganz genau, dass dies das größte Problem ist.

### Mutig und gut ausgebildet

Die Sprachschulen in Spanien haben Arbeit: Sie müssen ganz vielen Jugendlichen, die mutig und gleichzeitig gut ausgebildet sind, ganz schnell, möglichst in drei Monaten, so viel Deutsch beibringen, dass sie in Deutschland arbeiten können.

In Deutschland arbeiten können? Als Lehrer vielleicht? Wir brauchen schon Spanischlehrer, aber fragen Sie bitte die Schulleitungen unserer Schulen: Wer ist von ihnen bereit, einem jungen Spanier oder einer Spanierin als Lehrer in einer hessischen Schule eine Chance zu geben. Ich kenne bisher nur einen, und wir haben es versucht. Ehrenwort!

In unserer Aufgabe als Fachberaterinnen für Spanisch beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main bekommen *Carmen Mencia* und ich oft Besuch von diesen jungen Spanierinnen und Spaniern, die so viel Mut hatten, mit oder ohne moralische und finanzielle Unterstützung der Familie ein Flugzeug zu nehmen und nach Frankfurt zu kommen.

Viele von ihnen sind Lehrer, die auf begrenzte Zeit Angestellte in Spanien waren, aber jetzt gibt es kein Geld mehr für „interinos“. Es folgt die Arbeitslosigkeit. Wir geben ihnen gute Ratschläge: zuerst die Sprache bei der Volkshochschule lernen oder noch besser, aber oft unbezahlbar, im Goethe-Institut. Für die, die schon Germanistik studiert haben, suchen wir direkt eine Schule. Die Bewerbungen scheitern oft an fehlenden Kenntnissen über das hessische Schulsystem – als sollten sie nicht Spanisch, sondern Schulrecht vermitteln.

Mit viel Glück finden sie ein Restaurant, wo sie jobben können, oder werden als Kindermädchen in einer Familie angestellt. Viel mehr ist nicht drin. Nach zwei, drei Monaten kehren sie wieder nach Spanien zurück – mit leeren Händen.

Unsere Lehrgänge für Spanischlehrer findet man auf der offiziellen Seite der *Conserjería de Educación*, des Bildungsreferats der spanischen Botschaft in Berlin. Seitdem bekom-

men wir Notrufe per E-Mail: Einige trauen sich, auf Deutsch zu schreiben, andere versuchen es auf Spanisch oder Englisch. Arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer wollen an unserem nächsten Lehrgang in Weilburg teilnehmen, in der Hoffnung, danach eine Stelle als Lehrerin oder Lehrer in Deutschland oder Hessen zu bekommen. Unser nächster Lehrgang befasst sich mit dem Thema „Bildungsstandards und Binnendifferenzierung“. Wir haben dann die unangenehme Aufgabe, zu erklären, dass die Teilnahme an diesem Lehrgang keineswegs irgendeine Chance eröffnet, Lehrer in Hessen zu werden, sondern nur sehr viel Geld für Flug und Aufenthalt kostet, Geld, das sie und ihre Familien nicht haben.

Und wie geht es den Lehrerinnen und Lehrern in Spanien? Denen, die bereits Beamte und seit mehr als 30 Jahren im Dienst sind, geht es noch gut. Sie können nur noch 2012 mit 60 in Frührente gehen, danach wird das abgeschafft. Sie arbeiten weniger Stunden als wir, durchschnittlich 20 Stunden á 55 Minuten in der Woche, verdienen jedoch wesentlich schlechter. Ein Schulleiter, der fast 60 Jahre alt und seit 36 Jahren im Schuldienst ist, verdient netto 2.600 Euro. Was verdient dann ein junger „interino“, ein zeitlich befristet beschäftigter Lehrer? Ab sofort müssen alle Lehrerinnen und Lehrer zwei Unterrichtsstunden mehr arbeiten. Zeitverträge werden nicht mehr verlängert. Die Gehälter werden bis auf Weiteres nicht mehr erhöht, auch die jährliche Anpassung entfällt. Es gibt kein Geld mehr für Fördermaßnahmen und Integrationsmaßnahmen.

Die Folgen davon sind die Bewegungen der Kolleginnen und Kollegen auf der Straße: Streiks, Demonstrationen von Lehrern, Eltern und Schülern. Frust und Unzufriedenheit aller Seiten.

### „¿iVen a Alemania, Jordi?!“

Uns, den spanischen Lehrerinnen und Lehrern, die vor vielen Jahren aus anderen Gründen nach Deutschland gekommen sind, tut es nur weh. Und wir haben Angst, dass wir zu den Zeiten Francos zurückkehren und der alte Film erneut in die Kinos kommt: „¿iVen a Alemania, Jordi?!“

Frau Merkel, liebe deutsche Politikerinnen und Politiker, wir haben es nicht falsch gemacht! Machen Sie uns keine falschen Hoffnungen und helfen Sie lieber wirklich im Lande, anstatt viele Versprechungen zu machen und uns unlösbare und schwierige Hausaufgaben zu geben.

Liebe hessische Kolleginnen und Kollegen, euren sonnigen Lieblingsurlaubsländern Spanien, Griechenland, Portugal und auch Italien geht es nicht gut. Helfen wir diesen Ländern ihre Würde zurückzugewinnen. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.

Ana Rosa Martín Ruiz

Ana Rosa Martín Ruiz kam 1981 aus Salamanca nach Deutschland und ist seit 1986 Lehrerin für den herkunftssprachlichen Unterricht, inzwischen „spanisch-hessische Beamtin“ auf Lebenszeit, Fachberaterin für Spanisch am Staatlichen Schulamt Frankfurt und Lehrerin für Latein und Spanisch am Adolf-Reichwein-Gymnasium in Heusenstamm.





# Griechenland: Im Würgegriff



Als EU-Mitgliedsstaat ist Griechenland bekanntlich zunächst mit seinen „falschen Zahlen“ und anschließend als erstes Land mit seiner Zahlungsunfähigkeit aufgefallen. Danach erlebte Griechenland Unvorstellbares und war plötzlich in aller Munde: angefangen von öffentlichen Beleidigungen wie „faule Griechen“ bis hin zu einzelnen heftigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Griechen. Eine Rolle spielt dabei auch die deutsche Überheblichkeit, die Griechen hätten „eben lange über ihre Verhältnisse gelebt“.

Für diese „Verhältnisse“ sind die Griechen nicht allein verantwortlich: Um immer mehr Produkte einschließlich deutscher U-Boote kaufen zu können, musste und konnte wider besseres Wissen viel Geld nach Griechenland fließen. Auch Griechenland hat seinen Anteil daran, dass Deutschland zum „Exportweltmeister“ wurde.

Nicht vergessen sollte man auch das Problem des Griechenland in der Zeit der deutschen Besatzung aufgezwungenen Besatzungsdarlehens in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar. Bis heute weigert sich Deutschland hartnäckig, die Zwangsanleihe zurückzuzahlen und Kriegsschädigungen zu leisten. Griechenland verlor in der Zeit der deutschen Besatzung 13,5% seiner Bevölkerung, hunderte von Dörfern wurden geplündert und zerstört. Bei einer entsprechenden Verzinsung des Zwangsdarlehens könnte Griechenland seine Schulden bequem zurückzahlen.

## Kredite für Griechenland zum Nutzen anderer

Verschuldet bis über beide Ohren versucht Griechenland seit 2009 sich zu retten, kann aber nicht und lässt sich daher retten. Die Rettungsbedingungen sind aber besonders hart und müssen das Volk mit unaufhörlichen Sparmaßnahmen in die Knie zwingen. Seit langem lebt das griechische Volk mit einer Zeitbombe, denn trotz des griechischen und EU-Politikern bekannten Riesendefizits erhielt Griechenland immer wieder mühelos weitere Darlehen, weil man hofft, mit den Zinszahlungen immer noch mehr Geld zu verdienen. Diese Zeitbombe ist im Jahre 2009 explodiert – mit den bekannten verheerenden Folgen:

Die Staatsausgaben werden im Bereich der sozialen Sicherung (Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) und der Bildung drastisch gekürzt. Gehalts- und Rentenkürzungen gehören inzwischen zur Tagesordnung ohne Aussicht auf ein Ende.

Das ganze Land ist eigentlich lahm gelegt: unzählige Klein- und Mittelbetriebe schließen, Renten werden bis unter das Existenzminimum gekürzt. In den öffentlichen Schulen fehlen trotz Lernmittelfreiheit die Schulbücher und das Heizöl. Lehrerinnen und Lehrer können ihre Familien nicht mehr ernähren. Ob da noch selbst bei einem überaus pflichtbewussten Lehrer Lehrbereitschaft besteht?

Die Wirtschaftskrise verschärft das Problem der Abwanderung. Die inzwischen auf über 18% gestiegene Arbeitslosigkeit hat vor allem junge Leute, darunter viele Fachkräfte, ins Ausland vertrieben. Alle anderen Arbeitslosen im jungen Alter müssen sich von ihren Eltern unterstützen, oft sogar ernähren lassen, unabhängig davon, ob sie im Eltern-

oder eigenen Haushalt leben. Denn das Arbeitslosengeld wird bekanntlich nur für ein Jahr bezahlt, danach sind die Arbeitslosen auf die Hilfe von Verwandten oder guter Freunde angewiesen.

Das Volk ist ohnmächtig. Es ist durch Verzweiflung so abgeschwächt, dass es nur bedingt Möglichkeiten zum wirklichen Handeln hat.

Die Gewerkschaften sind die einzigen Agitatoren, doch auch sie sind im „Würgegriff“: Die Löhne werden gekürzt, die Lebenshaltungskosten steigen.

Die Grundsteuer ist neu eingeführt und wird durch Stromrechnungen eingetrieben; sie war den Griechen bislang unbekannt und hat großes Aufsehen verursacht. Äußerungen wie „Ich muss für meine eigene Wohnung plötzlich Miete zahlen“ überraschen nicht. Bei erfolgloser Zahlungsaufforderung wird einfach der Strom abgestellt.

Die Wirtschaftskrise hat auch bei den griechischen Schulen im Ausland zugeschlagen. Eltern und ihre Kinder leben ständig in der Angst, dass die Abordnung griechischer Lehrer nach Deutschland beendet wird und Schulen geschlossen werden müssen.

Die Folgen wären desaströs: Die Eltern müssten ihre Kinder nach jahrelanger griechischsprachiger Schulerziehung in deutsche öffentliche Schulen schicken. Naturgemäß hätten diese Kinder besondere Schwierigkeiten, sich in der neuen Schule, vor allem sprachlich, zurechtzufinden. Auch der herkunftssprachliche Unterricht in der Zuständigkeit der Konsulate ist von den Sparmaßnahmen betroffen.

Wo bleibt bei all dem die Moral? Die Troika sieht skrupellos zu, wie sich die Schlinge um den Hals der griechischen Bevölkerung immer mehr zuzieht und das griechische Volk sogar um seine territoriale Souveränität bangt.

## „Die griechische Geschichte ist ein Lied“

Ein erheiternder Schluss ist immer gut. *Lakis Halkias* beschrieb die Griechen im Mai 1994 als ein Volk von Sängern: „Die griechische Geschichte ist ein Lied, manchmal fröhlich, einmal heroisch, episch, kämpferisch, ein anderes Mal klagend, leidenschaftlich, schwermütig.“

*Vom Goldenen Zeitalter bis Alexander dem Großen, von Byzanz bis zu den Balkankriegen, vom Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart singen wir, Griechen, immer vor oder nach jedem Triumph und jedem Desaster.“*

Wir wissen leider nicht, was er heute sagt!

## Dimitrios Papadopoulos und Kostas Iatridis

Kostas Iatridis (geboren 1940) war von 1980 bis 2005 Lehrer für herkunftssprachlichen Unterricht in Bayern und Hessen. Er ist Vorsitzender des Griechisch-Deutschen Kulturvereins in Bad Homburg und Mitglied des GEW-Vorstands im Hochtaunuskreis.

Dimitrios Papadopoulos (geboren 1938) kam 1960 als ungelerner Arbeiter nach Deutschland, studierte Germanistik in Mainz und war von 1971 bis 2004 Lehrer und Fachberater für den herkunftssprachlichen Unterricht und für Deutsch und Sozialkunde. Er lebt in Rüsselsheim.



# Schauplatz Europa

## Bildungsgewerkschafter aus Südeuropa in Frankfurt

„Es hat noch niemand so richtig begriffen, welchen dramatischen Paradigmenwechsel wir durch die Schuldenbremse eingeleitet haben. Der von vielen beschworene ‚schlanke Staat‘ wird von ganz alleine kommen.“ (Olaf Scholz, Regierender Bürgermeister in Hamburg, am 27. Februar 2012 in einem Interview mit der FAZ)

Das Zitat von Olaf Scholz zur Schuldenbremse passt gleichermaßen zum Europäischen Fiskalpakt, der am 30. Januar 2012 mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien von allen EU-Staaten beschlossen wurde. Er reiht sich nahtlos in die bisherige Eurokrisenpolitik ein und wird Europa einer extremen wirtschaftlichen Belastungsprobe aussetzen. Zugleich steht der Fiskalpakt in einer traurigen Kontinuität verfassungsrechtlich verankerter Kürzungspolitik, die ihren Anfang in eben jener „Schuldenbremse“ im Grundgesetz und in mehreren Landesverfassungen hatte.

### Falsche Analyse ...

Die Eurokrisenpolitik folgt der These, dass ein „Über-die-Verhältnisse-Leben“ der öffentlichen Hand und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit die Ursachen für die Finanzierungsprobleme der betroffenen Länder seien. Damit werden die tatsächlichen Gründe der Krise ausgeblendet, um so einen in der Nachkriegszeit einmaligen Sozialabbau und massive Eingriffe in Arbeitnehmerrechte voranzutreiben. Dagegen spricht schon die einfache Beobachtung, dass die Entwicklung der Schuldenstandsquote (Verhältnis von Staatsverschuldung zum Bruttoinlandsprodukt) in der Eurozone vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise überhaupt kein Thema war – und das aus gutem Grund: Sie war nämlich seit 2005 im Trend rückläufig. Irland und Spanien, die gegenwärtig zu den Krisenländern zählen, wiesen im Jahr 2007 im internationalen Vergleich mit 25 bzw. 36 Prozent extrem geringe Schuldenstände auf.

Tatsächlich kam es erst nach Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem beträchtlichen Anstieg der Staatsschulden im Euroraum: Konjunkturbedingt brachen die Steuereinnahmen ein, die Sozialausgaben, zum Beispiel das Arbeitslosengeld, stiegen an, es wurden zusätzliche Ausgabenprogramme zur Stützung der Konjunktur aufgelegt, und in vielen Ländern musste der Staat mit hohen Summen den Bankensektor retten. Der allgemeine Anstieg der Staatsverschuldung führte im Verbund mit dem grundsätzlichen Strukturproblem der Eurozone – den zunehmenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten – zur Eurokrise.

Diese Ungleichgewichte beruhen darauf, dass Deutschland ab dem Jahr 2003 einen immer größeren Exportüberschuss erzielte und spiegelbildlich in anderen Ländern – insbesondere in den jetzigen Eurokrisenländern – die Außenhandelsdefizite und damit auch die Verschuldung gegenüber dem Ausland anstiegen. Die Gründe für diese Entwicklung liegen in der ganz unterschiedlichen Lohnentwicklung (Horn et al. 2011: 2ff.): Während die Lohnerhöhungen in den Eurokrisenländern etwas über der durchschnittlichen Lohnentwicklung

im Euroraum lagen, zeichnete sich Deutschland durch extrem zurückhaltende Lohnsteigerungen aus, was unter anderem auf den massiven Ausbau des deutschen Niedriglohnssektors zurückzuführen ist. Dadurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte enorm verbessert und den Export stimuliert. Gleichzeitig fiel die deutsche Importnachfrage schwach aus: Die geringen Lohnanstiege strangulierten die Konsumnachfrage und so – zusammen mit dem harten Sparkurs der öffentlichen Hand – auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland. Während vor der Einführung des Euro Auf- und Abwertungen der nationalen Währungen preisbedingte Wettbewerbsvorteile und -nachteile ausgeglichen haben, entfällt dieser Mechanismus durch die einheitliche Währung.

### ... und falsche Politik

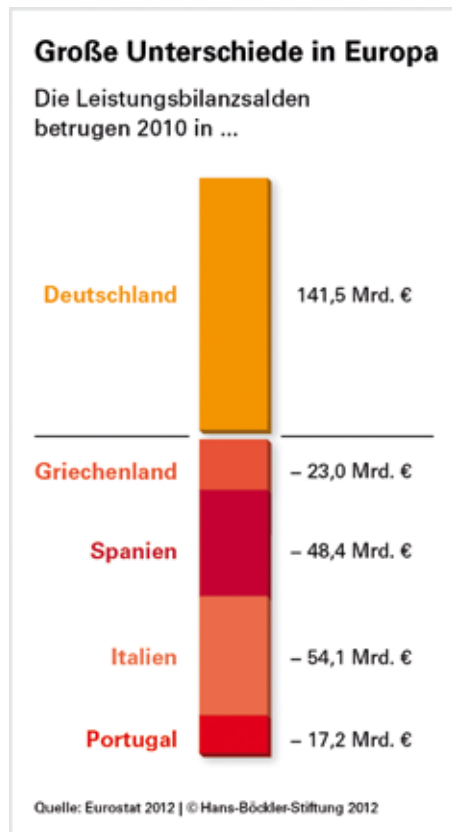
Genau wie ein Arzt, der aufgrund einer falschen Diagnose die falsche Medizin verabreicht, agiert die europäische Politik: Die beschlossenen Spar- und Kürzungsprogramme würgen in den betroffenen Ländern die Konjunktur ab und verschärfen paradoxerweise das eigentlich zu behandelnde Problem. Denn infolge der (weiter) einbrechenden Konjunktur steigt die Arbeitslosigkeit, die Steuereinnahmen sinken und die Sozialausgaben steigen.

So führen die Kürzungsbemühungen nicht zu einem sinkenden, sondern zu einem immer weiter steigenden Schuldenstand. Einher gehen die Kürzungsprogramme dabei mit dem wohl umfangreichsten Sozialabbau in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg: Die öffentliche Beschäftigung wird etwa in Griechenland, Großbritannien und Irland massiv reduziert, und es werden drastische Lohnsenkungen im Öffentlichen Dienst, aber auch in der Privatwirtschaft beschlossen (etwa durch den sinkenden Mindestlohn in Griechenland). Selbst Eingriffe in die Tarifautonomie sind kein Tabu mehr, außerdem wird der Kündigungsschutz aufgeweicht und das Rentenalter erhöht (so in Spanien und Italien).

Treibende Kraft hinter dieser Form des europäischen Krisenmanagements ist Deutschland, und diese Rolle ist dabei aus zwei Gründen zu kritisieren: Zum einen, weil die deutsche, rein auf Außenhandelsüberschüsse abzielende Wirtschaftspolitik eine wesentliche Ursache für die Eurokrise ist. Und zum anderen, weil Deutschland wirtschaftspolitische Maßnahmen vorangetrieben hat und weiter vorantreibt, die die Staatsschuldenkrise der Eurozone nicht lösen werden und dramatische soziale Verwerfungen zur Folge haben.

### Wahnsinnsgipfel: Der Europäische Fiskalpakt

Die gesamte Krisenpolitik in Europa (Karrass/Stierle 2011) zielt auf einen radikalen Staatsabbau ab: In diesem Zusammenhang stellt der so genannte Europäische Fiskalpakt einen ganz besonders großen Wurf dar. Der Pakt, für den gerade europaweit die Ratifizierungsverfahren laufen, enthält zwei zentrale Regelungen:



- **Verankerung der Schuldenbremse:** Die Vertragsparteien verpflichten sich, dass der jeweilige öffentliche Haushalt nur noch ein strukturelles Defizit – also ein Defizit jenseits konjunktureller Schwankungen – in Höhe von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufweisen darf. Dieses Ziel muss möglichst rasch erreicht werden. Bei Abweichungen muss ein automatischer Korrekturmechanismus ausgelöst werden. Eine verfassungsrechtliche oder vergleichbare Verankerung ist vorgeschrieben.
- **Absenken der Schuldenstandsquote:** Die Schuldenstandsquote – also das Verhältnis von Staatsverschuldung zum BIP – darf nur noch 60% des BIP betragen. Liegt der Wert über 60%, dann muss pro Jahr eine Reduzierung von jahresdurchschnittlich einem Zwanzigstel erfolgen. Ist der Fiskalpakt von den EU-Regierungen ratifiziert und umgesetzt, dann können die EU-Staaten jene Länder, die ihren Kurs beim Defizitabbau nicht einhalten, vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen.

In Europa werden die Schuldenbremse und der Zwang zum Abbau des Schuldenstands zu einem Zeitpunkt beschlossen, in dem sich viele Staaten in einer konjunkturellen Abschwungphase befinden und sowieso schon massive Kürzungen bei den Staatsausgaben vorgenommen werden. Um sich darüber klar zu werden, wie stark der Konsolidierungsdruck im Euroraum aufgrund des Europäischen Fiskalpakts ausfällt, muss man sich über die Höhe des strukturellen Defizits und des Schuldenstands klar werden. Dabei liegt das strukturelle Defizit des Euroraums laut den Daten des Europäischen Statistischen Amtes (Eurostat) im Jahr 2011 bei über 3 Prozent. Das zulässige strukturelle Defizit beträgt ja laut Fiskalpakt 0,5 Prozent. Das bedeutet, dass im Euroraum ein

Defizit von gut 2,5 Prozent abzubauen ist. Das BIP im Euroraum belief sich im Jahre 2011 auf ungefähr 9,4 Billionen Euro. Auf dieser Basis lässt sich der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Hand in der gesamten Eurozone errechnen: Dieser beläuft sich auf rund 250 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Das BIP in Österreich hatte im Jahr 2011 einen Wert von ziemlich genau 300 Milliarden Euro.

Der Schuldenstand im Euroraum belief sich Ende 2011 auf einen Wert von etwa 88%. Dies bedeutet, dass in einem 20-Jahres-Zeitraum bei allerdings konstantem BIP 28% abgebaut werden müssten. Auf jeden Fall fällt der Schuldenstand im Vergleich zum Referenzwert des Europäischen Finanzpakts im Moment um fast 2,6 Billionen Euro zu hoch aus. Ein starkes BIP-Wachstum würde den Wert im Zeitablauf natürlich senken. Aber sowohl die Schuldenstandsquote als auch das strukturelle Defizit fallen so groß aus, dass drastische Kürzungen der Staatsausgaben unvermeidlich sind – mit der Folge, dass das Wachstum abgewürgt wird und die Staatsschulden aufgrund geringerer Steuereinnahmen weiter steigen werden.

### Motive für einen pathologischen Lernprozess...

Insbesondere Deutschland treibt die neoliberalen Vorstellungen verhaftete Krisenpolitik im Euroraum ganz offensichtlich mit Blick auf die eigenen vermeintlichen Erfolge nach der Überwindung der Stagnationsphase 2001 bis 2005 voran. Diese Erfolge werden dabei mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen in Verbindung gebracht. Ähnliche Maßnahmen sollen jetzt zusammen mit Kürzungen bei den Staatsausgaben den Euroraum aus der Krise führen. Dabei wird aber ausgeblendet, dass der Erfolg der deutschen Politik des Lohndumpings nur aufgrund der deutlich expansiveren Lohn- und Staatsausgabenentwicklung in den anderen Eurländern erfolgreich sein konnte. Ein gesamteuropäischer Prozess des Staatsabbaus und der Lohnsenkung aber wird scheitern: Europa wird sich so immer weiter in die Krise spüren – dabei wird der Sozialstaat nicht schlank, sondern er droht an Magersucht zu sterben.

Damit der Fiskalpakt in Kraft treten kann, müssen ihn die Unterzeichner-Staaten ratifizieren. In Deutschland braucht es hierfür eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag, die Bundesregierung ist also auf die Zustimmung eines Teils der Opposition angewiesen. Es bleibt zu hoffen, dass die Oppositionsfaktionen ihrer Verantwortung für ein soziales und wirtschaftlich prosperierendes Europa gerecht werden und den Fiskalpakt ablehnen. Sie haben es in der Hand, diesen drastischen Schritt einer weiteren Verschärfung der Eurokrise zu stoppen.

Kai Eicker-Wolf, DGB Hessen-Thüringen

### Literatur

- Gustav A. Horn/Fabian Lindner/Torsten Niechoj (2011): Schulden-schnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum, in: IMK Report 63/2011.
- Anne Karrass/Steffen Stierle (2011): EuropaKrise, Hamburg.
- Achim Truger (2011): Steuersenkungen, Schuldenbremse und Konjunkturrisiken, in: Kai Eicker-Wolf/Ulrich Thöne (Hrsg.), An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen, 2. Auflage, Marburg.
- Achim Truger/Henner Will (2012): Eine Finanzpolitik im Interesse der nächsten Generationen, Gutachten im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, IMK Study 24, Düsseldorf.



## Griechenland im Zerr-BILD

„Wir sind mal wieder Europas Deppen.“ Mit diesen und ähnlichen Schlagzeilen auf Seite 1 startete die BILD-Zeitung schon vor zwei Jahren den Dauerbeschuss gegen Finanzhilfen für Griechenland, dessen Kern das BILD von den „stinkfaulen und korrupten Griechen“ bildet. Immer im Plural, immer ohne jede Differenzierung, immer auf dem niedrigsten Niveau eines chauvinistischen Mainstreams. Kein Wort dagegen von den Profiten deutscher Banken und Finanzjongleure, kein Wort von dem Nutzen für die deutsche Exportwirtschaft, kein Wort von den U-Boot-Verkäufen und der Kapitalflucht der Reichen aus Griechenland. „Griechen wollen unser Geld“, selbstverständlich nicht um die Wucherzinsen für die Kredite europäischer Banken zu zahlen, die sich das Geld zu minimalem Zinssatz bei der Europäischen Zentralbank (EZB) leihen, sondern um die „Luxus-Renten“ der Griechen zu bezahlen, um einen „Pleite-Staat“ zu unterstützen. Statt dankbar zu sein und zu sparen, „streiten und streiken“ die Griechen. Und die passenden Ratschläge haben die BILD-Redakteure auch parat. Die „Pleite-Griechen“ müssten lernen, dass „vor der Siesta harte Arbeit“ angesagt sei, müssten „ihre Inseln verkaufen“ und die „Privilegien abschaffen, statt zu randalieren“. Das Geld für den Rettungsschirm kommt selbstverständlich aus den „Ersparnissen der Deutschen“, ist „unser deutsches Steuergeld“ und deshalb ist „jeder Euro zu schade“. Die Berichte selbst werden vorzugsweise mit Fotos aus gut gefüllten Restaurants oder von rauschenden Partys garniert. BILD ist natürlich auch vor Ort „im Land der Bankrotteure und Luxusrenten, Steuerhinterzieher und Abzocker“ und stellt fest: „Von Krise keine Spur!“

Diese und andere Zitate sowie eine umfassende und profunde Analyse einer einmaligen „PR-Kampagne“ der BILD-Zeitung gegen ein EU-Mitglied verdanken wir der *Otto Brenner Stiftung*. Vor einem Jahr veröffentlichte sie eine mehrteilige Broschüre mit dem Titel „Drucksache ‚Bild‘ – Fehlanzeige Journalismus“, die am Beispiel der Griechen-

land-Berichterstattung einmal mehr den Kampagnenjournalismus der BILD-Zeitung unter die Lupe nimmt, der die Stimmung an den Stammtischen aufgreift und anfeuert:

*„An die Stelle des Journalismus, der mit seiner Arbeit der Information, der Orientierung und Kommentierung von gesellschaftlich Bedeutsamem sein Publikum erreichen will, setzt ‚Bild‘ Methoden der Werbung, der Unterhaltung, der Kampagnenkommunikation und des Marketings.“*

Am Beispiel der BILD-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise des Jahres 2010 zeigen *Hans-Jürgen Arlt* und *Wolfgang Storz* mit einer empirischen Untersuchung im Detail auf, wie die BILD-Mannschaft Themen und Ereignisse „als eine Knetmasse für ihre publizistischen, wirtschaftlichen und politischen Zwecke behandelt“. Die *Otto Brenner Stiftung* möchte mit ihrer Studie, die sich auch gut für Unterrichtszwecke einsetzen lässt, der Selbstverständlichkeit widersprechen, „mit der ‚Bild‘ in Deutschland die Rolle des massenmedialen Platzhirsches einnimmt.“

Den Kern der Kampagne auf Kosten der griechischen Bevölkerung fassen die Autoren folgendermaßen zusammen:

- *Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt (...) und damit allein die Schuldenkrise verursacht, mit der sie den Euro in Gefahr bringen.*
- *Weil die Griechen die EU über ihre wahren Zustände getäuscht und über ihre Verhältnisse gelebt haben und leben, haben sie vom deutschen Steuerzahler keine Hilfe verdient.*
- *Die Deutschen haben jahrelang eisern gespart, hart gearbeitet, den Euro wesentlich zu dem gemacht, was er heute ist, und deshalb hat es der deutsche Steuerzahler nicht verdient, so ausgenutzt zu werden.*
- *Die Politik nimmt die Interessen der deutschen Bürger (...) zu wenig ernst und lässt sich wahlweise von Spekulanten und Banken, aber vor allem von Schuldensündern und Pleite-Staaten über den Tisch ziehen.*
- *„Bild“ als Repräsentantin und Interessenvertreterin des hart arbeitenden deutschen Steuerzahlers lässt dieses Verhalten der Politik nicht durchgehen und wacht aufmerksam über die Interessen der deutschen Steuerzahler.*

Die wachsende, himmelschreiende Not vieler Griechen, hungrige Schulkinder, die kleinen Geschäftsleute, die alle Ersparnisse verloren haben, die Bettler und die arbeitslosen Jugendlichen kommen bei BILD nicht vor. Einzige Bezugsgröße ist der geschröpfte deutsche Steuerzahler, der mit den BILD-Lesern identisch ist. Oder um noch einmal die Autoren der Studie zu Wort kommen zu lassen:

*„Wer sich in der Welt der Moral bewegt und mit letztlich nicht begründungspflichtigen Wertungen hantiert, der hat freie Bahn: Er muss nicht analysieren und bewerten, er kann sachlich unanfechtbar mit Gefühlen und Eindrücken spielen, sich in den Kategorien gut und böse, schwarz und weiß, schuldig und unschuldig bewegen, damit emotionalisieren und dramatisieren. Er bewegt sich damit in einem journalismusfreien Raum.“*

**Harald Freiling**

- Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz: Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mäde. Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010. Eine Studie der *Otto Brenner Stiftung* Frankfurt/Main 2011. Alle Bestandteile der Studie, weiterführende Materialien und Reaktionen findet man auf der Seite [www.bild-studie.de](http://www.bild-studie.de) zum Nachlesen und als Download.



Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz

### Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mäde

Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010

Eine Studie der *Otto Brenner Stiftung*  
Frankfurt/Main 2011



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen



# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

JUNI – SEPTEMBER 2012

### DEMOKRATISCHE BILDUNG

D2025

#### Schulrecht – (k)ein Buch mit sieben Siegeln?

Werner Scholz

Di, 21.08., Do, 20.09. und Mi, 10.10.2012, jew. 13:00 - 18:00 Uhr,  
Frankfurt

Entgelt 106 €; Mitglieder GEW Hessen 89 €

D2026

#### Qualitätsrahmen für ganztätig arbeitende Schulen in Hessen

Guido Seelmann-Eggebert

Mi, 29.08.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

D2029

#### Rollenwechsel – aus dem Kollegium in die Schulleitung

Werner Scholz

Mo, 10.09., Mo, 17.09. und Di, 09.10.2012, jew. 13:00 - 18:00 Uhr,  
Darmstadt

Entgelt 106 €; Mitglieder GEW Hessen 89 €

D2030

#### Leibniz war kein Butterkeks –

#### Den großen und kleinen Fragen der Philosophie auf der Spur

Dr. Michael Schmidt-Salomon

Di, 11.09.2012, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

D2032

#### Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 12.09.2012, 13:00 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 14 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

D2031

#### Unsere Kita wird zum Familienzentrum . . .

Ute Günther

Mi, 12.09.2012, 9:00 - 13:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

D2033

#### go.stop.act! – Globale Protestbewegungen und kreativer politischer Aktivismus im öffentlichen Raum

Marc Amann

Do, 13.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

D2034

#### Hartz IV im Überblick für Lehrkräfte

Harald Thomé

Fr, 14.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

### GESCHICHTE, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT

G2055

#### Das Osthafenprojekt – Frankfurts Entwicklung zur Industriestadt

Dr. Siegfried Buchhaupt

Mo, 03.09.2012, 15:00 - 18:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

G2059

#### Weltwirtschaftskrise – das Gesicht der heutigen Globalisierung

Peter Neumaier

Mo, 17.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

G2060

### Krisen und die Transformation des Kapitalismus

Georg Fülberth

Mi, 19.09.2012, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt  
entgeltfrei

## GESUNDHEIT UND BERUF

H2067

### Gesund bleiben im Lehrerberuf – Strategien gegen Burnout

Peter Berger

Mi, 22.08.2012, 14:00 - 18:30 Uhr, Darmstadt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

H2069

### Selbstsicher auftreten mit Stimme und Körpersprache

Andrea Stasche

Di, 18.09.2012, 9:15 - 16:15 Uhr, Darmstadt  
Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

## KUNST, KÖRPER, KULTUR

K2088

### Boomwhackers und das DrumCircle-Konzept

Andreas von Hoff

Mi, 22.08.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Kassel  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2090

### Rhythm for Body & Voice – für den Musikunterricht (Sek. I)

Christian Lunscken

Di, 28.08.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2091

### Bewegungslieder und rhythmische Spielideen

Wolfgang Hering

Mi, 29.08.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2093

### Plastisches Gestalten mit dem Werkstoff Ton

Brigitte Schmitz

Mi, 29.08.2012, 16:00 - 19:00 Uhr, Weimar  
Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

K2092

### Stomp in der Grundschule

Tine Böhnke

Mi, 29.08.2012, 14:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf  
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

K2094

### Aufbaukeramik

Andrea Schulze

Do, 30.08.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Fulda  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2095

### Experimentelles Aquarellieren

Reiner Prinz

Do, 30.08.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 64 €; Mitglieder GEW Hessen 43 €

K2096

### Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein

Iris Gerlach

Do, 30.08.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 64 €; Mitglieder GEW Hessen 43 €

K2099

### „Auf Zack sein“ – Improvisationstheater im Unterricht

Jessica Stukenberg

Mi, 05.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2101

### Naturwerkstatt – Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein

Do, 06.09.2012, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

K2102

### Maltechniken für Förderschüler/innen

Gabriele Saur-Burmester

Mi, 12.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Offenbach  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2103

### Songbegleitung für Rock, Pop, Jazz und weitere Musikstile (Sek. I)

Christian Lunscken

Mi, 12.09.2012, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

K2105

### Der Liederkompass – Navigationshilfen für eine sinnvolle Liedauswahl im Musikunterricht (GS + Sek. I)

Julia Leukert-Stöhr

Sa, 15.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Wetzlar  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

K2106

### Musikunterricht für fachfremd Unterrichtende

Tine Böhnke

Mi, 19.09.2012, 11:00 - 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

## MEDIEN, METHODEN, MÖGLICHKEITEN

M2139

### Verhalten in Konfliktsituationen

Didier Kulikowsky-Valentin

Mi, 13.06.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt  
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

M2141

### Planung einer Klassenfahrt am Beispiel Schullandheim Wegscheide mit erlebnispädagogischen Inhalten

Andreas Bardorff-Altenwerth & Andre Zimmermann

Di, 26.06.2012, 9:00 - 17:00 Uhr, Bad Orb  
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €



M2142

**Maschinenschein Holzverarbeitung**

Jürgen Jäger

Di, 21.08.2012, Di, 28.08., Di, 04.09.2012, 13:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

M2144

**Maschinenschein Holzverarbeitung – Intensiv**

Jürgen Schnellbacher

jew. Di, 28.08., 04.09., 11.09., 18.09., 25.09. u. 02.10., jew. 14:00 - 18:30 Uhr, Fürth

Entgelt 275 €; Mitglieder GEW Hessen 245 €

M2146

**Das professionelle Lehrer-Eltern-Gespräch**

Norbert Seeger

Mo, 03.09.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Marburg

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

M2149

**Tipps und Tricks zum Werk- und Sachunterricht**

Stefan Ohlenmacher

Fr, 07.09.2012, 14:00 - 18:00 Uhr, Langen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

M2151

**Maschinenschein Metall**

Jürgen Jäger

jew. Di, 11.09., 18.09. u. 25.09.2012, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

M2154

**Der „Spitzer-Effekt“**

**Wenn Gehirnforscher Schülern an die Nerven gehen...**

Dirk Hommrich

Do, 13.09.2012, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

M2156

**Wie mache ich erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit?**

**Klassische Medien – Homepage – Soziale Netzwerke**

Rolf Gramm & Heinz-Ludwig Nöllenburg

Di, 25.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

**NATUR, NATURWISSENSCHAFTEN, MATHEMATIK**

N2178

**Prävention von Rechenschwäche durch Förderung mathematischer Basiskompetenzen**

Daniel Sinner

Mi, 13.06.2012, 14:00 - 17:30 Uhr, Marburg

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

N2179

**Prävention von Rechenschwäche durch das Rechnen mit konkreten Zahlen**

Klaus Rödler

Do, 06.09.2012, 14:30 - 18:00 Uhr, Hanau

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

**PÄDAGOGIK**

P2193

**Beurteilen, Fördern und Elternarbeit an Schulen**

Barbara von Ende

Di, 19.06.2012, 10:00 - 16:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

P2194

**Wenn die Schule auf den Hund kommt – Hundegestützte Pädagogik**

Grit Philippi

Di, 21.08.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Riedstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

P2195

**Inklusion – Wie kann, wie soll das gehen?**

Johannes Batton & Juliane Kothe

Do, 23.08.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

P2196

**„Zappelphilipp“ und „Träumsuse“ – Nicht immer sind die Gene schuld!**

Dr. Sabine Paul

Sa, 25.08.2012, 10:00 - 13:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

P2198

**Individuelle Lernwege im Klassenverband (Grundschule)**

Gudrun Schmidt-Cyrol

Mo, 17.09.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

P2199

**Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule**

Sabine-Elena Funk & Elisabeth Kühnel

Mi, 19.09. und Mi, 26.09.2012, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

**SPRECHEN, SCHREIBEN, LESEN**

S2231

**Die Vorbereitung auf das 2. Schuljahr**

Barbara von Ende

Mi, 20.06.2012, 9:00 - 15:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

S2232

**Schreibanlässe im 1. und 2. Schuljahr**

Stephanie Jurkscheit

Mi, 29.08.2012, 14:30 - 17:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

S2233

**Kompetenzorientiert unterrichten im weiterführenden Lesen / Schreiben des 3. und 4. Schuljahres**

Barbara von Ende

Di, 04.09.2012, 9:30 - 16:00 Uhr, Marburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

S2234

### Sprachheildiagnostik in Beratungs- und Förderzentren

Dr. Marianne Wiedenmann

Di, 18.09.2012, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

S2235

### Sprachauffälligkeiten, Stottern, Poltern in der Kita – Was kann ich als Erzieherin tun?

Ulrike Sick

Mi, 19.09.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

S2236

### Fremdsprachentraining und Filmvermittlung

Dr. Julian Namé

Mi, 19.09.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Hanau

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Studienreise R2220

### ► Digitale Fotografie am Gardasee

Kultur und Menschen – Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

Sa, 13.10. – Fr, 19.10.12, Malcesine

Entgelt DZ 650 €; Entgelt EZ 698 €

Studienreise R2221

### ► Wandern im Tal der Thaya

Dalibor Hirc

Sa, 13.10. – Sa, 20.10.12

Entgelt DZ 485 €; Entgelt EZ 605 €

Studienreise R2223

### ► Studienreise nach Nicaragua

Christiane Mende & Helmut Becker

So, 14.10. - Sa, 27.10.12

Entgelt DZ 2.300 €; Entgelt EZ 2.480 €

Studienreise R2277

### ► Studienreise nach Cuba

Kunst, Kultur, Politik und Erholung

Dr. Linda Starbatty

So, 14.10. - Fr, 26.10.2012

Entgelt DZ 2.120 €; Entgelt EZ 2.340 €

Studienreise R2224

### ► Ski-Langlauf im Nationalpark Šumava / Böhmerwald

Jiri Franc & Dalibor Hirc

So, 06.01. – So, 13.01.2013

Entgelt DZ 475 €; Entgelt EZ 600 €

Studienreise R2273

### ► Digitale Fotografie an der Ostsee – Landschaftsfotografie im Winter

Heinz Gabler

Mo, 07.01. - Fr, 11.01.2013, Dierhagen

Entgelt DZ 695 €; Entgelt EZ 730 €

## REISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

Studienreise R2217

### ► Böhmen – Radtour ins Land der Teiche

Jiri Franc

Sa, 30.06. – Sa, 07.07.12

Entgelt DZ 505 €; Entgelt EZ 605 €

Studienreise R2222

### ► Studienreise nach Kamerun

Maria Ekwe-Ebobisse

Sa, 13.10. - So, 28.10.12

Entgelt DZ 2.730 €; Entgelt EZ 2.890 €

Studienreise R2219

### ► Studienreise nach Kreta

Heinrich Becker

Sa, 13.10. – Fr, 26.10.2012

Entgelt DZ 1.074 €; Entgelt EZ 1.191 €

# ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: 0 69 – 97 12 93-27

oder faxen: 0 69 – 97 12 93-97

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen: Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig. Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

### Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn, Karola Stötzel

Gestaltung: M. Heckert, Nieste | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl. Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2012

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# Ferien vom Krieg

Im Sommer 2012 findet die Aktion ‚Ferien vom Krieg‘ zum 19. mal statt. Aus der akuten Nothilfe für Kriegskinder aus Flüchtlingslagern im ehemaligen Jugoslawien entwickelte sich ein erfolgreiches Projekt für Friedenspädagogik und zivile Konfliktbearbeitung auf Graswurzelebene. Wie in den Vorjahren werden 300 Jugendliche aus den verfeindeten Volksgruppen in Bosnien, Kroatien, Serbien, Mazedonien oder dem Kosovo ans Meer eingeladen. Jugendliche, die im Alltag durch Grenzen und Panzer, durch Hass und Propaganda von „den anderen“ abgeschirmt werden, erleben, wie sich ihre Leidensgeschichten aus Angst, Demütigungen, Sadismus und Verbrechen gleichen.

Die Jugendlichen können in friedenspädagogischen Workshops die Interessen der Kriegsherren und die Mechanismen der Gewaltspirale aufarbeiten, die auf beiden Seiten in Elternhaus und Schule tabuisiert werden. Besonders engagierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vorjahre planen in selbstorganisierten Camps gemeinsame Aktivitäten über die Grenzen hinweg. Diese außergewöhnlichen Begegnungen erregen in den Heimatorten und in der örtlichen Presse inzwischen große Aufmerksamkeit.

22.250 junge Menschen aus Kriegsgebieten haben in den letzten 19 Jahren erlebt: Wir können zusammen le-

ben, sogar unter einem Dach. Das ist eine fantastische Erfahrung.

Die meisten jungen Menschen aus Israel und Palästina (Westbank) hatten nie zuvor persönlichen Kontakt zu der anderen Seite. Viele der 800 jungen Israeli kamen in den letzten Jahren, auch gegen den Rat ihrer Familie, zu den Dialogseminaren nach Deutschland, um „den Terroristen“ zu begegnen. Viele der 800 Palästinenser aus der Westbank passierten trickreich die Checkpoints oder umgingen sie auf gefährliche Weise, um in Deutschland „ihren Besatzern“ zu begegnen, die sie nur mit Gewehren an Checkpoints oder von nächtlichen Razzien in ihren Häusern kennen. Alle Teilnehmer, Juden wie Palästinenser, waren den gleichen Vorwürfen des „Verrats“ oder der „Kollaboration mit dem Feind“ und sozialen Sanktionen ausgesetzt.

## Dialogseminare in Deutschland

Im Sommer 2012 haben wir wieder 80 Israeli und 80 Palästinenser in zwei Gruppen nach Deutschland eingeladen. Die Frauengruppe organisiert in der Türkei selbstständig ein Seminar.

Kaum zu glauben, aber bei 22.250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gab es bisher keine tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den angeblichen Feinden, wohl aber viele anhaltende Kontakte, Freundschaften und gemeinsame Friedensaktivitäten über die Grenzen hinweg.

Die jährlichen Broschüren und eine eindrucksvolle DVD dokumentieren die Abgrenzungs- und Annäherungsprozesse in den Seminaren mit den entsprechenden Wechselbädern der Gefühle, aber auch persönliche Leidensgeschichten in kriegsbiografischen Interviews. Sie sind für friedenspolitische Veranstaltungen und den Unterricht geeignet, weil die Dialogprozesse mit den politischen Verhältnissen in der jeweiligen Krisenregion in Beziehung gesetzt werden.

Die Aktion „Ferien vom Krieg“ wird ausschließlich durch private Spenden und Sammlungen bei Familienfeiern, in Friedensgruppen und Gemeinden, durch Benefizveranstaltungen von Schulen und Initiativen finanziert. Die Spendeinnahmen in Höhe von 350.000 Euro pro Jahr gehen zu 60% in die israelisch-



Frauen aus Israel und Palästina treffen sich in der Evangelischen Akademie Hofgeismar und setzen ihrer Begegnung in Kassel ein Denkmal.

palästinensischen Begegnungen und die Ferienspiele in Nablus und Gaza. 33% der Einnahmen werden für die Freizeiten im ehemaligen Jugoslawien aufgewendet und 7% für Verwaltung.

Bitte unterstützen Sie dieses beispielhafte friedenspolitische Projekt und übernehmen Sie für 130 Euro eine „Ferienpatenschaft“!

- Spendenauftrufe, die Broschüre 2011, A3-Fototafeln und eine DVD mit Fernsehbeiträgen und biografischen Interviews bekommt man bei Helga Dieter, Flussgasse 8, 60489 Frankfurt, Tel. 069-7892525, ubihedi@t-online.de

- Sonderkonto: Grundrechtskomitee, Nr. 8013055, Volksbank Odenwald, BLZ 508 635 13; wenn Sie unter „Verwendungszweck“ Ihre Adresse angeben, erhalten Sie zu Beginn des nächsten Jahres eine Spendenquittung für das Finanzamt.

### Kommentare von Teilnehmerinnen und Teilnehmern:

- „Wir waren mit hundert Leuten zusammen und keiner hat nach unserer Nationalität gefragt.“
- „Was das Komische ist: Wir haben Angst vor ihnen, sie haben Angst vor uns!“
- „Ich kam hierher, um zu kämpfen, ich fahre zurück, um zu lieben.“
- „Ein Palästinenser sagte, das Schönste an dem Seminar war, dass er zwei Wochen seinen Ausweis nicht zeigen musste. Erzählungen über Militärs an Checkpoints, die Palästinenser misshandelt haben, haben mich sehr verstört.“
- „Unsere Wahrnehmung ist eindimensional, als Terrorist oder als Opfer, in jedem Fall nicht als multidimensionale menschliche Lebewesen.“





# Keine Satire, Realität ab 1.1.2013

## Das Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz

Möglicherweise braucht es ebenso viel Zeit, den Namen des neuen Gesetzes korrekt auszusprechen, wie den propagierten Erfolg nachzuweisen. Worum geht es? Aufgrund des neuen Gesetzes soll durch den Umbau der hessischen Schulverwaltung wieder einmal zwar nicht alles, aber doch vieles besser werden. Das Ministerium verspricht (sich) Bündelung und Vereinheitlichung von Aufgaben der Bildungsverwaltung mit übergreifendem Charakter. Parallelstrukturen sollen aufgelöst, Zuständigkeiten eindeutig zugeordnet, Geschäftsprozesse weiter standardisiert und Arbeitsabläufe vereinfacht werden. Wer vor mehr als 40 Jahren die ersten großen Schulverwaltungsreformen und weitere erfahren durfte und musste, kann sich an ähnliche, bisweilen inhaltlich gleichlautende politische Absichten nur zu gut erinnern. Er wird sich heute die Frage stellen, was sich für die Lehrkräfte strukturell und prinzipiell eigentlich geändert hat. Die Antwort dürfte kaum überraschen: nichts. Wozu also dieser Reformzirkus?

### Beschäftigung für Bürokraten ...

Das neue Gesetz mit dem kaum auszusprechenden Kürzel SchVwOrgRG ist Ausfluss der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP für diese Wahlperiode. Im Schulbereich soll danach „dem Prinzip der selbstständigen Schule“ auch in der Bildungsverwaltung Rechnung getragen werden:

*„Landesweite Aufgaben werden konsequent von der ministeriellen Ebene ‚nach unten‘ verlagert. Die Staatlichen Schulämter werden vermehrt zu Einrichtungen der Schulaufsicht und zu Servicestellen für Verwaltungsaufgaben umgebaut. Ihre Eingriffsmöglichkeiten auf die Schulen werden vermindert.“*

Wenn operative Aufgaben des Ministeriums „nach unten“ verlagert werden, so kann dies nur begrüßt werden. Offenbar sollen die Ministerialbeamten künftig verstärkt schöpferisch konzeptionell arbeiten. Gibt es „oben“ dafür aber auch genügend solcher Menschen am Wiesbadener Luisenplatz? Und gibt es „unten“ in der umgebauten Schul-

verwaltung genügend Menschen, die die erforderlichen Serviceleistungen für die „Selbstständigen Schulen“ adäquat erbringen können? Vollkommen unbestritten ist, dass zumindest in der Anfangsphase des Reformprozesses, normale Schulen in „Selbstständige Schulen“ umzuwandeln, ein erhöhter Beratungsbedarf zwingend erforderlich ist, damit dieses politische Projekt nicht scheitert. Kann das überhaupt gelingen, wenn Stellen – Stichworte: Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung – abgebaut werden sollen? Zurzeit flirrt die Zahl 60 zwischen Kassel und Heppenheim, Wiesbaden und Fulda.

### ... und Organisationsberater

Auf den letzten Drücker wurde noch rechtzeitig am 30. April der Entwurf der Fraktionen von CDU und FDP in das parlamentarische Beratungsverfahren eingebracht. Wäre dies nicht geschehen, könnte dieses Gesetz nicht mehr in dieser Wahlperiode umgesetzt werden. Viel Arbeit hat es für die Bürokratie zur Folge. Acht Gesetze, darunter das Schulverwaltungsgesetz, das Schulgesetz, das Lehrerbildungsgesetz und das Personalvertretungsgesetz, bedürfen der Überarbeitung. Sechs Verordnungen, darunter auch die neue Durchführungsverordnung zum Lehrerbildungsgesetz (HLbGDV) oder die Verordnung über das verpflichtende Arbeitszeitkonto, sind zu ändern. Schließlich müssen in einem erheblichen, noch nicht quantifizierten Umfang Erlasse neu geschrieben werden. Das alles ist kaum ertragreich, weil dadurch zunächst einmal nichts passieren wird – außer der Produktion von einer Unmenge von Papier, die selbst für „Paragrafengenießler“ schwer verdaulich sein dürfte.

Die neue Behörde „Landesschulamt und Lehrkräfteakademie“ (Kurzform: Landesschulamt) soll zum 1. Januar 2013, wahrscheinlich zunächst als virtuelle Behörde, geschaffen werden. In dieser „Mammutbehörde“, so Bündnis 90/Die Grünen, werden die Staatlichen Schulämter, das Amt für Lehrerbildung (AFL), das Institut für Qualitätsentwick-

lung (IfQ), die Führungsakademie und die Studienseminare vereinigt. Pikant: Die ehemaligen Staatlichen Schulämter, künftig nur noch Dienststellen des Landesschulamtes mit Sitz in Wiesbaden, sind damit auf derselben Hierarchieebene wie die Studienseminare. Bei den ehemaligen Staatlichen Schulämtern, die ab 2013 als „regionale Dienststelle des Landesschulamtes“ firmieren, bleiben die Gesamtpersonalräte bestehen – ein Erfolg aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Aktionen der GEW Hessen und der Personalräte. Die ehemalige Kultusministerin *Dorothea Henzler* (FDP), die aus wahltaktischen Gründen durch die Juristin *Nicola Beer* (ebenfalls FDP) abgelöst wird, hielt Wort. Sie sicherte der GEW auf ihrer Landesdelegiertenversammlung am 10. November 2011 den Erhalt dieser Personalvertretung zu.

### Halbgare Verlautbarungen

Organisations- und Unternehmensberater werden möglicherweise gefragte „Experten“ sein, den Umbau „professionell“ zu managen, also nicht nur Türschilder auszuwechseln, Stühle zu rücken. Beobachter der Szenerie sind jetzt schon gespannt, ob sich darunter auch Kolleginnen und Kollegen des AFL befinden, die mit eigenem Unternehmen diese Reform gegen Bezahlung begleiten.

Diese „Reform“ kann auch gewisse Chancen bieten. Die zersplitterte Lehrerfortbildung wird wieder in einem Amt gebündelt, die gesplante Lehrerausbildung wieder unter einem Dach zusammengeführt. Worin jedoch ein Nutzen liegen soll, sämtliche Regelungen, die Leitung und Ausbilderinnen und Ausbilder an den Studienseminaren betreffen, aus der gerade verabschiedeten HLbGDV herauszunehmen und dies rechtlich unterwertigen Organisationserlassen und Dienstanweisungen zu überlassen, lässt sich nur ideologisch, kaum sachbezogen begründen.

Staatssekretär *Dr. Herbert Hirschler* (FDP), der ebenfalls durch einen Jüngeren, den FDP-Juristen *Prof. Ralph Alexander Lorz*, ersetzt werden soll, brach-

te das „Projekt Landesschulamt“ auf den Weg. Um Bürokratie abzubauen, werden zunächst einmal neue Gremien eingerichtet: Lenkungsausschuss, Projektleitung, zwei Teilprojekte und Projektbeirat mit den Vorsitzenden der beiden Hauptpersonalräte und einer Vertreterin des Rechnungshofes.

Der FDP-Fraktion „kommt es darauf an, die Schulämter zu regionalen Beratungszentren für die Schulen zu entwickeln“. Was waren sie vorher, wenn sich außer dem Namen substanziell sonst nichts ändert? Die CDU beurteilt den Gesetzentwurf als „mutigen und zukunftsweisenden Schritt zur Entbürokratisierung der Kultusverwaltung“, womit „erhebliche Synergieeffekte und Effizienzpotentiale“ (auf Deutsch: Kosten senken, Sparen) erzielt werden. *Heike Habermann*, bildungspolitische Sprecherin der SPD, bezeichnet die Reform als „enttäuschend“ und spricht von einem „sehr mittelmäßigen Gesetzentwurf“. *Willi van Ooyen* (DIE LINKE) befürchtet „Einsparungen in noch nicht absehbarem Maße“. Am schärfsten fiel die Kritik des bildungspolitischen Sprechers von Bündnis 90/Die Grünen *Mathias Wagner* aus. Der Gesetzentwurf sei „angesichts der realen Probleme in der Bildungspolitik skandalös“. Es gebe „keine inhaltlichen Verbesserungen“, stattdessen würden „zwei neue hochdotierte Posten geschaffen“. Wagner bezeichnete das Amt als „neue Monsterbehörde“, zudem enthalte der Gesetzentwurf „keinen einzigen Ansatz zur realen Verbesserung des Unterstützungssystems für die Schulen“.

### Fata Morgana

Die permanenten Reformen in der hessischen Schulpolitik seit den 1990er Jahren belegen augenscheinlich, dass sich mit jeder Organisations- oder Strukturreform die Arbeits-, Ausbildungs- und Fortbildungsbedingungen der hessischen Lehrkräfte verschlechtern haben. An einige sei erinnert:

- Liquidierung von Staatlicher Landesbildstelle Hessen, Hessischem Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (HIBS) und Hessischem Institut für Lehrerfortbildung (HILF) einschließlich der Regionalen Lehrerfortbildung (RELf)
- Zusammenlegung dieser Institute zu einem neuen Hessischen Landesinstitut für Pädagogik (HeLP 1) mit anschließendem grundlegendem Umbau zu HeLP 2



18.5.2011: Demo für Erhalt der Schulämter und Gesamtpersonalräte.

- Gründung eines Amtes für Lehrerausbildung (AfLA)
- Zusammenlegung von HeLP 2 und AfLA in einem Amt für Lehrerbildung (AfL)
- Gründung des Instituts für Qualitätsentwicklung (IfQ) und der Führungskräfteakademie
- und jetzt Zusammenlegung der noch recht „jungfräulichen Einrichtungen“ AfL, IfQ und Führungskräfteakademie zusammen mit den Staatlichen Schulämtern in einer einzigen Behörde, dem Landesschulamt

Zwischendurch sollten noch „Pädagogische Häuser“ gegründet werden, eine Kooperation der Unterstützungssysteme Staatliche Schulämter und Studienseminare für die Schulen. Auch daraus ist nichts geworden.

### Cui bono?

Wenn aus all diesen Organisations- und Strukturreformen kaum Zählbares, geschweige denn inhaltlich Wegweisendes geworden ist, muss die Frage gestellt werden, wer daraus eigentlich einen Nutzen gezogen hat. Es sind Menschen, für die neue Aufgaben heutzutage eine „persönliche Herausforderung“ sind. Früher sagte man: Karriere machen, auch um das Einkommen aufzubessern. Dies ist zweifelsohne nichts Ehrenrühiges. Der Glaubwürdigkeit wegen sollte dieser Zweck jedoch genannt werden: Mit jeder Or-

ganisationsreform werden real existierende Stellen überflüssig, zugleich aber neue erforderlich und geschaffen, nicht selten höher dotierte.

Dies trifft auch auf die neue Behörde mit Landesschulamt (Abteilung I) und Lehrkräfteakademie (Abteilung II) zu. Ihr Präsident soll nach B 6 (Gehalt rund 8.000 Euro) besoldet werden. Die neue Grundstruktur soll außer diesen zwei Säulen noch als dritte Säule eine Abteilung Z für die zentralen Dienste und als vierte Säule eine Abteilung III für Schulqualität und Personalentwicklung erhalten. Eine Abteilungsleiterstelle (Vizepräsident) ist zugleich Vertretung für den Präsidenten (Besoldung nach B 3, etwa 6.700 Euro), die übrigen drei Leitungsstellen sollen nach B 2 (etwa 6.300 Euro) besoldet werden. Diese Personalausgaben liegen deutlich über den aktuellen Leitergehältern des Amtes für Lehrerbildung (AfL), des Instituts für Qualitätsentwicklung (IfQ) und der Staatlichen Schulämter. Statt Sparen: erheblich höhere Personalausgaben bei den Spitzenämtern in der hessischen Bildungsverwaltung. Nicht realitätsfern ist die Annahme, dass diese Positionen noch vor der nächsten Landtagswahl 2013 mit eigenen Parteifreunden besetzt werden. DIE GRÜNEN beurteilen die Stellendotierung recht sarkastisch mit den Worten: „Als FDP-Versorgungswerk ist die Bildungsverwaltung zu wichtig und zu schade.“

Joachim Euler



# Charter Schools und School Choice

## US-Modell findet Unterstützer und Nachahmer in Deutschland

Der „Privatisierungsreport Nr. 13“ der GEW befasst sich mit dem Spannungsverhältnis von privaten Stiftungen und Demokratie und untersucht, „wie der Neoliberalismus weltweit das öffentliche Bildungswesen untergräbt“. Die HLZ dokumentiert Auszüge zur Entwicklung der amerikanischen „Charter Schools“, die auch in Deutschland in interessierten Kreisen erste Nachahmer finden. In der HLZ-Fassung entfielen alle Fußnoten und Belege. Die vollständige Fassung kann man bei der GEW bestellen oder im Internet herunterladen: [www.gew.de](http://www.gew.de) > Privatisierungsreport

In den USA machen inzwischen mehr als 5.000 Charter Schools den öffentlichen Schulen Konkurrenz. Etwa 1,6 Millionen Kinder und Jugendliche, oft aus sozial schwachen Wohnbezirken, lernen hier. Die Charter Schools werden zu 100 Prozent vom Staat finanziert. Sie sind von vielen Auflagen der Schulbehörden, der *school districts*, befreit. Sie dürfen ihre Unterrichtsschwerpunkte frei wählen. Sie können die Zahl der Unterrichtsstunden aufstocken. Und sie allein entscheiden, welche Lehrkräfte sie beschäftigen. Zu den Betreibern gehören Hedgefonds und kommerzielle Unternehmen, aber auch gemeinnützige Vereine sowie Eltern- und Nachbarschaftsorganisationen. Auch Lehrerinnen und Lehrer haben Charter Schools gegründet.

Nicht nur US-Präsident *George W. Bush* förderte diese Art von Privatschulen. Auch *Barack Obama* unterstützt deren Betreiber. Damit

nicht genug: Schwereiche US-Stiftungen finanzieren die Charter Schools mit Millionen Dollar. Etliche dieser Stiftungen propagieren gleichzeitig *School Choice*, die freie Schulwahl.

*Walmart* ist ein Gigant – der mit Abstand größte Supermarktbetreiber der USA. Ein Arbeitgeber, der nicht gerade als gewerkschaftsfreundlich bekannt ist. Die

Nachfahren des Gründers *Sam Walton* besetzen auf der Forbes-Liste 2010 der reichsten Amerikaner die Plätze 4, 7, 8 und 9. Ihr gemeinsames Vermögen wird auf 84 Milliarden US-Dollar geschätzt.

### Die Reichen investieren in Bildung

Sam Walton und Ehefrau *Helen* hoben eine Stiftung aus der Taufe – die *Walton Family Foundation*. In 2009 investierte die Stiftung 134 Millionen Dollar in Bildungsprojekte. Schwerpunkt ist die Förderung von Charter Schools und von School Choice-Projekten. Und das seit vielen Jahren. Allein von 1998 bis 2006 habe die Stiftung 150 Millionen Dollar ausgegeben, um 600 Charter Schools ins Leben zu rufen, so eine Studie der *Nonprofit-Organisation Education Sector*, die in Washington arbeitet.

Microsoft-Gründer *Bill Gates* gilt als zweitreichster Mann der Welt, die Nummer 1 auf der Forbes-Liste 2010 der reichsten Amerikaner. Geschätztes Privatvermögen: 54 Milliarden US-Dollar. Die nach ihm und seiner Frau *Melinda* benannte Stiftung besitzt 36,7 Milliarden US-Dollar – einschließlich der Milliarden, die US-Investor *Warren Buffett* (Platz 2 der Forbes-Liste, 45 Milliarden US-Dollar Vermögen) der Gates-Stiftung vermacht hat. Damit dürfte die Stiftung zu den weltweit einflussreichsten gehören. Sie hat 891 Angestellte. Zum Vergleich: Für die Bertelsmann-Stiftung arbeiten rund 300 Festangestellte.

Die Gates-Stiftung engagiert sich nicht nur in vielen Ländern in den Bereichen Gesundheit und Armutsbekämpfung. 2009 investierte sie 373 Millionen Dollar, um das US-amerikanische Bildungswesen nach ihren Vorstellungen umzubauen.

Charter Schools spielen dabei eine wichtige Rolle. „Erfolgreiche Charter Schools (...) haben die Zuversicht von Lehrenden geweckt, dass Schüler von unterschiedlicher sozialer Herkunft mit der richtigen Unterstützung hohe Niveaus erreichen können.“ So die Homepage der Gates-Stiftung. Weiterer

Schwerpunkt der Gates-Stiftung: Erforschen, wie sich die Leistungen von Lehrkräften messen können („Effective Teaching“). Denn Bill Gates fordert, Lehrerinnen und Lehrer nach Leistung zu bezahlen.

*Milton Friedman*, Vordenker der Neoliberalen, propagierte School Choice bereits im Jahr 1955. Damals verfasste er den Aufsatz „The Role of Government in Education“. Auch das Gutschein-System im Bildungswesen („voucher“) geht auf Friedman zurück. Um die Marktprinzipien im Schulsystem durchzusetzen, gründete der umstrittene Nobelpreisträger zusammen mit seiner Frau *Rose* die *Milton and Rose D. Friedman Foundation*. Diese Stiftung heißt heute, fünf Jahre nach Friedmans Tod, *Foundation for Educational Choice*.

Sie bekämpft unter anderem die kollektiven Verträge über Gehälter und Sozialleistungen, die US-Gewerkschaften für Lehrkräfte durchsetzen konnten. Auf ihrer Homepage bewirbt sie eine Studie, die einen aufschlussreichen Titel trägt: „Lehrer-Verträge in Ohio – Das Schwarze Loch der Schulausgaben.“

### Lobby auch in Deutschland

Karlsruhe, Engesserstraße 13. Hier forschte der Wirtschaftswissenschaftler und Pädagoge *Ludwig Paul Häußner*, Jahrgang 1958. Sein Arbeitsplatz war das Interfakultative *Institut für Entrepreneurship*, das Institut für Unternehmertum, eine Einrichtung der Universität Karlsruhe, die bis September 2010 von Professor *Götz Werner* geleitet wurde, dem Gründer der Drogeriemarktkette *dm*. Häußner findet, Schule müsse als „pädagogisch-unternehmerische Aufgabe“ verstanden werden. Dies sei an herkömmlichen öffentlichen Schulen nicht möglich: „Erfreulicherweise bieten die in den USA als Charter Schools bezeichneten Schulen Raum für Educational Entrepreneurship“.

Auch die Berliner FDP und taz-Redakteur *Christian Füller* loben das Wunder von Harlem, (...) voller pädagogischer Ideen – und Unternehmergeist.“

Privatisierungsreport – 13

Private Stiftungen versus demokratischer Staat – wie der Neoliberalismus weltweit das öffentliche Bildungswesen untergräbt





# Noch befriedigend?



## Schwierigkeiten, in der Prüfung eine gute Stunde zu halten

Nach der Examensstunde in Sozialkunde fragte ihn der Prüfungsvorsitzende, wie er selber die Stunde bewerten würde.

Während der Stunde hatte er funktioniert. Er hatte den Unterricht etwa so über die Bühne gebracht, wie er ihn geplant hatte. Die Lerngruppe hatte mitgemacht, er war mit der Klasse zu Ergebnissen gekommen. War sie anders gewesen als alle bisherigen? Er hatte angestrengt versucht, den Schülerinnen und Schülern zuzuhören, er tappte sich aber während des Zuhörens dabei, dass er das heraushörte, was er hören wollte. Als er versuchte, das, was er gern zu hören bekommen hätte, von dem zu unterscheiden, was er tatsächlich hörte, geriet er durcheinander. Was hatten die Schülerinnen und Schüler eben gesagt? Was genau? Er bemühte sich darum, das Gehörte mit eigenen Worten zu wiederholen, wobei er die Gesichter der Schülerinnen und Schüler beobachtete. Erkannten die das, was sie gesagt hatten, in dem, was er sagte? Nickten deren Augen ihm zu, ja, wir verstehen uns, du hast uns verstanden, oder schüttelten deren Augen den Kopf, weil sie gemerkt hatten, dass er etwas anderes sagte, als sie gemeint hatten? Er sah in die Gesichter der Mitglieder der Prüfungskommission, versuchte darin zu lesen. Guckten die zustimmend, wohl-

meinend, irritiert, verwundert, neutral, unbeteiligt? Konnte er im Unterricht fortfahren oder musste er einen Schritt zurückgehen, erst einmal sicherstellen, dass alle das Gleiche verstanden hatten? Aber es fehlte ja die Zeit! Er konnte jetzt nicht die Hände vors Gesicht schlagen und in Ruhe nachdenken. Er konnte nicht sagen: Wartet mal einen Augenblick, muss gerade mal nachdenken. Als Ausbilder würde er später genau solche Ratschläge geben, doch jetzt, während seiner Prüfung, war er noch lange nicht so weit. Er musste im Unterricht fortfahren. Wie viel Zeit hatte er überhaupt noch? Konnte er verhindern, dass der Eindruck entstand, er rede an seinen Schülerinnen und Schülern vorbei, sozusagen nur mit sich selber? Er war dafür zuständig, dass Verstehen ermöglicht wurde, also musste er vor allem gut zuhören, sich auf deren Äußerungen beziehen. Das fiel ihm, je länger die Stunde dauerte, umso schwerer. Während er zuzuhören versuchte – ich muss zuhören, ich muss –, formulierte er schon im Kopf, was er als Nächstes sagen könnte. Währenddessen überlegte er, ob er das, was er sagen wollte, sagen sollte. Er könnte stattdessen etwas anderes sagen, er könnte es anders, besser, klarer formulieren als eben noch gedacht. Oder wäre es nicht sogar besser, jetzt erst mal nichts zu sagen, sondern die Nächste, den Nächsten dranzunehmen? Dann müsste er allerdings noch länger zuhören. Vielleicht käme ja noch ein Schülerbeitrag, der genau dem entsprach, was er als antizipiertes Ergebnis in seinen Entwurf geschrieben hatte. Würde er sich all das, was gesagt wurde, merken können? Würde er das Gesagte zusammenfassen können? Würde er die unterschiedlichen Akzentuierungen, die Unterschiede, Gegensätze in den Beiträgen erfassen, im Kopf unterscheiden und dann den Schülerinnen und Schülern in altersgemäßer Weise verdeutlichen können? Er hörte sie, er hörte ja zu, er hörte, was er dachte, was er sagte, er hörte einen Wirrwarr von Stimmen, draußen, drinnen. Er blickte auf die Uhr, wollte sich zusammenreißen, aufmerksam sein und spürte mit zu-

nehmender Verzweiflung, dass er nicht aufmerksam war, nicht so bei der Sache war, wie er es sein wollte, müsste.

Wie würden Sie denn Ihre Stunde bewerten? Ihm schoss durch den Kopf: Noch befriedigend, ausreichend, noch ausreichend! Doch wohl noch ausreichend? Er stotterte, ausreichend könne man vielleicht sagen. Er ärgerte sich, kaum hatte er den Satz ausgesprochen, dass er die Frage überhaupt beantwortet hatte. Er hätte doch sagen können, dass es in der Situation nicht seine Aufgabe sei, eine Note zu nennen, er solch eine Frage für sadistisch halte. Oder er hätte die Prüfungssituation an sich thematisieren können, die Abhängigkeit des Prüflings vom Prüfer, von einer Kommission. Er hätte, hätte ... sich vor allem anders verhalten können, sollen.

Er hielt die Klappe, als der Vorsitzende sagte, so schlimm sei die Stunde doch nicht gewesen. Er lächelte. Hatte er erfreut, gar dankbar gelächelt? Wenn ja, dann müsste er sich dafür hassen. Er hätte gern ungerührt geschaut. Ihr könnt mich mal! Ihr könnt mir gar nichts anhaben! Mir doch egal, was ihr mir gebt! Von wegen! Keine Spur einer phantasierten Überlegenheit. Groß, stark, sicher wollte er sich am Prüfungstag fühlen und wenn nicht fühlen, dann doch wenigstens geben. Klein, schwach, unsicher, unterlegen fühlte er sich und wirkte er vermutlich auch. Als er den Entwurf für die Stunde geschrieben hatte, fühlte er sich krank, nicht schlimm, bisschen fiebrig, bisschen geschwächt. Bloß nicht die Prüfung absagen!

Heilfroh wäre er, wenn er den ersten Teil der Prüfung, den ersten Prüfungstag hinter sich hätte. Irgendwie würde er das schon hinkriegen. Die Stunde in der Mittelstufe konnte nicht so schwierig werden. Die bekam er schon hin. Hinterher konnte er entschuldigend sagen, er sei ja nicht ganz fit gewesen. Deswegen sei er nicht so reaktionsfähig gewesen. Sonst wäre die Stunde sicherlich besser gelaufen. Mit Sicherheit, vermutlich, vielleicht! Na, vielleicht ließ er diesen Rechtfertigungsversuch besser weg.

Thomas Adamczak



# Bestenfalls Pseudo-Module

## Fehlerhafter Modulkatalog im Vorbereitungsdienst

In diesen Tagen hat Neckermann seinen 1.800 Seiten und fast zwei Kilogramm schweren, weit über Hessens Landesgrenzen hinaus beliebten Katalog eingestellt. Die ersten Entwürfe zu den neuen Modulen im pädagogischen Vorbereitungsdienst, 756 Seiten stark, wogen 3.740 Gramm, mehr als das Doppelte des Neckermann-Katalogs. Außerhalb von Hessen wollte sie aber niemand. Die Endfassung mit „nur“ noch 672 Seiten, die im August 2005 in Kraft trat, war mit 2.028 Gramm gewichtsreduziert. Sie näherte sich damit dem jetzt eingestellten Versandhauskatalog aus Frankfurt.

Es war ein aufgeblähtes Machwerk, in welchem Bezüge zur Gesellschaft bestenfalls mit dem Mikroskop zu erkennen waren. Die bis dahin geltenden *Pläne für die Pädagogische Ausbildung für die Lehrämter* enthielten im Gegensatz zum ersten Modulkatalog für alle Fachrichtungen und Unterrichtsfächer in komprimierter Form dezidierte und differenzierte Aussagen. Kritiker beurteilten infolgedessen diese neuen „Lehrpläne“ für den Vorbereitungsdienst als sinnentleert und prinzipiell bildungstechnologisch orientiert. Bezüge zur Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler sind kaum erkennbar, bestenfalls Spurenelemente zu gesellschaftlicher Realität und Entwicklung.

### Unbrauchbar und eingestampft

Im Windschatten der Novellierungen von Hessischem Lehrerbildungsgesetz (HLbG) und der damals noch real existierenden Umsetzungsverordnung zu diesem Gesetz (HLbG-UVO) ergriff die GEW Hessen die Initiative. Sie wollte eine grundlegende Überarbeitung der Modulbeschreibungen. Eine Konzeption wurde Kultusministerin *Dorothea Henzler* (FDP), auch den Verantwortlichen im Hessischen Kultusministerium (HKM) vorgelegt. Die GEW-Konzeption, der vor der späteren Modulüberarbeitung voll zugestimmt wurde, wies nur noch drei Merkmale auf: Kompetenzen, Standards und Inhalte (mit Themen). Die Zielsetzung war eindeutig bestimmt: strukturelle Überarbeitung

mit Konzentration auf das Wesentliche, das für die pädagogische Ausbildung unabdingbar ist. Eine **grundlegende inhaltliche** Überarbeitung wurde aufgrund der für eine umfassende curriculare Diskussion nicht ausreichenden Zeit für nicht realisierbar gehalten. Ein Scheitern wäre programmiert gewesen.

Die 672 Seiten Modulbeschreibungen waren von einem kaum nachzuvollziehenden bürokratischen Geist geprägt, der alle Fachrichtungen und Unterrichtsfächer in eine standardisierte Form mit 20 Feldern zwängte, angemessen wohl für Handbücher in Handwerks- und Industriebetrieben, in welchen begriffliche Vorgaben und Kennziffern oberste Priorität haben.

Vorgeschrieben wurde, wie die Organisationsformen im Modul sein sollten, welche Methoden dort anzuwenden sind. Festgelegt wurden die Voraussetzungen für die Modulteilnahme, als hätte man einen eigenen Interpretationsspielraum, abweichend vom gesetzlichen Auftrag an die pädagogische Ausbildung. Der Modul-Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) wurde für Anwesenheit, Vor- und Nachbereitung exakt (!) vorab bestimmt. Das Ergebnis dieser Pseudo-Arbeitszeitbestimmung ist bekannt. Die Ausbildungswirklichkeit übertraf die Phantom-Vorgaben um bis zu 70 Prozent. Leistungspunkte, orientiert am European Credit Transfer System (ECTS), das nur für den Europäischen Hochschulraum Relevanz hat, wurden festgelegt, um sich für die Zweite Staatsprüfung anzumelden. Jede LiV erhielt logischerweise diese ECTS-Punkte, wenn sie die Module ableistete, was immer geschah. Leistungserwartungen wurden auch festgelegt. Sie waren entweder so allgemein und damit faktisch beliebig formuliert, um Bewertungsspielräume zu eröffnen, oder so eng gestaltet, dass sie für alle davon betroffenen Studienseminare kaum erfüllbar waren. Die Dauer des Moduls musste ebenso bestimmt werden wie der Angebotsturnus. Ein vollkommen überflüssiges Kriterium, da aufgrund von HLbG-UVO oder beschlossenen Regelungen des Amtes für Lehrerbil-

dung (AFL) dies bereits Faktum war. Das vorletzte Kriterium „Verwendbarkeit“ rief nur Ratlosigkeit hervor. Modulverantwortung als letztes der zehn Kriterien für die Modulbeschreibungen spiegelt das Denken von oben nach unten: Subjektferne. Nicht die LiV ist für ihr Lernen im Modul verantwortlich, sondern es sind die Ausbilderinnen und Ausbilder, im Einzelfall auch das Ausbildungsteam. Ohne überheblich zu sein, kann dieser formal-bürokratische Irrsinn auch als schwarze Pädagogik der Lehrerausbildung bezeichnet werden. Man stelle sich vor, eine beliebige Lehrkraft an einer normalen Schule müsste nach diesen zehn Kriterien unterrichten. Ende der pädagogischen Freiheit. Und so wundert kaum, dass diese Pläne, da auch nicht in einem diskursiven Prozess mit den LiV erörtert, von ihnen nur begrenzt verstanden und akzeptiert wurden. Mangelndes Demokratieverständnis und erhebliche Legitimationsdefizite kommen auch darin zum Ausdruck, dass die LiV, erwachsene Menschen, in keiner Phase an der Entwicklung der Module, die eigentlich nur für sie bestimmt sind, beteiligt waren. Dass auch für Verständnis und Akzeptanz bei den Lehrkräften an den Ausbildungsschulen hätte geworben werden müssen, um die modularisierte Ausbildung zu einem Erfolg zu führen, ist den für diese Modularisierung Verantwortlichen im AFL offensichtlich vollkommen entgangen. Im Gegenteil: Die Abgrenzung und Ausgrenzung der Kolleginnen und Kollegen an den Ausbildungsschulen hatte zunehmend Aversion und Aggression hervorgerufen, zumal diese Module in der Schule weder von erkennbarem Nutzen für den Schulalltag waren noch innovative Spuren hinterließen. Die logische und einzig richtige Entscheidung des Scheiterns dieses hessischen Modulsystems durch die Kultusministerin: Die Pläne wurden eingestampft.

Aufgrund der kultusministeriellen Definition, wonach ein Modul durch die zuvor beschriebenen zehn Kriterien gekennzeichnet ist, können die überarbeiteten Module sachlogisch nicht mehr Module genannt werden, weil acht Kri-

terien ersatzlos entfallen. Das Kultusministerium hat jedoch den Begriff bei der Überarbeitung von Gesetz und Verordnung mit der Begründung beibehalten, man hätte sonst zu viel ändern müssen. Zudem habe sich der Begriff im Ausbildungsalltag eingebürgert. Die GEW hatte stattdessen den neutralen Begriff „Veranstaltung“ vorgeschlagen, der im Übrigen für alle vergleichbaren Veranstaltungen im gesamten Bildungsbereich gilt. Insofern sollte man ehrlicherweise diese kastrierten Module als „Pseudo-Module“ bezeichnen.

Erfreulich ist, dass der Seitenumfang für diese neuen Pseudo-Module auf 92 einseitig bedruckte Blätter erheblich geschrumpft ist. Die Beschreibungen sind streng an den *Standards für Lehrerbildung – Bildungswissenschaften* (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16. Dezember 2004) ausgerichtet, zudem am *Hessischen Referenzrahmen Schulqualität (HRS)* orientiert. Sie enthalten im notwendigen Umfang die Standards und Kompetenzen sowie je nach Fachrichtung und Unterrichtsfach Inhalte in einer bisweilen kaum noch nachvollziehbaren erheblichen Spannweite. Damit dürften die neuen Pseudo-Module zumindest einen wesentlichen Zweck erfüllen: Klarheit und Verständlichkeit bei Gewährung ausbildungspädagogischer Freiheit für LiV, Ausbilderinnen und Ausbilder. So weit, so gut.

### Fehlerhafte neue „Module“

Weniger gut, dass bei genauerer Prüfung viele formale, sprachliche, inhaltliche und sogar rechtliche Fehler des neuen Modulkanon – der eigentlich richtige bildungstheoretische Begriff statt Modulkatalog à la Neckermann – augenscheinlich werden, mehr als ein *Fauxpas en passant*. Die Kritik in knapper Form:

- Die unterschiedlichen Formatierungen für die drei Lehrämterbereiche berufliche Schulen, Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen und Gymnasien stechen geradezu ins Auge, und dies bei prinzipiell einheitlichen Beschreibungen der Pseudo-Module.
- Die Unmenge von Verstößen gegen die Rechtschreibregelungen, ein durchgängig fehlerhafter Gebrauch von Orthografie und Interpunktion ist vor allem deswegen nicht mehr verständlich, weil sie von der obersten hessischen Bildungsbehörde (!) zu verantworten ist.



Bis zur Landesdelegiertenversammlung im November 2011 war *Joachim Euler*, gemeinsam mit *Heike Lühmann*, viele Jahre Leiter des Referats Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand und Herausgeber von *LiV-Spektrum* und des – dem *NeckermannKatalog* im Umfang nicht immer nachstehenden – *Seminar-Infos*, das an allen Studientseminaren als

reich sprudelnde Quelle aller fachlichen, politischen und rechtlichen Informationen rund um die Lehrerausbildung hoch geschätzt wird. Ende April ging Joachim Euler als Leiter des Studientseminars für berufliche Schulen in Frankfurt in den Ruhestand. Das Foto zeigt ihn an einem seiner letzten Arbeitstage im Erwin-Stein-Haus.

- Der beliebige und beträchtliche Umgang mit – zum Teil nicht näher definierten – Abkürzungen: leseunfreundlich und ärgerlich zugleich.
- Vor allem jedoch sind nicht wenige veraltete, falsche oder fehlende Rechtsbezüge zu monieren. Die Bildungs- und Erziehungsaufgaben entsprechen nicht den Vorgaben des Hessischen Schulgesetzes. Es wird noch eine Modulverantwortung beschrieben, die es nicht mehr gibt. Nach der neuen Durchführungsverordnung zum Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbGDV) gibt es nur noch eine Modulzuständigkeit. Das sollte sich doch auch bei den hierfür kompetenten Menschen im Afl herumgesprochen haben. Neben weiteren Monita keine *Quantité négligeable*, vielmehr ein durchaus schwerwiegender Fehler: Die Ausbildung für die Lehrbefähigung für arbeitstechnische Fächer kommt im gesamten Modulkanon schlicht nicht vor. Absicht oder Vergesslichkeit?
- Auch ist inhaltlich und bezüglich der gebotenen Transparenz nicht nachvollziehbar, dass die beiden verbindlichen Ausbildungsveranstaltungen „Beratung und Reflexion der Berufsrolle“ und „Unterrichts- und Schulentwicklung“ zwecks Vervollständigung fehlen. Diese nicht bewerteten Ausbildungs-

veranstaltungen sind nach HLbG und HLbGDV ebenso verpflichtend wie die Module als bewertete Ausbildungsveranstaltungen.

Dem in der Verantwortung des Afl erstellten Modulkatalog – eigentlich Modulkanon – kann folglich Fehlerhaftigkeit und eine gewisse Lieblosigkeit bei der formalen und sprachlichen Gestaltung nicht abgesprochen werden. Wegen dieser Mängel liegt seit Januar dieses Jahres dem Afl eine vollständig überarbeitete Gesamtausgabe vor, in der diese im Wesentlichen behoben sind. Geschehen ist bislang noch nichts. In analoger Anlehnung an *Ludwig Thomas* vor 100 Jahren verfasste humoristische Satire über den Dienstmann *Aloisius Hingerl*, der eine göttliche Botschaft der bayerischen Regierung übermitteln sollte, auf die sie aber immer noch wartet, könnte man fast glauben, dass auch das Afl weiterhin auf eine göttliche Entscheidung wartet zu handeln. Sollte diese zeitnah auch tatsächlich getroffen werden, wäre es sicherlich der Sache zuträglich und im Interesse der Menschen, dieses neue „Gesamtkunstwerk“ in einer einigermaßen ansprechenden Gestaltung – nicht nur digital – herauszugeben.

Joachim Euler





# Portfolio in der Lehrerausbildung

## Spuren zum Leitbild hessischer Lehrerbildung

2011 verabschiedete der Landtag ein neues Hessisches Lehrerbildungsgesetz (HLbG). Danach stellen sich folgende Fragen:

- Welches Lehrerleitbild hat die Bildungsverwaltung, wenn sie mit der Novellierung den Anspruch verbindet, Lehrkräfte aller Bildungsgänge „bestmöglich auf die Herausforderungen des Berufsalltags vorzubereiten“?
- Ist die „kleine Reform“ an die veränderten Anforderungen der Praxis gebunden, nach der sich das Lehrerhandeln in schulischen Kontexten auf die Autonomie der Lernenden, einen steigenden Bedarf nach individuellem Lernen, den Erwerb von Schlüsselkompetenzen sowie die veränderten Aufgaben in Bereichen des Schul- und Wissensmanagements konzentrieren muss?
- Wurde der zunehmende Veränderungsdruck auf die Lehrerbildungssysteme berücksichtigt, der durch viele empirische Forschungsergebnisse über Lernen, Sozialisation und Schule in den letzten zwei Jahrzehnten generiert wurde?

Die Antworten auf diese Fragen bleiben nach der Lektüre des Lehrerbildungsgesetzes diffus. Aus den „Leitlinien einer phasenübergreifenden Lehrerbildung“ von *Rudolf Messner* (2008) lassen sich die folgenden Anforderungen an Professionalisierungsprozesse ableiten:

- Die stufenweise Entwicklung und biographische Einbettung der „Lehrerprofessionalität während der gesamten lebenslangen Berufsphase“ ist als Prozess zu berücksichtigen.
- Die „spezifische Qualität erfahrener Lehrerinnen und Lehrer und deren Weiterentwicklung in Selbstlernprozessen“ ist systematisch zu erfassen.
- Der „Aufbau von Wissen im Lehrerberuf und dessen Transformation in berufliches Können“ ist konstruktivistisch aufzuschließen.
- Über den Fokus auf Unterricht hinaus, der die „Expertise zur Verbesserung schulischen Lernens“ nutzt, ist der Blick auf die „Erweiterung der Dimensionen einer bildenden Schule“ zu richten.
- Die Schule ist als „lernende Organisation“ in programmatische und konzeptionelle Prozesse einzubeziehen.

- Das „Lehrerwerden“ ist „als reflexiver Selbsterfahrungs- und Bildungsprozess“ zu verstehen, der dem formalen, non-formalen und informellen Lernen gleichermaßen einen Wert zuschreibt.

### Individuelle Steuerungskompetenz

Dieser Ansatz entspricht dem 2004 durch die Kultusministerkonferenz (KMK) entworfenen Leitbild, das Lehrerinnen und Lehrer fachlich, systematisch und wissenschaftlich in ihrem praktischen Handeln stützt. Besonders in dem „Kompetenzbereich Innovieren“ der festgelegten Standards kommt dem biographisch-reflexiven Ansatz neben den diagnostischen Prüf- und Testverfahren in der Lehrerbildung eine herausgehobene Bedeutung zu: Lehrerinnen und Lehrer

- reflektieren die eigenen beruflichen Erfahrungen und Kompetenzen und deren Entwicklung und können hieraus Konsequenzen ziehen,
- dokumentieren für sich und andere die eigene Arbeit und ihre Ergebnisse,
- geben Rückmeldungen und nutzen die Rückmeldungen anderer dazu, ihre pädagogische Arbeit zu optimieren, und
- nutzen formelle und informelle, individuelle und kooperative Weiterbildungsangebote.

Danach entsteht beim Lehrpersonal in allen drei Phasen der Lehrerbildung ein Gewebe „professioneller Identität“, das nach *Heinz-Elmar Tenorth* (2008) den

„eigenen Entwicklungsprozess selbst präsent hält und die Ausbildungs- und Berufsrealität in einer Weise zeitlich, sachlich und sozial so schematisiert, dass man das Selbstbild eines guten Lehrers in der Zeit und gegenüber konkurrierenden Erwartungen bewahren sowie gegenüber externen Normen behaupten und dennoch in einem diffusen und widersprüchlichen Alltag lernen und arbeiten kann“.

Durch die verbesserte Transparenz über erreichte Lernergebnisse können die Anwender in Entscheidungssituationen persönlich souveräner und fachlich qualifizierter handeln, z.B. in den Fällen der Studienwahl, Berufswahlentscheidung, Personaleinstellung, Fort- und Weiterbildungsplanung, Funktions-

stellenbesetzung, Leistungsbewertung, Unterrichtsentwicklung und Schulinspektion

Die dafür erforderliche rechtliche Konzeptualisierung der Lehrerbildung muss dafür Raum und Zeit geben, um Lehrerinnen und Lehrer nach *Uwe Hericks* (2004) für den „Prozess der Wahrnehmung und Deutung von Entwicklungsaufgaben“ zu ermächtigen und sie auf ihren Subjektcharakter als „Gestalter ihrer eigenen Bildungsgänge“ zu verweisen. Wird die daraus abzuleitende Notwendigkeit einer realisierten Portfolioidee nicht hinreichend berücksichtigt, bleiben die Vielfalt des Lehrerhandelns und die darin liegenden Potenziale ausgeschlossen, bleiben sie institutionell und individuell intransparent.

### Portfolio-Debatte in Hessen

Bis an diesen Punkt der Argumentation scheint das Lehrerbildungsgesetz noch mitzugehen, denn Hessen folgt in der Lehrerbildung schon länger einem Portfolioansatz. Er gestattet nach der Definition von *Thomas Häcker* (2006)

„den Autoren und Betrachtern, die Lernprodukte und den Lernprozess gemeinsam in den Blick zu nehmen und zu beurteilen. Die Verbindung von Produkt- und Prozessdarstellung erfordert ein Höchstmaß an Reflexion und eröffnet die Möglichkeit, Leistungsbeurteilung zum integralen Bestandteil eines übergreifenden, fortlaufenden Lernprozesses zu machen.“

*Andreas Lenz* forderte 2007 bei der Jahrestagung des Zentrums für Lehrerbildung (ZLB) der Universität Kassel als Vertreter des Hessischen Kultusministeriums, dass Lehramtsstudierende bereits in der Ersten Phase die Möglichkeit haben,

„eine konstruktivistische Lehrhaltung im eigenen Lernprozess zu erfahren und bereits im Studium das eigene Lernen kontinuierlich zu überdenken, weiterzuentwickeln und zu dokumentieren. Dies bedeutet Verantwortung für das eigene Lernen und die Kompetenzentwicklung zu übernehmen“.

Dies kommt den Ansprüchen des „Qualitätsbereichs Professionalität“ der

Lehrkräfte im „Hessischen Referenzrahmen Schulqualität (HRS)“ entgegen, mit dessen Realisierung Beiträge für mehr Transparenz und Durchlässigkeit sowie eine verbesserte Finanzierungs- und Personalsteuerung im Bereich der Schulqualität geleistet werden können.

Über die Forderung nach verbesserter Schulqualität hinaus wurde in einer „Arbeitsgruppe ‚Lehrbildungsreform in Hessen‘“ (2009), die sich aus Vertretern der Lehrbildungszentren, des Amtes für Lehrerbildung und der beiden Ministerien für Kultus beziehungsweise Wissenschaft und Kunst zusammensetzte, ein Positionspapier erarbeitet, in dem der gemeinsame Rahmen für die Einführung gestufter Lehramtsstudiengänge und Gestaltungsspielräume ausformuliert sind. Es plädiert unter anderem dafür, dass sich die „Feststellung bzw. Bestätigung der Eignung für den Lehrberuf (...) an den erzielten akademischen Leistungen (inklusive derer in Schulpraktischen Studien) und an den in einem pädagogischen Portfolio zusammengetragenen, dokumentierten und reflektierten pädagogisch-praktischen Engagements“ orientieren solle.

Das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) konnte für einen 2009 erteilten Forschungsauftrag des Hessischen Kultusministeriums (HKM) auf Vorarbeiten des Amtes für Lehrerbildung (AFL) und des DIPF sowie auf den Modellversuch für die Zweite Phase der Lehrerbildung „Flexibilisierung, Individualisierung, Teamfähigkeit“ (FIT) zurückgreifen. Es sollte ein Instrument entwickelt werden, das die drei Phasen der Lehrerbildung zusammenfasst und das dokumentierte Lernen im Prozess der Arbeit, im sozialen Umfeld und aus der Familientätigkeit einer Anerkennung zuführt. Dabei ging es vorrangig nicht um den Nachweis von schriftsprachlicher Kompetenz und die Darstellung individueller Befindlichkeit, sondern darum, Vertrauen zwischen Anwendern und Nutzern über erworbene Kompetenzen und Qualifikationen zu schaffen und zwar durch Transparenz, Standards, begriffliche Einheitlichkeit und objektifizierbare Vergleichbarkeit. Um dafür die Expertise und Koordination des AFL zu nutzen, wurde eine gemeinsame Expertengruppe der Entwickler und Multiplikatoren installiert, die zeitweise ergänzt wurde um Vertreterinnen und Vertreter der Lehrbildungszentren aller fünf hessischen Universitäten.



Das entwickelte, erprobte und evaluierte „Professionalisierungsportfolio“ kann in vorstrukturierter Form alle Lernbereiche, Lernergebnisse und erworbenen Kompetenzen in einem „Prozessportfolio“ erfassen und individuell einer Bewertung zugänglich machen. Es bleibt im alleinigen Besitz der Anwender. Einzelne angebotene und bearbeitete Bilanzdokumente, ergänzt um Zertifikate, validierte Nachweise, Würdigungsberichte, Besprechungsprotokolle über Unterricht, Zielvereinbarungsprotokolle, Ergebnisse von Assessmentverfahren und andere Portfolios können in ein „Referenzportfolio“ übertragen und dort abgelegt werden. Dieser Teil sollte mit Zustimmung der Anwender einer Beratung und Bewertung zugänglich gemacht und in eine fremdevaluierende Reflexion einbezogen werden können. Daraus entstandene validierte und zertifizierte Dokumente werden für den Teil eines „Profilportfolios“ zusammengestellt, das anforderungsorientiert für jeweils unterschiedliche Zwecke personaler Entscheidungen genutzt wird.

Doch was nun? Trotz all dieser Vorarbeiten ist in der „kleinen Lehrbildungsreform“ nur relativ unverbindlich und begrifflich inkonsistent von „Port-

folio“, „Qualifikationsportfolio“ und „Studienportfolio“ die Rede. Das weicht von einem Lehrerleitbild ab, das differenziert, transparent und konsistent mit einem Portfolio berufsbioграфische Professionalisierungsprozesse von Studierenden, Quereinsteigern, Lehramtsanwärtern, Lehrkräften und Funktionsstellenbewerberinnen und -bewerbern in allen Formen des Kompetenzerwerbs würdigt und anrechnet. Eine Reform der Lehrerbildung hätte diese individuelle Wertschätzung auch im institutionellen Rechtsrahmen widerspiegeln müssen, sie hätte sich zumindest um Kontinuität in der Herausbildung einer verbesserten Feedbackstruktur in Schule und Ausbildung bemühen müssen. So aber bleibt die vielzitierte „selbstständige Schule“ eine administrative Vision ohne das Ziel des stabilisierenden Rückgrats einer notwendigen Reflexionskompetenz, aus der Prozesse des Lehrens und Lernens mit denen des Schul- und Wissensmanagements professionell verbunden werden.

**Dr. Harry Neß**

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt

Weitere Infos auf dem Bildungsserver: <http://lakk.bildung.hessen.de/afl/pp/index.html>

# Hochschule neuen Typs?

Forschungsanstalt Geisenheim soll zur Hochschule ausgebaut werden

In der kleinen Stadt Geisenheim existiert seit 1872 eine Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Oenologie und Getränkeforschung, die auf ihrem Gebiet als international renommiert gilt und für die dort gezüchtete Rebe *Müller-Thurgau* alias *Rivaner* sowie ihre Limonade, die *Campunade*, bekannt ist. Durch einen Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) soll ihre Bekanntheit nun weiter gesteigert werden. Sie hat derzeit etwas mehr als 260 Beschäftigte in Labor, Gewächshaus, Freiland, Keller und Verwaltung, 23 Wissenschaftliche Mitarbeiter und 20 Professorinnen und Professoren. Zwei zentrale Anliegen, die Zusammenführung von Forschung und Lehre und die Verleihung des Promotionsrechtes, sollen aus der bisherigen Forschungsanstalt Geisenheim eine Hochschule neuen Typs machen. Hierfür werden die aktuell 1.000 Studierenden, die bisher Lehrveranstaltungen der Forschungsanstalt Geisenheim besuchen, aus der Hochschule Rhein Main ausgegliedert und der neuen Hochschule zugeführt. Gleichzeitig erhält die dann neue Hochschule das Recht, im Verbund mit anderen Univer-

sitäten – z.B. der Universität Gießen – Promotionen durchzuführen. So weit, so gut, will man meinen.

Doch der Teufel steckt wie so oft im Detail. Bisher haben die (Fach-)Hochschulen nicht das Recht, eigenständige Promotionen durchzuführen. Dies gebührte exklusiv den Universitäten. Hier betritt die Landesregierung mit ihrem Entwurf tatsächlich Neuland in Hessen, schafft dieses Privileg der Universitäten nicht ab, kratzt aber an diesem. Zugleich stützt sie das exklusive Privileg der Universitäten im Sinne des Wissenschaftsrates durch die Verpflichtung auf kooperative Promotionsverfahren. Für einen flüssigeren Verbund wären Überlegungen zum Aufbau einer Gesamthochschule ganzheitlicher. Eine Hochschule eigener Art hat der Wissenschaftsrat 2010 in seinen Empfehlungen zur Rolle von Fachhochschulen vorgeschlagen. Nun soll er während der parlamentarischen Beratung das Geisenheimer Vorhaben begutachten.

## Promotionsrecht umstritten

Warum jedoch ausgerechnet in Geisenheim? Ehrlich gesagt: Wir wissen es nicht genau. Vielleicht verbergen sich hinter der Initiative eine Mischung aus engagierten CDU-Lokalpolitikern und ein genereller Trend zur weiteren institutionellen wie finanziellen Ausdifferenzierung des hessischen Hochschulsystems. Zumindest gelten alle Argumente, die einem für die langfristige Verleihung des Promotionsrechtes an eine dann bestehende Hochschule Geisenheim einfallen, in gleichem Maße für alle Hochschulen. Aus gewerkschaftlicher Perspektive erscheint die Angleichung zwischen Hochschulen und Universitäten auch im Falle des Promotionsrechtes durchaus attraktiv. Hier ist der Schritt der Landesregierung sehr zaghaft und das Bild der Hochschule neuen Typs in Geisenheim beginnt zu verschwimmen.

Zahlreiche weitere Punkte im Gesetzesentwurf bestärken diesen Eindruck. Bisher existiert an der Anstalt Geisenheim ein großes beratendes Kuratorium, dem unter anderem in der Geträn-

gewirtschaft und im Gartenbau tätige Vertreter angehören, aber auch der Verein der Ehemaligen und benachbarte Kommunen. Zentrale Entscheidungen fällt der Verwaltungsrat, so die Aufstellung des Haushalts, in dem die Fachministerien des Landes und des Bundes das Sagen haben. Geleitet wird sie von einem machtvollen wissenschaftlichen Direktor, der sich mit den Institutsleitern ins Benehmen zu setzen hat.

Diese Anstaltsverfassung, deren Einzelheiten bisher der Wissenschaftsminister regelte, soll gesetzlich in die gleiche Verfassung wie die an den vorhandenen Hochschulen überführt werden mit ihrer Machtverteilung zwischen Präsident, Senat und Hochschulrat. Wenn schon das Postulat einer Hochschule neuen Typs ernst gemeint sein soll, bestünde die Aufgabe in einer Fortentwicklung bestehender, beteiligungsorientierter Entscheidungsstrukturen. Wenn schon an der Einrichtung eines Hochschulrates festgehalten wird, sollte dieser auch Akteure und Verbände der Arbeitswelt, des Umweltschutzes und der Verbraucheranliegen repräsentieren.

Des Weiteren ergeben sich durch eine neue Hochschule finanzielle Probleme. Bisher hat die Landesregierung nichts dazu gesagt, woher sie die nötigen Mehrausgaben von mindestens vier Millionen Euro in den nächsten Jahren nehmen möchte. Viele Befürchtungen gehen in die Richtung, dass die Neugründung langfristig zu Lasten aller anderen hessischen Hochschulen gehen könnte. Auch kann die neue Hochschule Geisenheim nicht alle administrativen Aufgaben übernehmen, die ihr aufgetragen werden. Hierfür muss sie in Teilen neue Verwaltungsstrukturen aufbauen oder Serviceleistungen extern einkaufen. Ob zusätzliche Aufgaben und externe Servicedienstleister zu guten Arbeitsbedingungen beitragen, ist mehr als fraglich.

Noch mehr Verwirrung kommt auf, wenn im Gesetzesentwurf Paragraphen geändert werden, die mit einer neuen Hochschule Geisenheim überhaupt nichts zu tun haben. So wird das Mitwirkungsrecht der Senate aller hessi-





schen Hochschulen in der Besetzung von Berufungskommissionen gestrichen. In den Fällen, in denen dieses Recht angewendet wird, wirkt es konstruktiv für ergebnisoffene Besetzungsverfahren. Es zu streichen stellt einen weiteren Punkt in einer langen Reihe von Maßnahmen der systematischen Entdemokratisierung der Personalpolitik an Hochschulen dar.

Wenn aber eigentlich die Durchführung von Promotionen das Ziel ist, könnte die Forschungsanstalt bei Bei-

behaltung eines gewissen Sonderstatus auch in die Hochschule Rhein-Main integriert werden. Die bisherigen Gelder gingen an die Hochschule Rhein-Main plus eines gewissen Sockelbetrages für zusätzliche Verwaltungsaufgaben. Auch dem Anspruch der Zusammenführung von Forschung und Lehre wäre auf diese Weise Rechnung getragen. Die Kunsthochschule Kassel beweist, dass ein eigener Bereich als Hochschule innerhalb einer Universität weithin sichtbar sein kann. Auf diese Weise wäre

allen gedient, außer vielleicht den Lokalpolitikern in Geisenheim und der Landesregierung, die auf eine weitere institutionelle Differenzierung des Hochschulsystems setzt.

**Tobias Cepok und Ulrich Heinz**

Tobias Cepok ist Referent für Jugendbildung, Hochschule und Forschung der GEW Hessen, Ulrich Heinz Gewerkschaftsbeauftragter beim Hauptpersonalrat Wissenschaft und Kunst

## GEW-Erfolg an Hochschulen

Die Beschäftigten der Hochschulen waren vom 7. bis zum 9. Mai – und damit schon vor den anderen Landesbeschäftigten – zur Wahl ihrer Personalvertretungen aufgerufen. Insgesamt geht die GEW, die für die Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder gemeinsam mit ver.di angetreten ist, gestärkt aus den Wahlen hervor. Bei der Wahl zum Hauptpersonalrat beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gewann die gemeinsame Liste mit 54% die Mehrheit der Stimmen, so dass sie nun vier anstelle von bislang drei Mitgliedern stellt. In Zukunft werden daher für die GEW *Karla Kamps-Haller* (Hochschule RheinMain) und *Michael Hoffmann* (Justus-Liebig-Universität Gießen) die Interessen der Beschäftigten im Hauptpersonalrat vertreten.

Auch bei den örtlichen Personalratswahlen haben die gemeinsamen Listen zahlreiche Sitze in den Personalräten gewinnen können: An den Universitäten Kassel und Gießen erzielten sie mit einer deutlichen Mehrheit der Stimmen (73% in Kassel und 66% in Gießen) jeweils fünf von sieben Sitzen in der Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder. An der Philipps-Universität Marburg erreichten GEW und ver.di mit 40% der Stimmen drei Sitze im örtlichen Personalrat. Besonders starke Zuwächse erzielte die gemeinsame Liste an der Goethe-Universität-Frankfurt, an der sie mit einem Ergebnis von 73% in Zukunft neun Personalratsmitglieder stellt.

Während die gemeinsame Liste von GEW und ver.di bei den Wissenschaftlichen Mitarbeitern 9 der 12 Sitze erreichte, konnte ver.di auch bei den tech-

nisch-administrativen Mitarbeitern die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Von den 7 Sitzen konnten 4 erobert werden. Bei den Beamtinnen und Beamten gab es mit einem Sitz für ver.di keine Veränderung.

Sicherlich spielte bei der Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter auch die für Frankfurter Verhältnisse extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 10,9% eine Rolle. Denn durch eine aktive Mobilisierung in der letzten Woche vor der Wahl ist es den Gewerkschaftern an der Goethe-Uni eher gelungen ihre Unterstützerinnen und Unterstützer an die Urnen zu bringen als der „Freien Liste“, die hochschulweit nicht wahrnehmbar war. Dazu kam die Tatsache, dass die gemeinsame Liste von GEW und ver.di bei den Wissenschaftlern über die Fachbereiche hinweg breit aufgestellt war. Und schließlich haben die Beschäftigten auch wahrgenommen, dass die Gewerkschaftern an der Goethe-Universität von 2008 bis zum heutigen Tage konsequent an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer „Stiftungsuniversität“ festgehalten haben. Anders als die Universitätsspitze steht die große Mehrheit der Beschäftigten dem „Projekt Stiftungsuniversität“ indifferent bis ablehnend gegenüber. Von den vor vier Jahren propagierten Verheißungen ist heute kaum noch die Rede. Ganz im Gegenteil machen sich die vom Präsidium geforderten „Konsolidierungsbeiträge“ als Folge der vom Land oktroyierten Sparpolitik („Schuldenbremse“) mit einem Einsparvolumen von 9 Millionen Euro nach und nach bemerkbar. Ohne schlecht bezahlte Lehraufträge würde der Lehrveranstal-

tungsbetrieb nicht mehr aufrechterhalten werden können. Der neugewählte Personalrat der Goethe-Universität wird seine ganze Kraft in die Waagschale legen müssen, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen.

**Wolfgang Richter-Girard und Roman George**



Gewählt: Karla Kamps-Haller (GEW)



Gewählt: Michael Hoffmann (GEW)



# Standhalten in Dasein

## Überlegungen in Zeiten von PISA und Zentralabitur

Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen zur Abschreckung in Ost und West, wirtschaftliche Stagnation mit struktureller Arbeitslosigkeit nach zwei Ölpreiskatastrophen, Szenarien vom Umweltkollaps durch grenzenlose Ausbeutung des Planeten: Zum Ende des zurückliegenden Jahrhunderts, während der 80er Jahre, herrschten andere sozioökonomische Rahmenbedingungen. Da passte das akademische Studium, halfen erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Begleitveranstaltungen zum Begreifen der Verhältnisse – zum „Standhalten im Dasein“, so der Titel des Darmstädter Pädagogen *Hans Jochen Gamm* über „Friedrichs Nietzsches Botschaft für die Gegenwart“ (List Verlag, München 1993).

Seitdem haben sich mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs, der Vorhersage eines *Clash of Civilizations* und dem prognostizierten Klimawandel die Herausforderungen verändert, vielfach zugespitzt. In unruhigen Zeiten sein Gleichgewicht halten – dieser Anspruch an das Subjekt bleibt.

Es komme darauf an, „eine stimmige Idee von der Welt zu entwickeln und sie unter wechselnden Umständen in ihrem Kern durchzuhalten“, sagte

*Udo di Fabio* im Gespräch mit *Michael Hesse*, und Freiheit bedeute mehr, „als sich von Fesseln zu lösen“ (Frankfurter Rundschau vom 27.3.2012).

Ganztagsschule, flächendeckendes Landesabitur, bald zentrale Reifeprüfung in der gesamten Republik, Bildungsstandards, Evaluationsstudien von der Vorschule bis zum Ende der Schulzeit und darüber hinaus. Die ernüchternden Ergebnisse vieler PISA-Erhebungen haben eine breite Veränderung im deutschen Schulsystem hervorgebracht! Schule hat sich geöffnet! Und wie steht es um ihr Kerngeschäft?

„Endlich raus aus dem Rotstiftmilieu!“, las man während der Abiturprüfungen auf dem Transparent vor einem Frankfurter Gymnasium. Weg, nur fort vom verhassten Ort des Wettbewerbs! Nie wieder Teil einer Veranstaltung zum Zwecke des ständigen Vergleichs! Raus aus den Klassenräumen, in denen junge Menschen auf ihren Notenwert reduziert werden.

Ist das das Fazit eines Abiturienten nach vielen Schuljahren auf der Schwelle zum eigenverantwortlichen Leben?

„Freiheit, Party, das wahre Leben – danach sehnen sich die Schüler. Und trinken darauf. Abiturienten feiern das Ende der schriftlichen Prüfungen.“ (Frankfurter Rundschau vom 31.3.2012)

Schriftliches Zentralabitur – da müssen alle durch. Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer. Hinter ihnen liegen (mal wieder) drei Jahre des Lehrens und gemeinsamen Lernens in der Oberstufe. Durch die Einführung des Landesabiturs ist das zeitaufwändige Konzipieren von Prüfungsaufgaben durch die einzelne Lehrkraft erfreulicherweise überflüssig geworden. Aber der Preis standardisierter Aufgaben zum Zweck des landes- und vielleicht auch bald bundesweit organisierten „objektiven“ Leistungs- und Notenvergleichs ist hoch.

Kurse, Klassen, Lerngemeinschaften lassen sich aber nicht über einen Kamm scheren. Sie lassen sich, wenn überhaupt, nur schwer miteinander vergleichen. In einem Lernszenario finden

unterschiedliche Menschen zueinander. In dieser Dynamik besteht die Chance, sich einzeln und als Gemeinschaft zu entwickeln. Fragil ist diese Konstruktion und insofern schützenswert. Dies ist der grundlegende Unterschied zum Wettbewerb unter ökonomischen Verwertungsinteressen.

Keine Frage, die zu lösenden Abituraufgaben sind fair gestellt. Man spürt, dass an den Schreibtischen der Büro-

„As long as I have eyes to see with,  
a nose to smell with,  
and ears to hear with,  
what do I care  
if some four-eyed son of a bitch  
invents a machine  
to measure spring with?“

(E. E. Cummings)

kratie sorgfältig und gewissenhaft gearbeitet wurde. Ob eine verständliche Formulierung getroffen wurde, ob eine entsprechende Materialauswahl erfolgte, dies mag im Einzelfall in den dafür zuständigen Schulfachschaften begleitend zu erörtern sein. Die leidige, oberlehrerhafte Diskussion vieler Beteiligter und Betroffener um Anspruch und Niveau des Zentralabiturs ist umso bedauerlicher, da doch jeder die Schwierigkeit kennt, den „richtigen“ Ton in Klausuren zu treffen. Schließlich haben sich die Lehrerinnen und Lehrer die Fähigkeit, Aufgaben zu konzipieren, die den Erfolg des Lernprozesses überprüfen können, auch nur autodidaktisch angeeignet. Eine grundständige Aneignung dieses fundamentalen Bewertungsmittels ist weder im Studium noch im Referendariat Gegenstand der Ausbildung gewesen.

Was bleibt folglich den vom Zentralabitur betroffenen Lehrern, die sich dem Wohl der ihnen Anvertrauten verpflichtet fühlen, die die Frage nach dem Kerngeschäft schulischer Anstrengungen stellen?



- Vor allem sollten sie trotz zunehmender Vorgaben durch zentrale Abschlussprüfungen die Freiheiten des Lehrplanrahmens nutzen.
- Und sie sollten sich immer wieder der „Generalkritik“ stellen, dass „seit 250 Jahren (...) die Bildung das Ideal, aber die Paukschule die Realität“ ist.
- Und sie sollten nach einem neuen Verständnis von Lernen suchen. Angesichts des rasant gewachsenen Wissens kann es „keine verbindliche Liste von Gegenständen der Natur oder Kunst mehr geben, mit denen sich alle beschäftigen sollten.“ Lehrer können heute Schülern nur helfen, „etwas zu finden, zu dem sie eine innere Beziehung

ausbilden.“ (Torsten Harmsen: „Was soll mein Kind noch lernen?“, Frankfurter Rundschau vom 24.3.2012)

Als Pädagoge ist man Teil der Institution Schule. Hier ist man selbst vor langen Jahren sozialisiert worden. Im sich anschließenden akademischen Studium erfolgte die Aneignung eines praktischen, mehr theoretischen Rüstzeugs, heutzutage vielfach angereichert durch anderweitige Berufserfahrungen. Im Referendariat vertiefen und verfeinern sich Fähigkeiten und Fertigkeiten im Umgang mit dem schulischen Lernstoff und mit den unterschiedlichen Schülergruppen. An der Schulrealität schleifen sich Ecken

und Kanten. Im System der jeweiligen Schule schließlich reift mit den Jahren die Routine, besteht die Chance zur Virtuosität.

Es ist die von der Gesellschaft übertragene Verantwortung, dem Heranwachsenden bei seiner Suche und Ausgestaltung seiner Anlagen den fördernden Rahmen zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit zu bieten – in Achtsamkeit vor Anderem und Anderen. Daran sind die PISA geschuldeten Neuerungen zu messen. In dieser Diskussion mögen Kollegen, Schüler und Eltern ihr eigenes Urteil finden.

Frank Krämer, Frankfurt

## In memoriam: Rainer Domisch

Im August 2011 starb der Bildungsexperte *Rainer Domisch* im Alter von 65 Jahren in seiner finnischen Wahlheimat. Der Deutsch- und Englischlehrer lebte seit 1979 in Finnland, erst als Lehrer an der Deutschen Schule Helsinki, dann als Fachberater für Deutschlehrer und als Mitarbeiter im finnischen „Zentralamt für Unterrichtswesen“. *Andrea Ypsilanti* berief ihn als Bildungsexperten und möglichen Kultusminister in ihr Wahlkampfteam für die Landtagswahl in Hessen im Jahr 2008.

Wer als Schulpraktiker wie wir *Rainer Domisch* nach dem PISA-Schock zu Beginn des letzten Jahrzehnts näher kennengelernt hat, dem wird vieles in dem nun vorliegenden Buch nicht neu sein. Für uns war er ein zuverlässiger Begleiter auf mehreren Tagungen der Lehrerfortbildung, in denen er Kolleginnen und Kollegen das finnische Bildungswesen anschaulich schilderte und dessen Ethos mit der Formulierung auf einen Punkt brachte, die er und *Anna Klein* zum Titel des Buches machten: „Niemand wird zurückgelassen.“ Es war auch sein ganz persönliches Ethos.

Anne Klein hat nach seinem Tod mit der Fertigstellung dieses Bands einen unschätzbaren Beitrag dafür geleistet, dass Rainer Domischs pädagogisches Vermächtnis als Vermittler grundlegender Erkenntnisse aus dem finnischen Schulwesen erhalten bleibt: Schule kann dazu bei-

tragen, gesellschaftliche Ungleichheit zu verringern, demokratische Teilhabe auch für Benachteiligte zu ermöglichen und Bildung als Kulturgut für alle erreichbar zu machen. Im Umkehrschluss wird allerdings durch das Buch auch deutlich, dass die gesammelte politische Bildungselite Deutschlands zehn Jahre lang vor allem eines getan hat: sich dieser in Finnland materialisierten Erfahrung zu widersetzen und sie mit zahlreichen kurzlebigen Projekten zur „Schulqualität“ zu vernebeln. Dazu kommt, dass die chronische Unterfinanzierung des deutschen Bildungswesens durch falsche Weichenstellungen noch verschärft wird. Wir entnehmen aus dem Buch von Domisch und Klein zum Beispiel, dass es in Finnland die Schulinspektoren selbst waren, die für die Abschaffung von Schulinspektionen plädiert haben, während sich das in der Größe vergleichbare Bundesland Hessen ausweislich des Landeshaushaltsplans 40 „Direktoren“ für die Schulinspektionen leistet.

Rainer Domisch und Anne Klein liefern für die schulische Praxis zahlreiche Beispiele pragmatischer finnischer Lösungen für schulische Problemlagen, deren Bewältigung im typisch deutschen Gewirr verästelter Zuständigkeiten und kleinstaatlicher Eifersüchteleien scheinbar unmöglich ist. Die Entscheidung der Autoren, Berichte finnischer Lehrerinnen und Lehrer über ihre Erfahrungen in deutschen und finnischen Schulen ihren Texten hinzu-



*Rainer Domisch und Anne Klein: Niemand wird zurückgelassen. Carl Hanser Verlag, München 2012. 16,90 Euro, 240 Seiten*

fügen, macht deutlich, dass in Finnland in schulpolitischen Fragen die Stimme der Praktiker und die Wirkung vor Ort wirklich zählen.

Die deutsche Erziehungswissenschaft, das wird in den von Anne Klein hauptsächlich verantworteten Kapiteln deutlich, bewegt sich noch immer viel zu sehr in einem selbstreferentiellen Rahmen, der weder von Praktikern noch von den viel zitierten „Betroffenen“ verstanden werden kann. Der eher akademische Diskurs über „Inklusion“ hat die demokratische Teilhabe von Bildungsbenachteiligten in Deutschland wenig vorangebracht. Rainer Domischs bildungspolitisches Schaffen in Deutschland war dagegen von Konkretion, Engagement und Zuwendung zu allen Gesprächspartnern geprägt. Und diese Zuwendung ist glücklicherweise auch der Grundton des Buches: Keiner bleibt zurück!

Horst Paul Kuhley, Elisabeth Gessner  
Forum Lesen Kassel





# Soziale Ungleichheit

## Neue Forschung belegen bedrohliche Spaltung

Drei Forschungsstudien aus jüngerer Zeit liefern – unabhängig voneinander – zentrale diagnostische Befunde, die übereinstimmend und sich gegenseitig verstärkend auf eine bedrohliche gesellschaftliche Spaltung und „Demokratieentleerung“ in Deutschland hinweisen. Die Studien weisen nach, dass unter den gesellschaftspolitischen Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit Angehörige der oberen sozialen Schichten zunehmend sozial schwache Bevölkerungsgruppen ausgrenzen. Die sozial „abgehängten“ Schichten reagieren auf den Verlust sozialer Teilhabe und den daraus resultierenden Mangel an politischen Wirksamkeitsüberzeugungen mit Hoffnungslosigkeit und Desinteresse an politischer Partizipation. Dass mit wachsender Ungleichheit in Deutschland auch die Zahl der Menschen in sozial benachteiligten und prekären Lebenslagen zunimmt, ist eine bekannte Tatsache. Neu ist in diesem Zusammenhang, dass Angehörige der oberen Einkommens- und Statusgruppen im Umgang mit sozial Schwachen rechtspopulistische Einstellungen zeigen.

### Jargon der Verachtung

Prof. Wilhelm Heitmeyer, Leiter für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, hat seit 2000 im Rahmen einer zehnjährigen Langzeitstudie Erscheinungsweise, Ursachen und Entwicklungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland erforscht und die Ergebnisse unter dem Titel „Deutsche Zustände“ jährlich veröffentlicht. Im zehnten Band stellt er 2010 heraus, dass in zunehmendem Maße Angehörige der oberen Schichten eine geringe Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen zeigen und ihre Privilegien mit der Stigmatisierung dieser Gruppen verteidigen. Auch namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft macht Heitmeyer verantwortlich für die Verbreitung der „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ und für „einen semantischen Klassenkampf“ von oben gegen „die da unten“.

Es gibt keine Scheu, sich im Jargon der Verachtung über Hartz-IV-Empfänger, Langzeitarbeitslose und Migranten auszulassen und damit soziale Ungleichheit offensiv zu legitimieren. *Sarrazins* Thesen gegen Migranten und die mediale Aufmerksamkeit, die man ihm dafür gewidmet hat, bezeugen dies.

### Wie ticken Jugendliche?

Das Heidelberger *SINUS-Institut für Markt- und Sozialforschung* hat unter anderem im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Lebenswelten von Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren erforscht und die Ergebnisse 2012 unter dem vielsagenden Titel „Wie ticken Jugendliche“ veröffentlicht. Es ist eine qualitative Grundlagenstudie, die Jugendliche aus allen Milieus authentisch zu Wort kommen lässt: in Einzelinterviews, mit eigenen schriftlichen Aufzeichnungen und Fotos ihrer Zimmer.

Die Forschergruppe kommt zu ähnlich alarmierenden Ergebnissen wie Heitmeyer. Sie kann nachweisen, dass die soziale Ungleichheit zu sozialer Spaltung unter den Jugendlichen führt. Jugendliche aus den oberen sozialen Schichten grenzen sich von sozial benachteiligten Jugendlichen ab. Sie werfen ihnen Faulheit, Mangel an Leistungsbereitschaft und an Eigenverantwortung vor. „Abgehängte Jugendliche“ aus dem prekären Milieu reagieren darauf mit Resignation und Pessimismus. Sie erleben vor allem Schule als Ort des Konflikts, des Misserfolgs und der Demütigung.

Deckungsgleich zeigt sich bei Erwachsenen und Jugendlichen aus begünstigten Milieus die tendenzielle Bereitschaft, anstelle des Solidarprinzips gnadenlos das Selbstverschuldungsprinzip gegen leistungsschwächere Gruppen anzuwenden. Die gesellschaftliche Lektion ist bei den Jugendlichen angekommen. Sie haben die Abwertungsmuster ihrer sozialen Milieus und der „rabiatischen Elite“ übernommen und vollziehen sie in ihren Einstellungen nach.

### Eigennutz der Eliten

Die *Otto Brenner Stiftung* hat in einem Projekt „soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland“ erforscht lassen und die Ergebnisse im Februar 2012 veröffentlicht. Der Autor *Sebastian Bödeker* weist nach, dass Bildung in Verbindung mit dem sozioökonomischen Status der entscheidende Faktor für politische Wirksamkeitsüberzeugung und Partizipation ist. Je prekärer die Lebenslage, desto weniger Beteiligung. Das gilt für Wahlen, aber auch in einem noch stärkeren Maße für nicht institutionalisierte Partizipationsformen wie Proteste. Seine zentrale These lautet, dass aufgrund der sozialen Bedingtheit politischer Partizipation unter den Bedingungen sozialer Ungleichheit in Deutschland das demokratische Prinzip der politischen Gleichheit ausgehöhlt wird.

Die sozial selektiven Effekte bei Wahlen konnte sich zum Beispiel die elitäre Elterninitiative „Wir wollen lernen“ beim Hamburger Volksentscheid zunutze machen. Sie konnte unter anderem wegen der geringen Wahlbeteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen die Verlängerung der Grundschulzeit von vier auf sechs gemeinsame Jahre verhindern. Dieser kleine Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder der unteren sozialen Schichten scheiterte am Eigennutz von Angehörigen der oberen sozialen Schichten.

Dr. Brigitte Schumann

- Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Edition Suhrkamp 2010
- Marc Culmbach und andere: Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14–17 Jahren in Deutschland. SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH Heidelberg und Berlin. Verlag Haus Altenberg 2012
- Sebastian Bödeker: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland, Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft, OBS-Arbeitspapier Nr. 1, Download: [www.otto-brenner-shop.de](http://www.otto-brenner-shop.de)

# Die Göttinger Sieben

## Eine Ausweisung vor 175 Jahren

Vor 200 Jahren, 1812, erschien der erste Band der „Kinder- und Hausmärchen“ der Brüder Grimm, der zweite folgte 1815. Die Medien feiern den Geburtstag heftig, denn nach wie vor werden die Märchen von Kindern geliebt. *Jacob* und *Wilhelm Grimm* waren einst jedoch weniger als Märchensammler und -bearbeiter berühmt. Als Wilhelm 1859 und Jacob 1863 starben, trauerte man um beide als große Sprachforscher und couragierte Mitglieder der Göttinger Sieben. Von 1830 an lehrten beide an der Göttinger Universität, der einzigen im Königreich Hannover. Sieben ihrer 32 Professoren zeigten Zivilcourage, als der neue König *Ernst August* 1837 die seit vier Jahren gültige moderate Verfassung annullierte. Auch die Mehrheit der 900 Studenten protestierte gegen die absolutistische Willkür. Da ihre überwältigende Solidarität mit den mutigen Göttinger Sieben leider in Vergessenheit geriet, soll hier an sie erinnert werden.

Die absolutistische Maßnahme löste im Lehrkörper heftige Debatten aus, hatten doch alle ihren Eid auf die nun selbstherrlich annullierte Verfassung geschworen. Nur sieben Professoren fanden am Ende den Mut, ihrem Gewissen zu folgen und am 18. November 1837 einen Protestbrief „unterthänigst“ zu unterzeichnen: Der Historiker *Dahlmann*, der den Text entworfen hatte, der Jurist *Albrecht*, die Philologen *Jacob* und *Wilhelm Grimm*, der Historiker *Gervinus*, der Orientalist *Ewald* und der Physiker *Weber*. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese uns heute harmlos erscheinende Tat unter den Studenten. Sie gelangten an eine Abschrift, die sie kopierten und auch an die Presse ihrer Heimatorte schickten. Der Augenzeuge *Oppermann* überliefert:

„Verfasser fand am 20. November gegen Abend in der Stube eines befreundeten Studenten elf Personen, die sämtlich die Protestation nach einem Dictate aufzeichneten. Kaum waren die Abschriften fertig, als sie auch schon in Empfang genommen wurden, um an ebensoviel anderen Orten vervielfältigt zu werden.“

So war der Willkürakt bald in allen deutschen Staaten bekannt. Das hin-

derte Ernst August nicht, die sieben Unterzeichner fristlos zu entlassen und drei von ihnen – *Dahlmann*, *Gervinus* und *Jacob Grimm* – des Landes zu verweisen. Innerhalb von drei Tagen mussten sie das Königreich Hannover verlassen. Am 14. Dezember um 14 Uhr wurden die Schreiben ausgehängt, und schon eine Stunde später versammelten sich hunderte Studenten auf der Weender Straße. Sie gingen erst auseinander, als das von auswärts verstärkte Militär Verhaftungen vornahm, versammelten sich aber am nächsten Morgen erneut. Vivats vor den Häusern der Gefeuerten wurden unterbunden, eine Versammlung von 400 Studenten im Gasthaus am Hainberg auseinandergetrieben. Sie konnte gerade noch beschließen, dass keiner das Kolleggeld von den Entlassenen zurückfordern sollte. Nun stellten auch etliche sympathisierende Professoren aus Protest ihre Vorlesungen ein. Damit die Studenten den drei Ausgewiesenen kein Geleit geben konnten, verbot die Polizei, Mietkutschen und Reitpferde zu verleihen. So pilgerten über 200 Studenten in der eisigen Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1837 zu Fuß nach Witzenhausen, dem Grenzort auf kurhessischer Seite. Sie mussten einzeln laufen, da Militär die fast 30 Kilometer lange Strecke kontrollierte. Als am 17. Dezember die beiden Kutschen mit *Dahlmann*, dessen Frau krank in Göttingen lag, sowie *Jacob Grimm* und dem Ehepaar *Gervinus* heranrasselten, spannten die Studenten die Pferde aus und zogen sie eigenhändig über die Werrabrücke. Unter Tränen wurden Vivats gerufen. Im Witzenhausener Gasthaus „Zur Krone“, das bis heute existiert, war ein Mahl vorbereitet. Da aber so viele Menschen nicht hineinpassten, schloss der Bürgermeister den Rathausaal für die Abschiedsreden auf. In seinen Erinnerungen schildert *Jacob Grimm*, wie auf kurhessischem Boden eine Frau ihren Enkel aufforderte: „Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling.“ Doch in Kassel, wohin die Verbannten und ihr Geleit von 60 Studenten weiterfuhren, wurden sie nur widerstrebend aufgenom-



Die Göttinger Sieben in einer Lithografie von Carl Rohde 1837/1838 (von links nach rechts): oben: *Wilhelm Grimm*, *Jacob Grimm*  
Mitte: *Wilhelm Eduard Albrecht*, *Friedrich Christoph Dahlmann*, *Georg Gottfried Gervinus*  
unten: *Wilhelm Eduard Weber*, *Heinrich Georg August Ewald*

men. 20 Studenten auf einem Leiterwagen mussten schon vor dem Stadttor umkehren, die restlichen waren zu erschöpft dazu. *Jacob Grimm* kroch bei seinem Bruder *Ludwig Emil* unter, *Gervinus* ging weiter über Darmstadt nach Heidelberg und *Dahlmann* schließlich nach Leipzig. Hier wie auch in Hamburg hatten sich Solidaritätskomitees gebildet, die die nun Brotlosen finanziell über Wasser hielten. Im gesamten deutschsprachigen Raum wurde die Göttinger Auflehnung als politische Demonstration gegen ein überholtes System begriffen und heftig begrüßt, gäerte es doch bereits überall in dieser Zeit des Vormärz. Bereits 1832 hatte man auf dem Hambacher Fest Pressefreiheit gefordert. Bereits 1834 hatten der Gießener Student *Georg Büchner* und der Butzbacher Rektor und Pfarrer *Friedrich Ludwig Weidig* im Schutz des rauschenden Lahn-Wasserfalls an der Badenburg den Titel „Krieg den Palästen – Friede den Hütten“ für ihren „Hessischen Landboten“ gefunden. 1837 legten die Göttinger Sieben und die Göttinger Studenten einen weiteren Mosaikstein auf den Weg zur Revolution von 1848. Ja, unsere Geschichte bietet auch Glanzlichter!

Ursula Wöll

## Wir gratulieren im Juni ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Klaus Baldner, Frankfurt  
 Mario Berger, Gießen  
 Dietmar Bittner, Bad Hersfeld  
 Jürgen Burck, Wiesbaden  
 Brigitte Bustorf,  
 Niestetal-Sandershausen  
 Reiner Diederich, Frankfurt  
 Susanne Doblies-Kerl, Weißenborn  
 Erika Engelhardt-Kromarek, Frankfurt  
 Helga Garscha, Marburg  
 Brigitte Gensicke, Bad Arolsen  
 Birgitt Gibson, Dietzenbach  
 Gisela Hanefeld, Kirchhain  
 Beate Harbich-Schönert, Nidda  
 Frank Hein, Frankfurt  
 Ulrike Hick, Marburg  
 Armin Huth, Gießen  
 Hans-Joachim Jurecka, Gießen  
 Gerhard Kafitz, Kaiserslautern  
 Ingeborg Klug, Cölbe  
 Manfred Krieger, Hattersheim  
 Marlotte Kröber, Frankfurt  
 Thomas Kuhn, Rödermark  
 Brigitte Kustosch, Marburg  
 Dieter Lober-Sies, Oberursel  
 Gisela Müller-Budde, Groß-Gerau  
 Gerhard Rabe, Bebra-Breitenbach  
 Ralf Schaper, Kassel  
 Martin Schaub, Rotenburg  
 Rainer Schell, Frankfurt  
 Manfred Schiwy, Darmstadt  
 Wolfram Schnell, Wartenberg  
 Joachim Schröder, Kassel  
 Manfred Seiler, Groß-Gerau  
 Therese Sicars, Mühlthal  
 Peter Steinberg, Frankfurt  
 Elke Thomas, Frankfurt  
 Renate Zingel, Frankfurt

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Wilma Aden-Grossmann, Kronberg  
 Karl-Werner Althans, Lohfelden  
 Friedrich-Karl Baas, Immenhausen  
 Bernhard Debus, Biedenkopf  
 Karlheinz Frank, Fritzlar  
 Robert Hahn, Bad Hersfeld  
 Edda Krull, Wiesbaden  
 Ingrid Kuning, Oberursel  
 Helmut Lowin, Taunusstein  
 Horst Schindler, Braunfels  
 Brigitte Trautwein-Koch, Neu-Isenburg  
 Hartmut Uhlig, Merenberg

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Kurt Borger, Reinheim  
 Gisela Brousek-Fischer, Ortenberg  
 Rudolf Heil, Bad König  
 Gerhard Wicke, Frankfurt

### ... zum 75. Geburtstag:

Ruthard Baranowski, Korbach  
 Klemens Borkowski, Frankfurt  
 Günther Leukel, Heuchelheim  
 Wolfgang Schlüter, Lemgow

### ... zum 80. Geburtstag:

Rose-Marie Becke, Bad Homburg  
 Wolfgang Mahler, Edertal  
 Gerhard Wicke, Frankfurt

### ... zum 85. Geburtstag:

Klaus Jahn, Karben  
 Olga Stariat, Bad Sooden-Allendorf

### ... zum 90. Geburtstag:

Ludwig Mück, Frankenberg

### ... zum 104. Geburtstag:

Elisabeth Hellmuth, Freiburg

## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

### Sendungen für die Schule

Montag bis Freitag, 9.30 bis 10.15 Uhr

#### Geschichte, Politik, Geografie

- **Das Römer-Experiment:** achtteilige Reihe, jeden Freitag vom 8.6. bis 27.7.
- **Blinde Wut:** „Nicht mehr auf die Fresse hauen“ (8.6.), Außer Kontrolle? (15.6.), Weggesperrt – Knast als Therapie (22.6.), Wer schlägt, fliegt raus! (29.6.)
- **Wege zum Beruf:** Vom Wert der Arbeit (11.6.), Sich bewerben (18.6.), Qual der Wahl (25.6.)
- **Reiseinfos:** Sabaudia, Mackintosh, Havard (12.6.), Terracina, Donegal, Boston (19.6.)

#### Philosophie, Religion und Ethik

- **Wieder zurück - Maxis Weg nach Hause** (14.6.)
- **Der schönste Tag - Heiraten in Deutschland** (14.6.)
- **Bergab wie der Blitz - Malte fährt über Stock und Stein** (21.6.)
- **Behindert und doch ein Recht auf Arbeit** (21.6.)
- **Jeder Zentimeter zählt - Tobi will den Meter knacken** (5.7.)
- **Im Himmel gibt's kein Fernsehen** (6.7.)

#### Meine Ausbildung

Schüler führen selbst Regie 2012: Vorstellung der Gewinnerfilme des Medienprojektes 2012 (27. und 28.6.)

#### Weitere Reihen

- **Wissen macht Ah!** (jeden Dienstag 9.50-10.15 Uhr)
- **Ich mach's:** Vorstellung von Berufen (jeden Mittwoch 10-10.15 Uhr)
- **Dossiers:** Himmel (18.6.), Essen (25.6.), Körper (2.7.)

## Studienkreis Widerstand

Nach über 10 Jahren präsentiert sich der Internetauftritt des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945 in einem neuen Gewand. Seit dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, ist die neu gestaltete Homepage unter [www.widerstand-1933-1945.de](http://www.widerstand-1933-1945.de) erreichbar. Dort präsentiert sich die in Frankfurt ansässige Einrichtung in moderner Aufmachung und leichter zugänglich als bis-

her. Informationen über die Arbeit des Studienkreises, die Bestände des Dokumentationsarchives, Publikationen, Ausstellungen oder Hinweise auf Veranstaltungen über die NS-Zeit können die Besucher der Internetseite abrufen.

Der Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 widmet sich seit 45 Jahren der Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes und der Verfolgung in der NS-Zeit.

## Studienreise nach Cuba

„Kunst, Kultur, Politik und Erholung“ stehen auf dem Programm der lea-Studienreise vom 14. bis 27. Oktober 2012 nach Cuba mit *Dr. Linda Starbatty*. Programmpunkte sind eine Führung durch die Altstadt von Havanna, der Besuch von kommunalen Projekten, von Kunstgalerien und Museen, Fahrten nach Vinales, Trinidad und Santa Clara und Gespräche mit Gewerkschaften, Wanderungen und Bademöglichkeiten. Mehr unter: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)



## Wissenswert in hr2-kultur

**Radiosendungen für die Schule**  
Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne und interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

### Politik und Wirtschaft

- Wegweisend: Manager begleiten Hauptschüler (11.6.)
- Zehn Jahre Internationaler Strafgerichtshof (29.6.)

### Naturwissenschaft und Technik

- Karl von Frisch, Vater der Honigbienen (12.6.)
- Klimawandel am Amazonas? (13.6.)
- Land unter: Staudämme für den Amazonas? (14.6.)
- Wernher von Braun, eine deutsche Karriere (15.6.)
- Rhythmen der Natur: Sommer (2.7.)
- Harald Lesch erklärt die großen Weltmaschinen: Teleskop in der Wüste (3.7.), Mikroskop in der Schweiz (4.7.), Backofen in der Provence (5.7.), Laser in Darmstadt (6.7.)

### Musik und Kunst

**Beatles forever:** Roll over Beethoven – Musikalische Quellen (18.6.), Beatlemania rund um den Globus (19.6.), Lyrik der Beatles (20.6.), Die Beatles und das schwarze Amerika (21.6.), Die Langzeitwirkung der Beatles (22.6.)

### Philosophie

**Der moderne Herr Rousseau:** Selbstbekenntnisse (25.6.), Das Ich im Mittelpunkt (26.6.), Zurück zur Natur (27.6.), Erziehungsprobleme (28.6.)

## KINDERFUNKKOLLEG IN HR2

„Was glaubst Du denn?“ Funkkolleg für Kinder im Trialog der Kulturen, hr2-kultur, Samstag, 14.45 Uhr

- Was glauben Kinder, die nicht an Gott glauben? (16.6.)
- Lass von Dir hören! Schulprojekte zum Kinderfunkkolleg (30.6.)

Podcast-Angebote „Kinderfunkkolleg“ unter [www.kinderfunkkolleg.de](http://www.kinderfunkkolleg.de); Weitere Zusatzmaterialien und methodische Anregungen auf [www.kinderfunkkolleg-trialog.de](http://www.kinderfunkkolleg-trialog.de).



**Klinik am Leisberg**  
BADEN-BADEN

**Von hier an geht es aufwärts!**

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

**Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

Privatklinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

## Neues Funkkolleg „Wirklichkeit 2.0“

Das neue Funkkolleg zur „Medienkultur im digitalen Zeitalter“ startet am 3. November 2012 in hr2-kultur.

Das Internet setzt sich mehr und mehr als neues Leitmedium durch. Die Digitalisierung erfasst alle privaten und gesellschaftlichen Lebensbereiche. Welche Vorteile und welche Risiken ergeben sich daraus? Müssen unsere Vorstellungen von Identität, Freundschaft und politischer Partizipation neu definiert werden? Was bedeutet Lernen, Kommunizieren und soziale Organisation im Netz? Welche Freiheiten hat uns die digitale Revolution gebracht? Mit welchen neuen Abhängigkeiten bezahlen wir dafür? In 23 Radiosendungen, einem Begleitbuch, ergänzenden Veranstaltungen der Volkshochschulen und einer zertifizierten Fortbildungsmöglichkeit wird das Funkkolleg „Wirklichkeit 2.0“ diese Fragen für ein breites Publikum aufbereiten.

Die „Bildungsallianz Funkkolleg“ des Hessischen Rundfunks, des Hessischen Volkshochschulverbands, des „Hessen-campus“ der Goethe-Universität Frankfurt und des Kultusministeriums bietet

zusätzliche Lernmaterialien, didaktisch-methodische Anregungen und die Möglichkeit, sich über eine e-learning-Plattform zu vernetzen.

In diesem Jahr wird das Funkkolleg um einen offenen Onlinekurs erweitert: Der Kurs findet im Netz statt und richtet sich an alle, die sich für die Aspekte der aktuellen Mediengesellschaft interessieren.

Über die erfolgreiche Teilnahme an der Online- und Präsenzklausur kann ein vom IQ akkreditiertes Fortbildungszertifikat erworben werden.

Auch Schülerinnen und Schüler können ein eigenes Zertifikat erhalten. Dieses Zertifikat wird durch eine zentrale Online-Klausur und eine zweite in Absprache mit der betreuenden Lehrkraft frei gewählte Leistung erlangt. Des Weiteren eignen sich die Beiträge und das Onlineangebot als Basis für eine Hausarbeit oder Präsentationsleistung im Rahmen der Realschulprüfung bzw. als besondere Lernleistung im Abitur.

- *Anmeldungen zur akkreditierten Fortbildung ab September 2012, Start des offenen Onlinekurses am 3. November 2012*

## Bildung im Wandel

Das *Studium Generale* der Philipps-Universität Marburg steht im Sommersemester 2012 unter dem Oberthema „Bildung im Wandel“.

- 13. Juni: Bueb und die Folgen – Sehnsucht nach Unterwerfung und falsche Autonomie, mit Prof. Dr. Micha Brumlik (Frankfurt)
- 20. Juni: Weniger Hiebe – mehr Liebe. Empirische Befunde zum Wandel der familiären Erziehung, mit Prof. Dr. Christian Pfeiffer (Hannover)

- 27. Juni: Wie werden Lehrerinnen und Lehrer professionell und was kann Lehrerbildung dazu beitragen? Mit Prof. Dr. Uwe Hericks (Marburg)

- 4. Juli: Rechtsextreme Orientierungen in der jungen Generation, mit Prof. Dr. Benno Hafenegger (Marburg)

Die Veranstaltungen finden von 20.15 bis 21.45 Uhr im Audimax in der Biegenstraße 14 statt.